

Horst Groschopp

PROLETARISCHE ORGANISATION ALS KULTURPROZESS

Vorbemerkung im Oktober 2002:

Nach den Büchern „Arbeiterleben um 1900“ (Dietz) und „Proletariat“ (Edition) beabsichtigte die Forschungsgruppe Kulturgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin unter der Leitung von Dietrich Mühlberg (zusammen mit Wolfgang Jacobeit) ein Buch über die Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse herauszugeben – ein Projekt des Berliner Dietz Verlages, das nach dem Ende der DDR aber nicht mehr zustande kam. Der folgende Text dokumentiert das Kapitel „Organisation“. Selbstredend gehorcht der Text nicht mehr aktuellen Forschungsergebnissen. Aber gerade deshalb verdient er vielleicht, auf diese Weise veröffentlicht zu werden.

1. KULTURSTUFEN PROLETARISCHER ORGANISATION

Für das Proletariat ist seine Organisation höchster Ausdruck eigener Kultur. Durch ihren Verbund artikulieren Arbeitermänner und Arbeiterfrauen ihre Interessen als Klasse. Sie formulieren soziale und politische Programme und grenzen sich so von fremder Fürsorge und Kapitalbeherrschtheit ab. Erst ihre Organisation läßt die Lohnabhängigen zu einer modernen Klasse werden, die aus gleicher ökonomischer Situation heraus koordiniert handelt. Erst institutionalisierter Zusammenhalt löst ihr Vorgehen aus der Zufälligkeit, hebt von der Mannigfaltigkeit individueller Lagen ab, befreit gemeinsame Aktionen aus lokaler Beschränktheit und macht handlungsfähig. Die Strukturen der Organisation sind zugleich solche der Kommunikation, der Verständigung, des Austausches und der Kooperation.

Das Proletariat kann sich in der Entwicklung als „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ selbst vertreten. Damit ist kein einmaliger Vorgang gemeint, sondern vielmehr wiederholbare historische und nationale Klassenbildungsprozesse im Kapitalismus. Dabei verlaufen die Formierungsvorgänge in ökonomischen, sozialen und politischen Stadien beziehungsweise Zyklen. Die Abläufe haben ihre kulturelle Seite. Diese ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

Für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg verlief die Konstituierung zur „Klasse für sich“ in drei aufeinanderfolgenden Etappen. Mit dem Voranschreiten des Kapitalismus der freien Konkurrenz wurden Anfang des 19. Jahrhundert ehemals feudal abhängige Landarbeiter und Gesellen freigesetzt. Sie erlebten und erlitten die sozialen und politischen Reformen in Preußen und anderen deutschen Staaten als Freiheit, aber auch als Verelendung. Aus ökonomischer Not zu Proletariern gepreßt, verloren die nun Lohnabhängigen ihre bisherigen Existenzmittel und gewannen dafür individuelle Selbständigkeit. Diesen Gewinn erfuhren sie als Einbuße, da gewohnte Sicherheiten zerrannen und neue Abhängigkeiten entstanden, die zudem unpersönlich waren. Formal frei, gerieten unverheiratete Frauen, Männer aller Altersgruppen und zu dieser Zeit auch viele Kinder unter die Zwänge des Arbeitsmarktes und der Fabrikdisziplin.

Proletarier dieser Zeit waren Menschen ohne Beruf, ohne Heimat und ohne Familie. Planlose Auflehnungen und unüberlegte Widersetzlichkeiten begleiteten die

ökonomische Klassenbildung in Deutschland. An dauerhafte und organisierte Widerstandsformen gegen Kapital und Kapitalist war unter diesen Umständen nicht zu denken. Vereinzelt, oft gewaltsame Eruptionen aus Verzweiflung wurden im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert zu Hauptformen des Protestes. Die Polizeisprache im Vormärz bezeichnete die Aufbegehrenden als „schlechteren Teil der Arbeiter“, „Gassenjugend“, „liederliche Gesellen“, „Weibsgesinde“, „raub- und zerstörungssüchtigen Pöbel“, „wütende und besoffene Haufen“, „gesinnungs- und charakterlose Masse“, „vandalische Menge“, „Rotte wüster Tumultanten“, „fanatischer Haufen“, „Vermögenslose“, „Hefe des Volkes“, „Menschen niedrigster Stände“, „Blusenmänner“ und „freche Weiber“.

In England war mit den Chartisten nach 1838 die „erste Arbeiterpartei unserer Zeit“ (Friedrich Engels) entstanden. Legal organisierte Streiks, allgemein zugängliche Statuten und öffentliche Agitation signalisierten die Abkehr von konspirativer Geheimorganisation und loser Absprache. Die damit erreichten Erfolge, so die Zehnstundenbill 1847, lieferten Europa den Beweis, daß legale, nicht bewaffnete und nicht geheime Gewalt Bestand haben konnte. Der 1847 in London gegründete Bund der Kommunisten sprach im „Manifest der Kommunistischen Partei“ das neue Programm offen aus.

Er wirkte nach Deutschland hinein, programmatisch und durch seine Emissäre. Er traf hier auf eine Situation, die als Belebung von „Handwerkerbrüderschaften“ noch beschrieben wird. Eine zweite Etappe proletarischer Organisation setzte in den 60er Jahren mit der nachfolgenden Arbeitergeneration ein. Die Lohnabhängigen wurden zu einer sozialen Klasse. Zur ökonomischen Gleichheit der Lage kam die „Vererbung“ von Interessen, Lebensformen, Verhaltensweisen und Wertorientierungen hinzu. Die Klasse wurde in sich stabiler. Der Wechsel aus dem Proletariat in eine andere gesellschaftliche Gruppe unterlag nicht der persönlichen Entscheidung, sondern sozialen Konstanten. So bildeten die Lohnabhängigen auch eine proletarische Lebensweise aus. Diese hielt Muster, Konsequenzen und Chancen für individuelle Lebensstrategien und gemeinschaftliche Bindungen bereit beziehungsweise schrieb sie vor.

Die auf diese Lebensweise bauende Organisation gilt als die „klassische“ Phase proletarischer Interessenfindung und -vertretung. Der darauffolgende dritte Schritt im Konstituierungsprozeß der Arbeiterklasse begann an der Wende zum 20. Jahrhundert mit der Konfrontation des traditionellen Zusammenhalts im Arbeitermilieu mit dem Entstehen von „Massenkultur“. Die in der proletarischen Lebensweise verwurzelte Arbeiterorganisation brach in einem längeren historischen Prozeß auf, öffnete sich weiteren werktätigen Schichten, warb um den sogenannten Mittelstand und wandte sich auch an Frauen. Ideologisch spiegelte sich dies in den Debatten über eine mögliche Wandlung der Sozialdemokratie von einer Arbeiter- zur Volkspartei. Die praktische Organisationsarbeit mußte in einer neuen kulturellen Situation bestehen. Massenkulturelle Phänomene prägten zunehmend den proletarischen Alltag, darunter die damals neuen Medien, die Massen- und Illustriertenpresse, die Heftliteratur und der Kinofilm.

Proletarische Öffentlichkeit und Organisation waren bis dahin immer gesellig und nachbarschaftlich. Arbeiterverbindungen hatten vom persönlichen Kontakt und von der Selbsterfahrung gelebt. Zudem baute die Arbeiterbewegung auf junge, meist unverheiratete Männer.

Nun, nach 1900 etwa, setzten aber soziale Veränderungen ein, die dieser Art proletarischem Verbund die Grundlage zu entziehen begannen.

Arbeiter waren nicht mehr berufs-, heimat- und familienlos. In der Freizeit der Arbeitermänner dominierte nun ungeselliges, öffentliches und marktorientiertes Verhalten über vereinsgeregelte, kollektive und geschlossene Verbindungen. Das Zusammenkommen in den Klassenorganisationen reduzierte sich weiter auf das „trockene“ Verhandeln wirtschaftlicher und politischer Fragen, weg vom biergeselligen Zahlabend. Vor allem verheiratete Arbeitermänner richteten ihre Aufmerksamkeit stärker auf das persönliche Fortkommen, das Wohl der Familie, die Perspektive der Kinder sowie Wohnung und überhaupt Privates. Außerhäuslicher Treff wurde im Freizeithaushalt zu einem Posten unter vielen. Dazu zählte auch das Versammlungsleben, das für viele familienorientierte Arbeiter zu einer Ausnahme oder gar zur Belastung geriet. In dieser neuen sozialen Lage entfalteten die Massenmedien und die Werbung ihren Einfluß.

Die Kultur der Arbeiterbewegung vor der Jahrhundertwende war „ständisch“ gewesen. Sie war gekennzeichnet von selbstredend relativer sozialer und organisatorischer Geschlossenheit, habitueller und geistiger Einheit, Festigkeit nach innen und außen sowie Beständigkeit in den Werten, Zielen, Zeichen, Normen und Symbolen. Mit ihren sozialen Trägern kam nun auch diese Kultur in den Sog des entstehenden kapitalistischen Konsum- und Freizeitmarktes. Besonders die neuen proletarischen Schichten, die angelernten Fabrikarbeiter und lohnabhängigen Angestellten, traten nicht selbstverständlich in die vorhandenen Organisationen ein.

2. VOM GEHEIMBUND ZUR SOZIALDEMOKRATIE

Die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse begann außerhalb Deutschlands. Nach französischem Vorbild gründeten revolutionäre Emigranten und Handwerksgesellen 1834 in Paris zunächst den Bund der Geächteten, aus dem zwischen 1836 und 1838 der Bund der Gerechten und schließlich 1847 der Bund der Kommunisten hervorging. In Deutschland selbst bremsten die sozialen Mechanismen der Zünfte und der fortbestehende ökonomische und politische Einfluß der Grundbesitzerklasse ein rasches Entstehen von Industrie und Proletariat. Wo Handwerker sich zusammenschlossen, taten sie es auf zukünftige Art. Das trug dazu bei, der entstehenden Arbeiterbewegungskultur einen „ständischen“ Ausdruck zu verleihen. Die Hilfe der Gesellenverbände milderte zunächst erfolgreich die verelenden Wirkungen der industriellen Revolution. Bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Heirat, Unfall oder Tod sicherten spezielle Kassen die gesonderten Interessen gegenüber dem Kapital, aber auch gegenüber den doppelt freien industriellen Lohnarbeitern. Spezielle Einrichtungen zur sozialen Unterstützung bedürftiger Gesellen, wie die Gesellenläden, waren ausgebildet und mehrfach modifiziert worden. Teilweise bestanden sie in Form von Arbeitslosen-, Unfall-, Beerdigungs-, Witwen-, Darlehens-, und anderen Kassen bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fort. Die „Brüderschaften“ erhoben Eintrittsgelder, Gebühren und Beiträge. Sie verhängten Sanktionen in Form von Geldstrafen, vermittelten aber auch Arbeit und gewährten Unterkunft in Gesellenherbergen, Verpflegung, Zehr- und Wandergeld.

Die Vergabe von Darlehen und Krankengeld und das Bereitstellen von Krankenwachen gehörten zu den Leistungen der Gesellenverbände ebenso wie die Organisation von Festen und Feiern. Der Versuch scheiterte, in den Jahren von 1848 bis 1850 aus diesen Gesellenvereinigungen heraus eine selbständige sozialpolitische Unternehmung des Proletariats zu bilden. Die Arbeiterverbrüderung, die erste überregionale Arbeitervereinigung Deutschlands, stand unter der Leitung des Schriftsetzers Stephan Born. Zu den Forderungen zählte die Gründung von Genossenschaften mit Staatshilfe. Die Verbrüderung zerbrach zwischen 1850 und 1852 an der unentwickelten Industrie Deutschlands, an dem Druck der herrschenden Klasse, aber auch an den eigenen unrealistischen Vorstellungen. Der Boden für eine legale Arbeiterbewegung war noch nicht bereitet.

Seit den 40er und 50er Jahren gründeten liberale Bourgeois, Fabrikanten, Politiker und gelehrte Vereine aus philanthropischen wie ökonomischen Interessen. Um ein, wie es bei ihnen hieß, „gesittigtes“ Stammpersonal zu erziehen, richteten Fabrikbesitzer Sparkassen und Versicherungen ein, boten Fabrikwohnungen und gewährten Treuegelder, Ausbildungshilfen und Altersversorgungen. Die Vereine offerierten Unterricht, Geselligkeit und Geldhilfen. Die bürgerlichen Gründer verfolgten darüber hinaus politische Absichten. Ihr Ziel war eine antif feudale Front des ganzen vierten Standes unter Führung von Fabrikanten.

In ihren Angeboten unterschieden sich die Handwerkervereine nicht von denen in den Betrieben. Sie wollten vor allem althergebrachte soziale Sicherungen und Zunfttraditionen in die neue Zeit hinüberretten. Die Handwerker besaßen ein sehr ausgeprägtes Ehrgefühl und Standesbewußtsein, das sich der Proletarisierung widersetzte. Sie wußten darüber hinaus aus eigener Praxis oder aus Erzählungen älterer Gesellen von überkommenen Einrichtungen und vergangenen Kämpfen der Gesellenverbände: berufliche Koalitionen, Spargesellschaften, Konsumgenossenschaften, Produktivassoziationen, verschiedene Hilfskassen und Lebenshilfeeinrichtungen.

Arbeiter-Handwerker bilden aus ihnen heraus frühe eigenständige Organisationsformen. Sie grenzten sich allmählich von reinen Bildungs-, Versicherungs- oder Genossenschaftsorganisationen ab. Dieser Prozeß stellte die ideologische und organisatorische Distanzierung von den sozialpolitischen Konzepten und Vereinen bürgerlicher Demokraten wie Emil Adolf Roßmäßler, Ludwig Büchner, Franz Hermann Schulze-Delitzsch, Eduard Pfeiffer und andere dar.

Es waren vorwiegend Gelernte, die sich aus der Misere sozialer Sicherungslosigkeit zu heben versuchten. Bei den politischen radikalsten unter ihnen entwickelten sich die Vorstellungen von nötiger Organisation auf eine Höhe, die die Aufnahme eines modernen, dem Chartismus entlehnten Konzepts ermöglichte. Auf dieser Grundlage wurde 1863 in Leipzig unter Ferdinand Lassalle der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), die erste nationale sozialistische Arbeiterpartei gegründet. In der Folgezeit mußten die Arbeiter erst selbst erfahren und erkennen, daß industrieller

Fortschritt, Lohnarbeiterdasein, Geldwirtschaft, Fabrikdisziplin und Kaufzwang nicht aufzuhalten waren. Erst daraus erwuchs eine auf langfristige Absichten ausgerichtete selbständige Arbeiterbewegung.

Im September 1864 beschloß ein Arbeitermeeting in Londons St. Martin's Hall die Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA). Karl Marx schrieb die „Inauguraladresse“, das Gründungsdokument dieser I. Internationale. Darin verknüpfte er das Emanzipationsprogramm des Proletariats mit der Idee der wirtschaftlichen Kooperation, der „assozierten Arbeit“, und der Eroberung der politischen Macht als die „große Pflicht der Arbeiterklassen“. An der Londoner Zusammenkunft nahmen auch deutsche Emigranten teil.

Nach 1865 entstanden in Deutschland etwa 30 örtliche Sektionen der IAA, wie sich die Propagandazirkel nannten. Sie wurden bis 1869 von Genf aus durch Johann Philipp Becker angeleitet. Als Emissär der IAA betätigte sich Wilhelm Liebknecht in Lassalles ADAV. Neben dem ADAV bildete sich in dem ebenfalls 1863 konstituierten, zunächst als bürgerliche Gegengründung gedachten Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) eine proletarische Fraktion unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht aus, der gemeinsam mit anderen dem ADAV den Rücken gekehrt hatte. Auf dem Nürnberger (5.) Vereinstag 1868 erklärte der VDAV in einem neuen Programm seinen Anschluß an die Bestrebungen der IAA und ging 1869 in Eisenach bei der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in dieser auf.

3. ORGANISATION ALS KULTUR

Mit ihren Organisationen schufen sich die Lohnabhängigen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Institutionen eigener Art. Das waren gesellige, genossenschaftliche, gewerkschaftliche, politische und künstlerische Einrichtungen. Ritualisierungen stabilisierten das Organisationsleben. Dortiges Tun beeinflusste tagtägliches Handeln über die Mitgliedschaft hinaus.

Die Kultur proletarischer Organisation erlaubte Arbeitern eine in vielen Beziehungen konträre Identität zu den Markt- und Staatsabhängigkeiten, denen sich Arbeiter außerhalb gegenüber sahen. Die Kultur der Arbeiterbewegung und die durch sie vermittelte Sicht auf die kapitalistische Gesellschaft war eine „organisierende“ Verhaltensregulation. Viele ihrer Einrichtungen der Lebenshilfe, Bildung, Unterstützung und politischen Vertretung schützten Arbeiter und ihre Familien vor negativen Folgen der Kapitalisierung. Tendenzen zu individualisierenden Lösungen sozialer Fragen setzten sie solche des kollektiven Halts und der Gemeinschaftlichkeit entgegen. Auf diese Weise erfüllten die Institutionen der Arbeiterbewegung durchaus eine „bewahrende“, je „konservierende“ Funktion im Industrialisierungsprozeß. Doch war gerade die sozialistische Arbeiterbewegung keine konservative Kraft. Von ihr sollten vielmehr innovierende Einflüsse auf Markt und Staat ausgehen, die den ökonomischen wie sozialen Fortschritt vorantrieben.

Schon die regelmäßige Verabredung im Wirtshaus hob den geselligen Kontakt in den Rang eines „Brauchs“, bedurfte der Vereinbarung und erzeugte einen Ritus. Festere Organisation dann setzte Arbeitern eine bestimmte Ordnung, verlangte Disziplin und Einordnung und förderte zielstrebiges Verhalten. Schließlich wurde es Sitte, nach hier geltenden Regeln und Normen zu handeln. Mit dem inneren Aufbau war zugleich eine Struktur gegeben, die Mitgliedschaft und Einrichtungen sinnfällig vernetzte. Der „Apparat“, sein personeller Aufbau wie die durch ihn ausgeübte Aufsicht und

wahrgenommene Zuständigkeit, sicherte den Bestand der Organisation über einmalige Anlässe hinweg. Er koordinierte und leitete die ablaufenden Lernprozesse.

Auf seiten der Mitgliedschaft erschienen diese Vorgänge im Organisationsleben als Aneignung geltender „Spielregeln“. Sie wurde in die politischen Gepflogenheiten der sie umgebenden Gesellschaft eingeführt und im richtigen Gebrauch der Normen unterwiesen. Die individuellen und gruppenspezifischen Varianten im Lernen der „Lektionen“ zeigen einen großen Formenreichtum proletarischer Organisationskultur. Auflehnung, Protest und Widerstand wurden kultiviert. Der in seinen Organisationen geschulte Arbeiter erwarb die Fähigkeit zum gezügelten Aufbegehren, zu kanalisiertem Unmut und zum disziplinierten Ausstand. Das Bündeln der Einzelwillen, so die Erfahrung, verringerte die Konkurrenz untereinander und erhöhte die Chancen gemeinsamen Erfolgs. Die Organisierten kalkulierten den Einsatz personeller und finanzieller Mittel, planten ihre Absichten, hielten die Vermögen zusammen und übten, Konflikte rechtzeitig beizulegen, sie zu vertagen oder zu beenden. In den dauerhaften Organisationen und nach kollektiver Verständigung fiel es auch leichter, Niederlagen zu verkraften, als in zufällig entstandenen Koalitionen und kurzzeitigen Bündnissen.

Jede Kultur besitzt eine eigene Symbolsprache. Ein System von Zeichen stiftet Identität und liefert Deutungen der Vergangenheit und Gegenwart, die den sozialen Trägern dieser Kultur verständlich sind und Wegweisungen darstellen. Dazu rechnet auch der angenommene Festkalender. Er signalisiert das geltende Epochen- und Traditionsverständnis und übersetzt es in die Rhythmen des jahreszeitlichen Ablaufs und des individuellen Lebenslaufs. So unterteilte auch der praktizierte Festkalender der Arbeiterbewegung das Organisationsleben in Alltag und Feiertag.

Unter kulturgeschichtlichem Blickwinkel betrachtet, bildeten Arbeiter auf ihren Stiftungsfesten, Gedenkkundgebungen und Versammlungen spezielle Riten aus. Das Einhalten der Formen verlieh ihrem Verbund Stabilität. Es garantierte den Fortbestand der Organisation auch in Zeiten der Irritation und der Umstellung auf neue Aufgaben. Dazu gehörten auch Rituale, die Vorkämpfer der Bewegung hervorzuheben und bekannt zu machen. Die Verehrung des Parteigründers Ferdinand Lassalle war Ausdruck eigener Identität gegenüber Staat, Kirchen und Militär. Die lebenden Aktivisten wurden ebenfalls hervorgehoben, in die erste Reihe gestellt oder ins Präsidium gewählt. Das zeigte Hierarchien vor, sollte Motivation erzeugen und Lohn für erbrachte Hingabe an die Sache versinnbildlichen.

In diesem kulturgeschichtlichen Zusammenhang waren Demonstrationen und Dankreden ebenso Kulthandlungen wie die Beschlußfassung auf einem Parteitag künftiges Tun mit einer Weihe versah und Teilnehmer wie Adressaten einschwor.

Eigene Mittel und Formen der Kommunikation wie die proletarische Presse, die Arbeitervereine, die Zahlabende, die Bildungszirkel, die Parteischulen und andere Institutionen ermöglichten der Arbeiterbewegung die allmähliche Aneignung des Marxismus und wirkten als Medien der Verbreitung der Ideologie der Arbeiterklasse.

Die Qualität proletarischer Organisation maß sich an der Lösung zweier Aufgaben. Zum einen daran, wie es ihr gelang, die Interessen der Arbeiterklasse zu erkennen und zu vertreten, den Meinungsbildungsprozeß zu fördern und die effektivsten Mechanismen auszubilden, ihre Politik erfolgreich zu gestalten und arbeitsteilig zu

betreiben. Zum anderen maß sich die Qualität proletarischer Organisationen an ihrem dauerhaften Fortbestand unter wechselnden Bedingungen des Klassenkampfes. Die Zunahme der Zahl der Arbeiter sowie des Grades der sozialen Differenziertheit der Klasse veränderten die Manövrierfähigkeit und die Kraft des Proletariats. Mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der Angehörigen der Klasse und der zunehmenden Vergesellschaftung vergrößerten sich auch die Ebenen und Bereiche, die Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen wurden.

Die proletarischen Organisationen wurden in ihrer „klassischen“ Phase beiden Aufgaben gerecht. So konnten sie sich als Kultur ausbilden, zum Betätigungsfeld ihrer Mitgliedschaft werden und die Persönlichkeit von Arbeitern und Arbeiterinnen maßgeblich prägen. Dabei blieben die Einrichtungen der Arbeiterbewegung stets soziale Sicherungsmechanismen. Gerade in dieser Funktion wurden „organisierte“ Verhaltensmuster tradiert und die Organisation der Interessenselbstverwaltung geübt.

Mitgliedschaft in einer Organisation der Arbeiterklasse erforderte solidarisches Verhalten unter allen Bedingungen. Verboten waren die Mitgliedschaft in gegnerischen Organisationen sowie Streikbruch. Nach der Jahrhundertwende wurden solche Normen und Gebote auch auf Freizeitorganisationen übertragen. Mitgliedschaft bedeutete überdies, Aufträge, ja Befehle auszuführen. Flugblätter und Wahlzettel waren zu verteilen, Zeitungen mußten abonniert oder verkauft, Verlagsanzeigen und Bildungsprogramme erläutert, Streikaufrufe verfaßt werden. Es galt Posten zu stehen, Versammlungen zu leiten und in ihnen die nötige Ruhe zu bewahren, Berichte zu Protokolle zu schreiben, Anträge zu formulieren, Geschäftsordnungen zu akzeptieren, Mitgliedsbücher auszufüllen und pünktlich und freiwillig die Beiträge zu entrichten, Statistiken anzufertigen und Finanzen zu überprüfen, Versammlungs- und Vereinslokale auszugestalten, an einer Fahnenweihe, einem „stehenden Bild“ oder einer sportlichen oder deklamatorischen Aufführung teilzunehmen, gar Festreden zu halten, Prologe aufzusagen oder „vorgefertigte“ Lichtbildervorträge über Gegenstände der Welt- und Kunstgeschichte im Bildungsverein zu halten. Nur wer lernte, die Regeln und Normen der sich festigenden Organisationen zu befolgen, erwarb die Berechtigung zur Mitsprache und Mitentscheidung, dessen Stimme und Meinung bekam Gewicht. Disziplin dieser Art bildete die Voraussetzung, offen in Form einer Anfrage während der Versammlung oder anonym mittels eines Zettels im sogenannten Fragekasten Erfahrungen, Wünsche, Beschwerden, Hinweise und Bitten in die Organisation einzubringen.

Damit die Einrichtungen der Klasse als Massenorganisation überhaupt erst entstehen konnten, bedurfte es der Bereitschaft und Fähigkeit der Arbeiter, den Organisationsgedanken auszubilden, aufzugreifen und anzunehmen. Die industriellen Lebensbedingungen in Fabriken und Städten erzeugten mit der Kooperation in der Arbeit und der Disziplinierung der Arbeiter bei ihnen sowohl das Vermögen zur Organisation als auch Zwänge dazu. Industriearbeit, Zusammenballung von Millionen in den Städten mit ihren Mietskasernen, Verkehrsmitteln, Markthallen, Kneipen, Herbergen, Asylen und Erholungsstätten ließen die Arbeiter ihre vergleichbare Situation auch erleben und ermöglichten den raschen Umschlag gleicher sozialer Erfahrungen. Die urbanen Bedingungen gestatteten, Verbindungen untereinander wie mit Schichten der Intelligenz und des fortschrittlichen Bürgertums herzustellen. Die „klassische“ deutsche

Arbeiterbewegung verstand und zeigte sich als Kulturbewegung. In ihrer Sprache und mit Hilfe von Symbolen (Fahnen, Abzeichen u. ä.), durch ihre kommunikativen Zeichen, ihren Habitus und mit den von ihr selbst hervorgebrachten ästhetischen Äußerungen gab sie sich einen kulturellen Ausdruck, sonderte sie sich von anderen sozialen Gruppen und politischen Bewegungen. Die klasseneigenen Organisationen waren auf diese Weise Ausdruck selbständiger proletarischer Kultur.

4. DIE ORGANISATION EINER MASSENBEWEGUNG

Nach der Vereinigung beider Arbeiterparteien 1875 und dem Überdauern der faktischen Illegalität zwischen 1878 und 1890 gab sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit dem Erfurter Programm 1891 ein marxistisches Konzept. Sie entwickelte sich bis zum ersten Weltkrieg zu einer Millionenorganisation.

Mit der Reichseinigung von oben 1870/71 war auch das zunächst nur für den Norddeutschen Bund geltende Koalitionsrecht auf ganz Deutschland ausgedehnt worden. Während des Sozialistengesetzes entstanden, wiederum an die Tradition der Gesellenverbände anknüpfend, zahllose lokale Berufsvereine. Eine Aussperrung Hamburger Arbeiter 1890 lehrte die freien, sozialistischen Gewerkschaften, daß nur eine Zentralisation der Gewerkschaftsverbände aktive Solidarität und Abwehr aller Angriffe auf das erkämpfte Koalitionsrecht national organisieren konnte. Die dazu geschaffene Institution war die 1892 in Halberstadt gebildete Generalkommission. Die Gewerkschaften gewannen rasch an Einfluß, und ihre Mitgliederzahl stieg von 300 000 im Jahre 1892 auf über 2 Millionen 1913. Die Breite proletarischer Organisation gehörte vor dem ersten Weltkrieg zu den Besonderheiten der deutschen Arbeiterbewegung. Damit erreichte die Sozialdemokratie Masseneinfluß.

Mit dem Anwachsen der Arbeiterbewegung stieg zugleich die Zahl der in ihr tätigen bezahlten „Arbeiterbeamten“ wie der ehrenamtlichen Funktionäre. Das Parteistatut schrieb vor, daß Vereine, die weibliche Mitglieder hatten, „eine weibliche Person“ in ihren Vorstand wählen mußten (im Jahre 1909 waren etwa 10 Prozent der Mitgliedschaft Frauen). Von etwa 700 000 Parteimitgliedern um 1910 waren annähernd 30 000 in ein Ehrenamt gewählt worden. /1/

Die Sozialdemokratie erlebte nach Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 einen nahezu unaufhaltsamen Aufstieg in der Mitgliederzahl und in der Wählergunst. Ursachen dafür lagen nicht zuletzt in einer flexiblen Parteiarbeit. Besonders während der Ausnahme Gesetze zeigten organisierte Arbeiter Heroismus und Einfallsreichtum. Sie „tarnten“ ihre sozialistischen Aktivitäten in Freizeitvereinen wie sie auch nach 1890 die Strukturen ihrer Freizeittätigkeiten und Lebenshilfen für politische Arbeit nutzten. Die Sozialdemokratie wahrte die Selbständigkeit ihres politischen Auftretens gegenüber allen anderen Parteien, Organisationen und Strömungen. Sie förderte eine straffe innere Organisation und die Eintracht nach außen sowie die effektive Verbindung von demokratischen und zentralistischen Formen der Meinungsbildung und Beschlußfassung. Das führte zu einem beinahe reibungslosen Ineinandergreifen von privater Initiative und perfektem Funktionieren der Organisationsbürokratie. Hinzu kam soziale Geschlossenheit. Es waren vorwiegend junge Arbeiter, die sich an die sozialistische Bewegung banden.

In der europäischen Arbeiterbewegung wurde die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie hoch bewertet. Generell galten Deutsche wie Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Karl Kautsky als anerkannte Größen in theoretischen wie praktischen Fragen der Arbeiterpolitik. Die IAA hatte 1872 ihren Hauptsitz nach New York verlegt und sich 1876 aufgelöst. Die II. Internationale ging im Juli 1889, 100 Jahre nach der französischen Revolution, aus einem Arbeiterkongreß hervor, der dieser Volksrevolution gedachte. Die II. Internationale forderte das Recht der Arbeiter, Produktion und Leitung der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Am Kongreß 1910 nahmen 896 Delegierte aus 23 Ländern teil. Zu den Beschlüssen der II. Internationale gehörte die Proklamierung des 1. Mai zum Kampf- und Feiertag für alle Arbeiter ab 1890. Die Sozialdemokratie war eine selbständige Leistung des Proletariats. Das große, wachsende Heer der Namenlosen ist es, das die großen entscheidenden Schlachten des Kampfes ... geschlagen, die Führer mit Namen zu immer größerer Bedeutung, zur vollen Entfaltung ihrer Talente emporgetragen hat“.

/2/

Schon die Vereinsgesetze, die juristische Grundlage aller Organisation, gaben der deutschen Arbeiterbewegung ein spezifisches Gepräge und verlangten von ihren Führern ein besonderes Geschick in Rechtssachen.

Bis zum Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes von 1908 galt in Preußen - und in modifizierter Form auch in anderen Ländern wie Bayern, Sachsen, Hessen, Oldenburg, Braunschweig - die „Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinsrechtes“ vom 11. März 1850. Der Paragraph 8 legte fest: „Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten außer vorstehenden Bestimmungen nachstehende Beschränkungen: a) sie dürfen keine Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen; b) sie dürfen nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbesondere nicht durch Komitees, Ausschüsse, Zentralorgane oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel. Werden diese Beschränkungen überschritten, so ist die Ortspolizeibehörde berechtigt, vorbehaltlich des gegen die Beteiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens, den Verein bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung (§16) zu schließen“.

/3/

Die deutsche Sozialdemokratie wandte zwei Methoden an, um die einschränkenden Richtlinien des Gesetzes zu umgehen. Zum einen waren nach dem Wahlgesetz von 1869 die Bildung von Wahlvereinigungen und die Abhaltung von Wahlversammlungen gestattet. So bildeten die sozialdemokratischen Wahlvereine, besonders während des Sozialistengesetzes, die legalen Formen der Parteiorganisation. Zum anderen hatte jeder einzelne örtliche Verein einen sogenannten Vertrauensmann als Leiter. Diese Vertrauensleute bildeten das direkte Bindeglied zwischen Mitgliedschaft und Parteileitung. Persönliche Korrespondenz unterlag dem Postgeheimnis. So waren auch die inneren Parteistrukturen während der „klassischen“ Phase der deutschen Arbeiterbewegung in vieler Hinsicht solche des privaten Kontakts.

Einen Nebeneffekt dieses Leitungssystems stellte das enge Vertrauensverhältnis innerhalb der Sozialdemokratie dar. Das führte zu einem besonderen Verständnis von Gemeinschaft und Solidarität, aber auch zu einer gewissen Distanz gegenüber denen, die „außen“ standen. Dieses Gemeinschaftsverständnis wurde noch dadurch gefördert, daß bürgerliche Vereine den Arbeitern weitgehend verschlossen blieben.

Ursachen dafür gab es viele. Neben dem Umstand, daß in Deutschland die sozialen Gruppen in ihrem öffentlichen Verkehr weitgehend unter sich blieben, wirkten Faktoren wie unterschiedliche Freizeitbedürfnisse, von Verein zu Verein unterschiedliche Verhaltensrichtlinien, verschiedene Beitragshöhen, Zahlungsmodi und Kleidungs Vorschriften.

Je massenhafter die Zahl der Proletarier und ihrer Organisationen wurde, desto stärker offenbarten sich die Widersprüche im Arbeiterleben, die einerseits zur Organisation drängten, aber andererseits Proletarier auch davon abhielten. Die sozialökonomischen Bedingungen des Arbeiterlebens stellen die Lohnabhängigen objektiv in eine zwiespältige Lebenssituation. Diese Lage der Proletarier resultiert aus der Entfaltung der kapitalistischen Kultur. Sie ist Basis jeder proletarischen Organisation, Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur. Sie gibt die äußeren Rahmenbedingungen vor und gebietet die fördernden und hemmenden Momente proletarischen Verbunds. Alle Arbeiter im Kapitalismus sind ihrer objektiven Stellung nach Lohnarbeiter. Da die kapitalistische Produktionsweise arbeitsteilig funktioniert und kooperative Prozesse zur Grundlage hat, haben die Proletarier, indem sie ihre Arbeitskraft verkaufen, wesentlichen Anteil an der Produktion einer Totalität von Gebrauchswerten. Als Besitzer von Geld sind sie den Bourgeois formal gleich. Dem Prinzip nach stehen ihnen alle materiellen und geistigen Reichtümer offen. Sie können sie kaufen. Durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft und den Kauf der von ihnen produzierten Waren reproduzieren die Arbeiter ständig das Kapitalverhältnis auf erweiterter Grundlage. Anderes Verhalten von ihnen zu verlangen hieße, ihre physische Selbstvernichtung oder Rückkehr in vorkapitalistische Abhängigkeiten zu fordern. Reproduktion des Kapitalverhältnisses bedeutet auch Erhalt der daran gebundenen sozialen Ordnung und Kultur.

Doch die gleichen Bedingungen, die sie unterdrücken, konditionieren die Proletarier als „Klassenindividuen“, als kooperativ gegen das Kapital handelnde Streiter. Sie nehmen an Streiks teil, gründen Organisationen und erlernen Regeln erfolgreichen Klassenkampfes. Die Mittel und Methoden, die die Arbeiter benutzen und anwenden, sind nicht beliebig. Nur selten können sie „erfunden“ oder geschaffen werden. Selbst das Streiken übernehmen die Arbeiter von den Gesellen. Auch Disziplin, Ordnungssinn und Bürokratie finden sie teils vor, teils wurden sie ihnen eingebleut, erwiesen sich in dieser oder jener Form als geeignet oder mußten verworfen, verändert und ergänzt werden. Das modifizierte die organisatorischen Strukturen, politischen Forderungen und kulturellen Institutionen der Arbeiterbewegung sowohl zeitlich wie national, sowohl örtlich wie beruflich und geschlechtlich.

In ihrer „klassischen“ Phase war die Sozialdemokratie der anerkannte Repräsentant des Proletariats. Sie wandte sich an die Arbeiterschaft, vertrat sie, wurde von ihr getragen. Proletarisches bestimmte ihr Erscheinungsbild, ihr soziales Programm und ihre kulturelle Symbolik. Im Zuge der eingangs als einsetzende dritte Phase beschriebenen Wandlungen trat mit Beginn des 20. Jahrhunderts hier eine Veränderung ein. Sie modifizierte die politische Kultur. Bürgerliche Kräfte verstärkten ihre Bemühungen, Arbeiter als Wähler zu umwerben, ihre Parteien oder Nebenorganisationen für sie zu öffnen. Damit setzte ein Kampf um den Geldbeutel, die Herzen und Hirne und besonders um die Freizeit der Arbeiter und ihrer Frauen ein. Lange Zeit war die Sozialdemokratie selbst die Partei der Jugend gewesen. Nun wurde Jugend ein abgehobenes soziales Phänomen, „Nachwuchs“, Erziehungsobjekt und gesondert zu organisierende Gruppe. All dies komplizierte das

Wirken der Arbeiterorganisationen, die bis dahin die Freizeit ihrer Mitgliedschaft „besetzt“ hielten.

5. ARBEITERLEBEN UND PROLETARISCHE ORGANISATION

Um die eigenen Organisationen zu verwalten und große Politik zu betreiben, bedurfte es einer ansteigenden Zahl von Personen, mehr und mehr aus der Arbeiterklasse selbst kommend, die von Fabrikarbeit und deren Zeitregime freigestellt war. Doch erst ein wachsendes Maß an Freizeit großer Arbeitergruppen gestattete massenhafte Organisation.

Wachsende Ansprüche und zunehmende Allgemeinbildung waren weitere Voraussetzungen proletarischen Verbunds. Auch bedurften Arbeiter erst eines bestimmten Maßes an Geld über die Aufwendungen zur Befriedigung der physischen Grundbedürfnisse hinaus, um eine Organisation durch monatliche oder wöchentliche Beiträge und regelmäßige Spenden finanzieren zu können. Das traf besonders auf jüngere, qualifizierte und meist unverheiratete männliche Arbeiter und auch erst seit den 80er und 90er Jahren zu. Doch förderten steigende Löhne nicht automatisch die Organisationsbereitschaft. Meist wurde darin, oft berechtigt, ein Erfolg individueller Anstrengung gesehen. Zugleich stieg mit den Löhnen die Begehrlichkeit nach Waren und Dienstleistungen aller Art, so daß egal wie hoch der Verdienst war, Ausgaben für Beiträge und Zeitungsabonnements zu den Kosten für andere Ausgaben geschlagen wurden. Dazu kam, daß zwar erst ein ausgebildeter Bedürfnisreichtum besonders die anspruchsvollen Arbeiter dazu drängte, sich Organisationen anzuschließen, um ihr Leben zu verbessern. Doch warum sollte dies dann unbedingt eine sozialistische Organisation sein? Auch verlief die Ausbildung von Ansprüchen und Bedürfnissen selbst widersprüchlich. Sie war abhängig von der allgemeinen Situation des Klassenkampfes, den ortsüblichen Löhnen und Zuschlägen, der Wohn- und Familiensituation. Dadurch gab es Unterschiede zwischen gelernten und ungelernten, städtischen und ländlichen, männlichen und weiblichen, jugendlichen und älteren Arbeitergruppen, die die Organisation teils erleichterten, teils erschwerten.

Für einen Arbeiter, der tagsüber lang und schwer gearbeitet hatte, der nach einigen Jahren harter Arbeit endlich die Mittel besaß, etwa ein Sofa zu kaufen, der es sich angewöhnt hatte, abends in einer Illustrierten zu blättern, sich in der Laube, auf der Parzelle zu erholen, zu basteln oder in den Kintopp zu gehen, gab es vielfältigere und attraktivere Angebote, seine Freizeit zu verbringen, als sozialistische Freizeitorganisationen zu bieten in der Lage waren. Wer von Krupp oder anderen Fabrikanten eine Werkswohnung bekam, auf Möbel sparte, auf gute Kleidung zu halten begann, Erbauung oder Weiterbildung im christlichen Verein gewöhnt war und dazu auf seine Sonntagsruhe nicht verzichten wollte, der war weitaus schwerer für eine Gewerkschaft oder gar für die Sozialdemokratische Partei als Mitglied zu gewinnen als wenige Enthusiasten für Weitlings Bund der Gerechten oder Lassalles Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

Viele Arbeiterfunktionäre aus den Anfangszeiten der Bewegung vertraten schwärmerische Auffassungen über den Sinn der Organisation. „Ich konnte nicht begreifen, daß nicht alle sofort ihre Erwerbstätigkeit aufgeben und die Organisation

der Arbeit und des Genusses als einzigen Beruf erkennen wollten. Denn ich selbst war ganz beseelt von der mir nun gewordenen Erkenntnis.“ /4/

Mit solchen Erwartungen konnten Arbeiter, die für ihre Familien zu sorgen hatten, nicht gewonnen werden.

Organisationen mußten helfen, den schwierigen Alltag zu meistern: Bildungszirkel, Konsum- und Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, Wochenendausflüge, Bierabende, Unterhaltungslektüre, Stiftungsfeste, Volkshäuser, Gesang- und Turnvereine, Kegelrunden, Rechtsauskunftsstellen, Vorschußkassen und Krankenunterstützung, Kindergärten, Nähabende, hygienische Beratung und dergleichen mehr.

So war Arbeiterorganisation immer Kampf um die Nutzung der Arbeiterfreizeit. Individuell relativ frei verfügbare Zeit außerhalb der Arbeit war nötig, um Zeit zu haben für die elementaren Anforderungen jeder Organisation: Versammlungen besuchen, an der Wahlagitation teilnehmen oder Vortragskurse belegen. Solange die Arbeitszeit noch wie in den 60er Jahren 12 und mehr Stunden täglich betrug, blieb dauerhafte Massenorganisation eine Unmöglichkeit.

War zunächst die Abnabelung von den unmittelbaren Lebenshilfeeinrichtungen eine Notwendigkeit für die Schaffung einer selbständigen politischen Partei des Proletariats, so zwang deren Entwicklungsgang sehr schnell, wie unerläßlich für den Bestand der Partei weiterhin eine breite Organisation von Lebenshilfen war. Vielen Funktionären der Arbeiterbewegung wurde bewußt, daß sie stets nach neuen Wegen suchen mußten, an die „indifferenten Objekte“, wie die nicht organisierten Arbeiter genannt wurden, heranzukommen, sie anzusprechen und für die weiterreichenden Ziele der Arbeiterbewegung aufzuschließen. doch signalisierte schon die Bezeichnung „indifferente Objekte“, immerhin die Mehrzahl der Klassenangehörigen, daß die Außenstehenden oft nur als Gegenstand „systematischer Bearbeitung“ und Erziehung gesehen wurden. Nicht immer galten ihre Bedürfnisse und Einstellungen als mögliche Bereicherung der organisierten Bewegung. Und seltener wurden in ihnen Menschen gesehen, von denen die sozusagen „nichtindifferenten Subjekte“ lernen sollten.

Ein Beispiel für die Notwendigkeit, sich rasch umzustellen, bildete die Einführung der Reichsversicherungsordnung während des Sozialistengesetzes. Viele Gewerkschaften, die das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf Unterstützungskassen gelegt hatten, verloren an Attraktivität. Die Mitgliederzahlen gingen zurück. Erst eine Erhöhung der Beiträge mit dem Ziel, besser für Streiks gegen Lohn und Arbeitszeitwillkür der Unternehmer gewappnet zu sein, sowie der Fall des Sozialistengesetzes 1890 ließen die Mitgliederzahlen wieder stark ansteigen. 1891 waren etwa 280 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. 1899 hatte sich diese Zahl verdoppelt. 1904 wurde erstmals die Millionengrenze überschritten.

Das Vermögen der Zentralverbände der Gewerkschaften war auf über 80 Millionen Reichsmark angestiegen und betrug somit das 200fache des Bestandes von 1890/90.

6. TRENNUNG DES POLITISCHEN VOM GESELLIGEN

Daß Arbeiter sich gesellten, stellte, auch vom vereinsrechtlichen Standpunkt aus betrachtet, keine Selbstverständlichkeit dar. Ausfüllung von Arbeiterfreizeit und Agitation für den Sozialismus bildeten noch weitgehend eine an den Ort der Arbeiterbewegungskneipe gebundene strukturelle Einheit.

Bereits in den ersten Arbeitervereinen der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts bildete der Umtrunk ein Mittel, Gemeinsamkeit herzustellen. Auch durch Gesang wurden Einheit und Zusammenhalt ausgedrückt und geschaffen. Schon in den frühen Arbeiterbildungsvereinen stellte sich ein Ritus her, der später auch das proletarisch-sozialistische Versammlungsleben bestimmte: einleitender Gesang, Verlesen des Protokolls der letzten Sitzung, Zeitungsschau, Vorträge und Diskussion darüber, Erledigung des Fragekastens, Schlußgesang.

Viele der ersten Arbeiterfunktionäre wirkten zugleich als „Kulturarbeiter“. Ferdinand Lassalle und Wilhelm Hasenclever schrieben Theaterstücke und arbeiteten als Redakteure. Wilhelm Liebknecht unterrichtete in Vereinen. August Bebel stand anfangs dem Vergnügungsausschuß im Gewerblichen Bildungsverein Leipzig vor. Im Verständnis dieser und weiterer Parteiarbeiter, die oft selbst künstlerisch tätig waren, stellte Unterhaltung das wichtigste Mittel dar, um – an die spontane Geselligkeit anknüpfend – politische Ansichten zu verbreiten und Arbeiter zu organisieren. Dabei waren Bierabende und politische Versammlungen noch nicht deutlich geschieden. So fanden auch gehobene Unterhaltungsabende in Kneipen und Biersälen statt. Die Gesellen kamen aber vornehmlich wegen des abendlichen Trunkes in die Herbergen und Lokale. Es gelang oft nur mühsam, in den Häusern, die einem Arbeiterverein nahestanden, die sich dort versammelnden Handwerker für erstere Kunstgenüsse aufzuschließen und für Theaterstücke der „Kulturarbeiter-Funktionäre“ Friedrich Bosse oder Johann Baptist von Schweitzer zu interessieren. In ihnen wurde in populärer Form sozialdemokratische Politik und Weltanschauung vorgestellt. Schweitzers Stück „Ein Schlingel“ wurde 1868 anlässlich einer Fahnenweihe uraufgeführt. Inhalt des Stückes ist ein ökonomisches Gespräch über Grundgesetze des Kapitalismus aus Schweitzers Sicht. Die Handlung selbst blieb demgegenüber nahezu nebensächlich.

Für die gesamte Zeit vor 1914 war der „Zahlabend“ die wichtigste Form der Zusammenkunft sozialdemokratischer Arbeiter. er erfüllte mehrere Funktionen. Über den eigentlichen Anlaß, die Beitragszahlung, hinaus, war er vor allem Bierabend. Er bot Geselligkeit, Unterhaltung und Entspannung, gab Gelegenheit zur Alltagsflucht aus harter Arbeit und enger Wohnung. Durch den Versammlungsort, die Kneipe, bedingt, stellte der Zahlabend zugleich die „lebende“ Verbindung zwischen Organisierten und Nichtorganisierten dar. Wünsche und Forderungen der Arbeiter gelangten so formlos in die Partei- oder Gewerkschaftsorganisation wie die Mitglieder ihre Ansichten, Beschlüsse und Ziele im Arbeitermilieu verbreiteten. Das Bierlokal gehörte zu den Voraussetzungen politischer Organisation der Arbeiterklasse in Deutschland.

Basierend auf dem Territorialprinzip der Partei bildete die politische Zusammenkunft stets auch einen Teil der Arbeitergeselligkeit in der Freizeit. Oft waren es sogar Fest und Feiern, die den Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie neue Mitglieder

zuführten. Auf die Dauer konnte aber die politische Organisation nicht an die Wirtshausgeselligkeit und den Bierausschank gebunden bleiben. Ernsthaftige politische Diskussionen erstickten im Kneipenlärm. Mit steigender Mitgliederzahl erhöhten sich die Beitragseinnahmen. Geld und Vereinsunterlagen waren im Hinterzimmer der Kneipe nicht mehr sicher genug aufbewahrt. An ein ernsthaftes Arbeiten der zunehmenden Zahl ehrenamtlicher wie bezahlter Funktionäre war angesichts des ständigen Kommens und Gehens der Gäste und Kellner und unter den Bedingungen des Gesangs angeduselter Besucher nicht zu denken.

Die Geselligkeit hatte sich zunächst als eine Möglichkeit erwiesen, Arbeiter für Organisationen zu gewinnen. Mit dem Übergang zu höher organisierten Formen des Kapitalismus wie der Klassenkämpfe wurde sie jedoch vielfach zu einem Hemmschuh. Die politische Arbeiterbewegung wirkte in nationaler Dimension. Sie führte Wahlkämpfe und arbeitete im Parlament. Im Verständnis der Sozialdemokratie war der politische Kampf die „eigentliche“, die „wirkliche“ Arbeiterbewegung. Aus ihrer Perspektive gaben der Arbeiteralltag, die Festlichkeiten und die Unterhaltungsabende lediglich die Anlässe her oder stellten „Hilfsmittel“ für klasseneigene Aktionen dar. Wichtigstes Ergebnis der Trennung des Politischen vom Geselligen waren die nun höheren Formen politischer Organisiertheit, abgehoben vom Bierabend und zum Teil außerhalb der Kneipen stattfindend. Das hieß nun aber nicht, Arbeiter wären jetzt weniger der reinen Fröhlichkeit wegen zusammengekommen. Diese Trennung brachte es vielmehr mit sich, daß den nun entstehenden gesonderten Arbeiterfreizeitvereinen Funktionen zuwuchsen, die bisher die politischen Organisationen mitzuerfüllen hatten. Das zeigte sich in der Arbeitersängerbewegung besonders deutlich. Die Mehrzahl der nach 1905 entstehenden Chöre widmete sich ausschließlich Vergnügungen. Weder Konzerte noch Mitwirkung bei Arbeiterfesten spielen in den Berichten an den Arbeitersängerbund eine Rolle.

7. DAS ENTSTEHEN VON FREIZEITVEREINEN

Viele Freizeitaktivitäten von Proletariern verlagerten sich allmählich aus der Biergeselligkeit heraus. Arbeiter gründeten Vereine der Sänger, Turner, Schachspieler, Fußballer, Alkoholgegner, Theaterfreunde, Freidenker usw. Das waren „organisierende“ Reaktionen auf entstehende Freizeitbedürfnisse. Daraus erwuchs für die Sozialdemokratie das Problem, zu diesen Vereinen und zu den in ihnen tätigen Arbeitergruppen ein politisches Verhältnis herzustellen.

Auch die Vereine selbst legitimierten ihre Existenzberechtigung als Teil der Arbeiterbewegung. So bezeichnete sich der Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“ als „rote Kavallerie“, weil er Landagitation betrieb, Flugblätter und Zeitungen ausfuhr, Kurierdienste versah und nicht einfach so aus lauter Spaß das Radfahren betreiben wollte.

Gründe für solchen Nachweis der Verbundenheit gab es mehrere. Sie reichten von Bestrebungen einer künftigen Gesellschaft, die es mit dem Gründen von Arbeiterfeuerwehren, Arbeiterhotels, einer Arbeiterpolizei usw. zu beginnen gelte, bis zu der politischen Einsicht, daß Sonderinteressen nur im Verbund einer großen Bewegung durchsetzbar waren.

Die Festprogramme von Partei und Gewerkschaften um die Jahrhundertwende verdeutlichen den beiderseitigen Bezug von Sozialdemokratie und Freizeitvereinen. Die Turner bauten Pyramiden und zeigten attraktive Geräteübungen. Figuren fahren war der Beitrag der Arbeiterradfahrer. Die Abstinenten sorgten für einen Stop des Bierausschanks während der Vorführungen und Reden. Die Freidenker ersannen Riten für Parteiaufnahmen und Jugendweihe. Die Samariter leisteten Erste Hilfe. Die Stenographen verstanden sich aufs Protokollieren.

Die enge Bindung zwischen der Sozialdemokratie und den ihr vorgelagerten Vereinen wirkte sich auch auf den öffentlichen Kunstgebrauch in der Arbeiterbewegung aus. So konnte nur die Ausbildung der Arbeitersängervereine zu geschulten Chören den Arbeiterorganisationen unmittelbar dienen. Ihre Aufgabe bestand nun darin, das Feiertägliche und Politische im Organisationsalltag mit Gesang herauszuheben und zu betonen. Das hatte mehrere Folgen. Zum einen setzte eine verstärkte Aneignung des bürgerlichen und bürgerlich-humanistischen Liedgutes ein. Zum anderen erarbeiteten der Zentralbildungsausschuß sowie die örtlichen Bildungsausschüsse Musterprogramme für Festlichkeiten, die dann auch weitgehend in künstlerisch-gesellige Veranstaltungen umgesetzt wurden. Schließlich, um die Feste und Feiern in würdiger Form veranstalten zu können, vergrößerte sich der Anteil anspruchsvoller Musikwerke im Repertoire der Sängervereine. Die Prozedur der Einstudierung und des Vortragens führte dazu, daß der „schöne Gesang“ vielerorts einen höheren Stellenwert erhielt als die politische Aussage einerseits und die reine Geselligkeit andererseits. Das bewirkte, daß in den Vereinen, die ja die geselligen Funktionen von den politischen Organisationen übernommen hatten, jetzt gegen pures Amüsement und Bierabendmentalität angegangen wurde. Nur so konnten die Vereine ihrem Anspruch gerecht werden. Viele tradierte Bräuche wie Frühschoppen, Kommerse und Rundgesänge, lokal gebunden an die Kneipengeselligkeit, galten nun als bürgerlich oder einfach unkultiviert. Vor allem störten sie die ernste Einstudierungsarbeit. Immer wieder wurde über schlechte Disziplin der Sänger, Turner usw. geklagt, die erst vom Schanktisch ins Hinterzimmer oder aus dem „wildem Verein“ in den Verband zur ernstesten Gesangsarbeit oder Übungsstunde geholt werden mußten.

Wollte sich die Sozialdemokratie nicht verzetteln, mußte sie die politische Seite ihrer Organisation immer wieder hervorheben. Sie widersetzte sich Tendenzen der Vereinsmeierei und verwahrte sich gegenüber Vorwürfen, seinen Amüsierbetrieb zu unterhalten. Das führte aber dazu, daß die eigenen Vereine immer mehr nur „veredelte“ Geselligkeit und „gehobenes“ Programm anboten. Wer das aber nicht suchte, weil er „abschalten“ wollte, mußte außerhalb der sozialistischen Freizeitvereine nach Angeboten suchen.

In der Folgezeit erwies sich diese Kulturpolitik als problematisch. In ihrer Mehrheit lehnten sozialdemokratische „Kulturarbeiter“ die neuen Tendenzen zur Massenkultur ab. Sie belegten sie mit solchen Bezeichnungen wie „Schundliteratur“, „Kinoseuche“, „Werbeflut“, „Presserummel“, „Tingel-Tangel“, „Schlagerkrankheit“ und andere. Einige verwarfen sogar die „Vergnügungssucht“ allgemein. Ein historisch in der Arbeiterbewegung gewachsenes Konzept von Kulturarbeit kollidierte mit einem stärker marktorientierten Freizeitverhalten des Proletariats, besonders der männlichen Jugend.

8. KULTURARBEIT IN FREIZEITVEREINEN UND KULTURPOLITISCHES KONZEPT

Im Freizeitverhalten von Arbeitern spielte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die entstehende Kulturindustrie eine zunehmende Rolle. Das führte in der Arbeiterbewegung zu der Frage, wie sie attraktiv bleiben könnte gegenüber Kino, Rummelplätzen, Luna-Parks, Illustrierten, Zeitungen, Ausflugsgaststätten mit Musik und Tanz, Blaskonzerten, Witzblättern, Revuen, Operetten, Vorstadttheatern. Oder sollte es dazu kommen, wie es in einer Gewerkschaftsfestzeitung hieß, „daß die Massen ... dem kulturfremden, spekulierenden Unternehmertum ausgeliefert sind, das sie oft für billiges Geld ... zu platten Verfälschungen und kleinbürgerlicher Verdummung verführen kann?“^{15/}

Es dominierte letztlich in der deutschen Sozialdemokratie die Auffassung, man müsse gegen diese neuen Formen der Unterhaltung in der Gesellschaft und in den eigenen Organisationen auftreten. In bezug auf die Vereinsarbeit, die damals die wichtigste eigene Form von Unterhaltung und Geselligkeit war, bildeten sich zwei gegensätzliche Haltungen innerhalb der Arbeiterbewegung aus. Die eine lehnte jede Vereinstätigkeit als „Vereinsmeierei“ rundweg ab. Sie blieb aber in der Minderheit. Die andere versuchte, die politische Arbeit aus der Vereinsarbeit hinauszudrängen, die Arbeitersängerbewegung und andere Massenorganisationen zu entpolitisieren. Übersah die erste Haltung die politische Potenz der Vereine als Rekrutierungsfeld neuer Anhänger der Arbeiterbewegung, so überzeichnete die andere deren ästhetische.

Politisch stellten die Freizeitvereine für die Arbeiter einen zusätzlichen Anreiz dar, sich zu organisieren und sich sozialistischen Ideen zu nähern. Sie gaben dem Arbeiter Erholung, Unterhaltung und Gemeinschaft. Sie bildeten auch ein Feld der Betätigung für politisch weniger geschulte Mitglieder. Die „Kosten“, die der einzelne Arbeiter für seinen Organisationsbeitritt zu leisten hatte - Beträge zahlen, aus politischen Gründen entlassen werden, Freizeit „verlieren“ und Familienstreitigkeiten in Kauf nehmen - , wurden für ihn durchaus aufgewogen durch den möglichen Gewinn, den er aus einem Beitritt ziehen konnte. Dazu rechneten die Vorteile kollektiven Auftretens im Arbeitskampf, langfristiger Kampf um höhere Löhne, Gemeinschaft mit sozial Gleichgestellten und Gleichgesinnten, aber auch Bildung, Unterhaltung und finanzielle wie moralische Unterstützung. Die Vereine hatten sich zu einem Bindeglied zwischen den politischen Organisationen und dem Alltagsleben der Arbeiter entwickelt.

Die kulturelle Bedeutung der Freizeit-, Kunst-, Weltanschauungs-, Bildungs-, Jugend- und Selbsthilfvereine der Arbeiterbewegung bestand nicht nur darin, daß sie den Arbeitern neue Felder ihrer Persönlichkeitsentwicklung eröffneten, sie an Kunst heranzuführen, sportliche Tätigkeit gestatteten, auf Mängel im bürgerlichen Kulturbetrieb verwiesen und hier für Arbeiter Lücken schlossen oder in schwierigen persönlichen Situationen solidarische Hilfe leisteten. Darüber hinaus stellten sie Versuch dar, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Freizeitinteressen und -tätigkeiten in gewissem Umfang selbst zu bestimmen. Die proletarischen freiwilligen Assoziationen waren schöpferische Experimente und Versuche der Arbeiterklasse, das Profitprinzip für bestimmte Bereiche auszuschalten und das Klasseninteresse zu formulieren. Zudem bildeten die Vereine ein Mittel, diese Aufgaben und Bedürfnisse zu erkennen, in politische Programmpunkte zu fassen und auch, sich in ihrer

Verwaltung zu üben. Dies ermöglichte die Ausarbeitung von wissenschaftlichen Konzepten zu wesentlichen Teilbereichen des proletarischen Alltags, die Arbeiter politisch „ergriffen“, sie mitreißen und in die sozialistische Bewegung einreihen konnten.

In den Freizeitvereinen, den Jugend- und Frauenorganisationen, den Freidenker-, Abstinente-, Stenographen- und Esperantistenverbänden hatten sich vor dem Kriege schätzungsweise 500 000 bis 600 000 Arbeiterinnen und Arbeiter zusammengeschlossen. Mit den Kinderschutzkommissionen, den Volkshäusern, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, den sozialdemokratischen Kindergärten, Gesundheits- und ähnlichen Verbänden, dem Verband der freien Gast- und Schankwirte, den Mietervereinigungen und Kleingärtnern, den Reservistentreffen, Schulentlassungsfeiern und Kinderfesten, dem Vertriebssystem von Literatur, den Kolporteurs, Zeitungsausträgerinnen, Bibliothekaren und Redakteuren, den Arbeitersekretariaten, Arbeitsvermittlungsstellen und vielen anderen Organisationen, Einrichtungen, Veranstaltungen und Kulturarbeitern gelang es der deutschen Arbeiterbewegung, eine breite Massenbasis für sozialistische Ideologie und Politik zu schaffen. Dabei nahm aber zugleich die Tendenz zu, in breiter Kulturarbeit das Hauptmittel zur Erreichung des Sozialismus zu sehen. Hinzu kam, daß die Männerorientiertheit des Kulturprogramms nur selten kritisiert wurde. Nur die Arbeiter konnten sich zu Klassenkämpfern emporarbeiten, die, über die „Nichtigkeiten des Alltags“ hinwegsehend, sich die sozialistische Theorie aneigneten und ihre geistigen Bedürfnisse entwickelten. /6/ Bezogen auf die ganze Klasse war dies jedoch nur einer relativ kleinen, wenn auch wachsenden Gruppe möglich. Die Mehrzahl der Proletarier hinderten gerade diese „Nichtigkeiten des Alltags“, die ja ihre Lebensprobleme ausmachten, sich der sozialistischen Bewegung anzuschließen.

Aus der sozialen Herausbildung proletarisierter Massen, zusammengesetzt aus einer zunehmenden Vielzahl lohnabhängiger Gruppen und Schichten, resultierte die politische Frage, ob die Vereine und ähnliche Vorfeldorganisationen überhaupt in der Lage waren, dem Proletariat in absehbarer Zeit Hegemonie und der Arbeiterpartei Einfluß oder gar die politische Macht zu erobern. Es entsprach der „organisatorischen Befindlichkeit“ der Arbeiterbewegung, daß sich die Diskussion über die neuen, das 20. Jahrhundert prägenden massenkulturellen Phänomene auf besondere Weise in der Debatte über selbstorganisierte Kulturarbeit in eigenen Freizeitvereinen spiegelte.

In erster Linie brachten politische Funktionäre ihre Besorgnis zum Ausdruck, daß Unterhaltung, Geselligkeit und Lebenshilfe bildende und politische Veranstaltungen sozusagen überwuchern und deren Bedeutung mindern könnten. Während sich die Kritik linker Sozialdemokraten gegen die wachsende politische Unbestimmtheit verschiedener Veranstaltungen und Unternehmungen richtete, bezweckte die Kritik rechter Sozialdemokraten anderes. Ihre Kritik an der Kulturarbeit ging oft von abstrakten Bildungszielen aus. Die Anwendung der Formel von der „Veredelung“ des Arbeiters verstellte nicht nur den Blick auf das reale Arbeiterleben und die neuen Phänomene und Probleme im Arbeiteralltag. Die Kritik bedrohte zudem das Netzwerk proletarischer Kommunikation. Es bedeutete einen Angriff auf die massenpolitische Basis proletarischer Organisation in damaliger Zeit, auf die organisierte Gemeinschaftlichkeit der einfachen Arbeiter. Zwar erlitt dieses Konzept in der Zukunft immer wieder Mißerfolge.

Manch humanistisch gemeintes Kulturprogramm scheiterte an den elementaren Bedürfnissen der Arbeiter, eingeschlossen ihre Unterhaltungsbedürfnisse. Aber an abstrakten Bildungsidealen orientierte Kulturarbeit diente objektiv der Erhaltung des Kapitalismus. Ihre Praxis - allgemeine Bildungsarbeit und weltferne Kunstveranstaltungen - ordnete sich in die erweiterte Reproduktion der kapitalistischen industriellen Gesellschaft ein. Sie hob sich politisch und formal ungenügend von bürgerlicher Kulturarbeit ab, orientierte nur unzulänglich auf die Ausbildung einer relativ selbständigen Kampf- und Organisationskultur der deutschen Arbeiterbewegung. Das Konzept suchte stattdessen Selbständigkeit auf Feldern, wo es keine geben konnte. Es widmete sich Aufgaben, in deren Lösung Eigenständiges verschwamm und vor allem der politische Gegensatz nicht recht zu verdeutlichen war.

Nach der Jahrhundertwende war in der deutschen Arbeiterbewegung generell die Neigung zu beobachten, das theoretische Verständnis von der Arbeiterbewegung als einer Kulturbewegung von der Politik abzuheben. Kulturbewegung schloß, entsprechend der Praxis der Arbeiterorganisationen, Bildung, Kunstverbreitung, Geselligkeit, Unterhaltung, Sport und Erholung ein. Kulturarbeit galt nun nicht mehr allen Sozialdemokraten als Mittel zur Erreichung der politischen Macht und zur Vergrößerung einer bewußten Anhängerschaft. Selbst die politischen Organisationen wurden nicht mehr vorrangig als Klassenkampfinstrumente, sondern auch als Institution unpolitischer Kulturarbeit gesehen. In Kulturfragen, so die Schlußfolgerung, finde sichtlich der Standpunktbildung zu den neuen Erscheinungen einer aufkeimenden Massenkultur. Diese Einstellung verhinderte die Ausbildung eines politischen Konzepts gegenüber den damals neuen Medien, der Illustriertenpresse und dem Kino. Sie sah diese Institutionen entweder als „feindlich“ oder nur als Werkzeug möglicher „höherer“ Bildung.

9. KULTURELLE LEISTUNGEN PROLETARISCHER ORGANISATION

Die Leistung der Arbeiterbewegung bestand hauptsächlich darin, eine proletarische Organisationskultur herauszubilden, eigenständige Formen kultureller Massenarbeit zu entwickeln und die kulturellen wie politische, die individuellen wie Klassenziele und -interessen zu vermitteln und in einem Gesamtkonzept proletarischer Klassenbewegung praktisch zum Ausdruck zu bringen.

Erstens brachten die Arbeitermänner und -frauen Organisationen der Klasse hervor, die sie befähigten, den Reproduktionsanforderungen an ihre Arbeitskraft gerecht zu werden, und ihnen Bildung, Information, Erholung, Wohnung, Gesellung usw. erst ermöglichten. Proletarische Organisationen erstrebten höhere Löhne für Arbeiter, männliche wie weibliche, erstritten kürzere Arbeitszeit, fochten für das Frauenwahlrecht und wollten mehr Rechte für die Jugend. Sie erprobten den Umgang mit den ersten Massenmedien und nutzten sie für ihre Agitation. Die proletarischen Organisationen verbanden diese Aufgaben mit der Vermittlung politischer Aufklärung und der Formulierung politischer Programme zur Umgestaltung aus staatlicher Institution wie schließlich der Gesellschaft überhaupt. Die Sozialdemokratie hatte eine Bildungs-, Wohnungs-, Frauen-, Erholungs-, Gesundheits-, Sozial- und Militärpolitik. Sie lernte bis 1914, zu allen Grundfragen der Gesetzgebung Position zu beziehen und den Standpunkt der Arbeiterklasse

vorzutragen, ohne schon mitbestimmen zu können. In ihrer Theorie orientierte sie sich an Karl Marx und Friedrich Engels und entwickelte deren Lehre weiterhin.

Die darauf basierende kulturpolitische Strategie formuliert August Bebel 1895: „Wir wollen nur da den Staatsbetrieb bekämpfen, wo er kulturfeindlich wird und die Entwicklung hemmt ... Wir müssen sogar den Staat zwingen, immer mehr Kulturaufgaben zu übernehmen, dadurch bringen wir schließlich den heutigen Staat aus den Fugen ... Zuletzt versagt auch die stärkste Staatsmacht in dem Maße, wie der Staat seine Arbeiter und Beamten gegen sich selbst in Opposition treibt“.⁷⁷ Mit der Formel vom „heutigen Staat“ anerkannte die Sozialdemokratie die künftige Rolle des Staates als Macht- und Verwaltungsorgan in einer sozialistischen Gesellschaft. Sie grenzte sich damit von anarchistischen Vorstellungen ab. Aber sie bestimmte den „heutigen Staat“ des Kaiserreichs als zu überwindende Einrichtung.

Zweitens wurde die proletarische Klassenorganisation mit der Einbeziehung immer neuer und größerer Arbeitermassen zu einem breiten Betätigungsfeld vielfältiger schöpferischer Kräfte der Arbeiter. Organisation bedeutete nicht nur die Einschränkung der Konkurrenz unter den Arbeitern beim Verkauf ihrer Arbeitskraft. Sie bedeutete auch die tatsächliche Ausbildung schöpferischer Individualität der Arbeiter. Durch ihre Organisation hatte die Klasse eigene Kultur ausgebildet, und das proletarische Individuum hatte durch seine Organisierung teil (Anteil und Teilnahme) an der Ausbildung dieser Seite der Kultur der Arbeiterklasse. Überhaupt konnte der einzelne Arbeiter nur als „Organ der Organisation“ (Lenin: „Rädchen und Schraubchen“) an der Schaffung sozialistischer Kulturverhältnisse teilnehmen. Das war aber auch die einzige Möglichkeit des einzelnen Arbeiters, sich gegen seine bürgerliche Sozialisation zum bloßen Verkäufer von Arbeitskraft zur Wehr zu setzen. Auch gab die Organisation der Arbeiter, das Lernen von Leitung, Politik, Verwaltung, proletarischer Demokratie und so weiter, der Klasse und den Individuen Garantie und Befähigung, Sachkenntnis und Selbstbewußtsein, den Staat einmal selbst in die Hände nehmen zu können.

Drittens galt die Klassenorganisation als Wertmaßstab und Beispiel des Funktionierens einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. Waren die Feudalgesellschaft nach dem Prinzip des „ganzen Hauses“ und der Kapitalismus nach dem der Fabrik eingerichtet, so sollte der künftigen sozialistischen Gesellschaft die Arbeiterorganisation, deren „organisierende Kultur“ als Muster dienen. Das betraf die administrativen Strukturen wie die moralischen Sollsetzungen gleichermaßen: sich der Sache und nicht materiellen Vorteilen hingeben, wenn man eine Funktion ausübt. Wenn auch nicht bei allen Arbeitern, so wurden doch vor allem bei den organisierten Eigenschaften individuellen Verhaltens ausgebildet, die die Arbeiter als „reife“ Individuen für den Sozialismus prädestinierten. Disziplin, Verlässlichkeit, Beständigkeit, Ausdauer und Einordnungsbereitschaft zählten dabei sowohl zu den Voraussetzungen und Ergebnissen kapitalistischer Produktion wie sie auch die Grundlage für die Ausbildung proletarischer Organisation bildeten. Solidarität, Bewußtheit im Handeln, Festigkeit, Mut, Entschlossenheit und Willensstärke wurden zu Persönlichkeitseigenschaften, die wesentlich durch die Klassenorganisation den Arbeitern „anbezogen“ wurden. In jeder Etappe konkretisierte die Arbeiterbewegung diese Wertvorstellungen und richtete sie ideologisch gegen bürgerlichen Individualismus und Egoismus wie auch gegen vorproletarische Genügsamkeit und Fügsamkeit.

Viertens begann mit der vielfältigen Organisation der Klassenmitglieder die zielgerichtete Einflußnahme auf ihr Verhalten, ihre Wünsche, ihr Bewußtsein und ihre Aktionen, erfolgte ihre Sozialisation im Gesamtinteresse. Damit setzte die Ausbildung einer spezifisch proletarischen Kulturpolitik ein, in der Kulturarbeit keine Ressortangelegenheit spezieller Kulturorganisationen war. Diese leisteten nur ihren spezifischen Beitrag. Die vielfältige Organisation der arbeitenden Menschen wurde Element ihrer Lebensbedingungen und zugleich Mittel zu deren Veränderung. Die auf Wandlung der Gesellschaft hinzielende Kulturpolitik entwickelte sich zum Bestandteil der Gesamtpolitik der Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang erhielt der Kampf um die Freizeit der Arbeiter seinen besonderen politischen Stellenwert.

/1/ Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864). In: MEW, Bd. 16, S. 12.

/2/ Eduard Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Erster Teil, Berlin 1907, S. V.

/3/ Gesetzsammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, 1850, Nr. 20, Berlin o. J., S. 279.

/4/ Andreas Scheu: Umsturzkeime. Erlebnisse eines Kämpfers. I, Wien 1923, S. 136.

/5/ Festzeitung Gewerkschaftsfest Leipzig 1912, Leipzig 1912, S. 4.

/6/ Siehe Heinrich Schulz: Arbeiterbildung und Bildungsarbeit, Berlin 1913, S. 10.

/7/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895, Berlin 1895, S. 119.

*Es folgen nun die für dieses Buch vorgesehenen Miniaturen. Leider existieren von der **Miniatur 1** nur noch die Literaturangaben, der Text selbst ist verloren.*

MINIATUR 1 "Das Blutgericht"

/1/ Karl Marx: Kritische Randglossen zu dem Artikel "Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen". In: MEW, Bd. 1, S. 404.

/2/ Eduard Bernstein: Der Streik, Frankfurt ((Main) 1920, S. 29.

/3/ P. Reinhardt: Die sächsischen Unruhen der Jahre 1830 - 1831, Halle 1915, S. 34/35.

/4/ Vorwärts ((Paris), 3. Juli 1844.

/5/ Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 452.

/6/ Die Heimat. Zeitschrift für Niederrheinische Heimatpflege, 1965, Nr. 36, S. 34/35.

/7/ Wilhelm Wolff. Das Elend und der Aufruhr in Schlesien. In: Wilhelm Wolff: Aus Schlesien, Preußen und dem Reich. Ausgewählte Schriften, Berlin 1985, S. 67.

/8/ Vorwärts, 30. Juni 1844.

/9/ Wilhelm Wolff: Das Elend und der Aufruhr in Schlesien. In: Wilhelm Wolff: Aus Schlesien, Preußen und dem Reich, S. 73.

MINIATUR 2 „... die Kraft der Selbsthilfe zu wecken“

Der Genossenschaftsgedanke nimmt konkrete Gestalt an

Industrielle Revolution und Kapitalismus zerstörten die bis dahin gewohnten bäuerlichen und handwerklichen Institutionen der sozialen Sicherung arbeitender Menschen: Versorgung im Alter und bei Krankheit, Erwerb von Nahrungsmitteln und Kleidung, Erhalt von Unterkunft und Ausbildung. Für doppelt freie Lohnarbeiter galten nun nicht mehr die althergebrachten Lebensregeln. Geld-, Kauf- und Verkaufsverhältnisse traten an ihre Stelle.

Einige Handwerker und Kleinhändler unternahmen Versuche, sich gegen die Unbilden von Angebot und Nachfrage sowie gegen die Konkurrenz der großen Fabriken und später der Warenhäuser zu schützen und sich zusammenzuschließen. Aus diesen ersten Gründungen entstanden bis zur Jahrhundertwende große Einrichtungen, die auf genossenschaftlicher Basis arbeiteten und eine neue Ökonomie anstrebten, die „Gemeinwirtschaft“. Sie wollten „die organisierten Konsumenten bzw. deren aus demokratischer Wahl hervorgegangene Vertretungen zu wirtschaftlichen Herren über den Warenmarkt ... machen.“^{1/}

Dem gemeinsamen Anspruch der Freien Gewerkschaften und der inzwischen geschaffenen Zentrale der Arbeiterkonsumvereine von 1905, „unnachsichtlich alle Waren zurückzuweisen, die in der Heimarbeit, in Schwitzerwerkstätten oder sonst ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt sind“^{2/}, waren 60 Jahre zuvor kleine Vereine vorausgegangen, die ähnliche Ziele formuliert hatten. So gründeten 1844 Gesellen in Berlin einen Handwerkerverein. Ein Schneider namens Lüchow und ein Schuhmacher namens Hätzler riefen 1848 einen „Arbeiterklub“ ins Leben. Die Vereine „Konkordia“ und „Prometheus“ waren zeitweilig der von Stefan Born gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung angeschlossen. Eine von dieser Bruderschaft angeregte „Hemdenassoziation“ und eine „Broteinkaufsgenossenschaft“ zur Beschaffung notwendiger Konsumtionsmittel waren auf Dauer nicht lebensfähig, ein „Gesundheitspflegeverein“ dagegen erreichte annähernd 20 000 Mitglieder.

Die Organisation der Arbeiterverbrüderung entsprach den Verhältnissen dieser sozialen Übergangszeit vom zünftlerischen Zusammenschluß der Berufe zu einem allgemeineren Arbeiterverband. Besonders im Paragraphen 18 seiner Grundstatuten waren schon nahezu alle Aufgaben umrissen, die, dann modifiziert, auch spätere

Arbeiterorganisationen zeitweilig erfüllten. In diesem Paragraphen forderten die Arbeiter, „die Bedürfnisse und Übelstände der Arbeiter ihrer Berufsart, wie auch im allgemeinen, zu erforschen, auf Abhilfe derselben zu wirken, ihre Gewerks-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse zu beraten und zu ordnen, durch Arbeitsvermittlung, wie durch Errichtung und Selbstverwaltung freiwilliger Kranken-, Sterbe-, Invaliden-, Dispositions-Kassen usw. die Grundsätze der Gegenseitigkeit und Brüderlichkeit unter den Arbeitern zu fördern, durch Lehrvorträge, Bibliotheken, Musterstätten und ähnliche Institute Kenntnis und Bildung unter den Arbeitern“ /3/ zu verbreiten.

Der einzelne Arbeiter war allein nicht in der Lage, ausreichend für seine und seiner Familie Existenz zu sorgen. Er benötigte finanzielle Unterstützung im Unglücksfall, bei Krankheit oder Invalidität und berufliche Umschulung oder Weiterbildung beim Wechsel der Arbeitsstelle oder der Tätigkeit. Die kollektiven und organisierten sozialen Leistungen der Kassen und später der Vereine verbesserten seine Chancen im Existenzkampf oder milderten dessen Folgen.

Vereine und Kassen der Handwerker und Arbeiter konnten sich relativ frei entfalten, weil sie auch die Budgets der Gemeinden und Fabrikanten entlasteten und sozialen Zündstoff ausräumten. Die Lebensumstände dieser Zeit, besonders die rasche Vernutzung der Arbeitskraft infolge der extensiven Produktions- und Ausbeutungsmethoden – allen zünftigen Gesellen ein wahrer Alptraum –, bedingten die Ausbildung von Organisationsformen zur finanziellen Unterstützung. Diesen kam bei der Selbstorganisation der Arbeiter große Bedeutung zu. Mit den Solidaritätskassen und -vereinen, regionalen oder nach Gewerken organisierten Invaliden-, Witwen-, Unfall-, Spar-, Arbeiterversorgungs- und Streikkassen, aber auch Heirats- und Begräbniskassen (zeitweilig die größte Organisation in den Städten) schufen sich die Arbeiter - entsprechend ihren Möglichkeiten - selbst ein gewisses Netz sozialer Absicherung. Neben solchen Kassen waren die unterschiedlichen Formen von Konsumvereinen Beispiele für Organisationsgründungen der Arbeiter.

Das Unvermögen zu rationeller Haushaltsführung auf Grund der unzureichenden Löhne und mangelnde Erfahrung im Umgang mit frei verfügbarem Geld führten in den Proletarierhaushalten zu einem ständigen Mangel an Bargeld und zu Borgschulden. Bürgerliche „Freunde der unteren Schichten“ und frühe Sozialisten propagierten deshalb oder weil sie eine andere soziale Verfassung wollten, schon in den Zeiten der industriellen Revolution die Idee der „Assoziation“. Damit war Vereinigung, Gesellschaft und Genossenschaft gleichermaßen gemeint. Die sozialistischen Konzeptionen bei Robert Owen und Charles Fourier setzten auf die „langfristige Durchsetzung der in ihnen (den Assoziationen, – Der Verf.) schon verwirklichten letztlich revolutionären Idee durch die Kraft der Aufklärung und durch die Ausstrahlung des überzeugend vorgelebten Exempels“. /4/

Das Leitkonzept einer Reihe von bürgerlichen Versuchen der Assoziation war es demgegenüber, die „soziale Frage“ zu bewältigen. Sie bezweckten, „die Kraft der Selbsthilfe zu wecken und über sie die Selbstheilung der Gesellschaft und die Wiederherstellung sozialer Harmonie zu bewirken“. Bürgerliche Versuche gab es dabei sowohl in einer „auf den handwerklich-bäuerlichen Mittelstand gemünzten Form (als Kreditgenossenschaft, Erwerbigenossenschaft, Einkaufsgenossenschaft, Warenmagazingemeinschaft usw.) wie auch in ... Anwendung auf Probleme der proletarischen Unterschichten (als Bildungsverein, Konsumgenossenschaft)“. /5/ So

reichte das politische Spektrum der um 1860 vorhandenen Assoziationen von sozialkonservativen bis zu sozialrevolutionären Positionen.

1845 entstand in Chemnitz der Verein „Ermunterung“. 1848 rief in Berlin der Generalstaatskassenbuchhalter Liedke mehrere Sparvereine ins Leben. Der Chemnitzer Verein ist typisch für diese ersten Gründungen. Er wollte „die nötigen Lebensmittel durch größere Einkäufe billiger ... beschaffen“. /6/

In den Geschichten über diese ersten Vereine sind Dichtung und Wahrheit eng verwoben. Sie vermitteln aber ein anschauliches Bild über die Anfänge proletarischer Organisation. Diese frühen Gründungen boten ihren Mitgliedern Lebenshilfe, Geselligkeit und Interessenvertretung. Schon der Name „Ermunterung“ war symbolisch. Es war ein Verein, in dem sich einige Familien, wahrscheinlich nur die Männer, zusammengefunden hatten, um vor allem Unterhaltung und geselliges Beisammensein zu suchen. Andere frühe Konsumvereine wie „Erholung“, „Freundschaftsbund“ und „Redlichkeit“ in Glauchau hatten ähnlichen Charakter, und auch die Geschichte der württembergischen Arbeitervereine in den 60er Jahren deutet in diese Richtung. Sie legten ebenfalls das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf Geselligkeit und wirtschaftliche Selbsthilfe im weitesten Sinne; zur Verbesserung der ökonomischen Situation sollte letztlich die gesamte Bildungsarbeit, die Einrichtung der Vereinsbibliotheken, Lesezimmer und beruflich orientierten Abend- und Sonntagskurse sowie die Gründung der Krankenunterstützungskassen dienen. Besonderen Ausdruck fand der Selbsthilfegedanke in den Versuchen zur praktischen Verwirklichung der Assoziations- oder Genossenschaftsidee. Im Arbeiterbildungsverein Stuttgart „wurden praktisch von der Gründung an Pläne zur Schaffung eines Arbeiterkonsumvereins gemacht, die jedoch zunächst aufgeschoben wurden ... Auch eine neue Speiseassoziation müsse nach dem Vorbild der älteren gegründet werden“. Einer eingesetzten Kommission gelang es, „im Laufe des Jahres 1864 Kontakt zu dem jungen Stuttgarter Nationalökonom Dr. Eduard Pfeiffer aufzunehmen ... 1863 hatte Pfeiffer ein Buch mit dem Titel über Genossenschaftswesen erscheinen lassen. Darin entwickelte er sein System des 'Kooperatismus', durch das, aufbauend auf noch zu gründende Konsumvereine, die gesamte Wirtschaft nach genossenschaftlichen Prinzipien neu geordnet werden sollte.“/7/

Pfeiffer erhoffte die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter durch Zusammenarbeit von Gutwilligen aus allen Klassen. Er dachte dabei an ein Netzwerk von Vereinen verschiedener Art. So begann er später in Stuttgart den Konsumverein mit dem Arbeiterbildungsverein, einigen Produktivassoziationen und dem Verein für das Wohl der arbeitenden Klasse zu verbinden. Pfeiffer gilt als der Erfinder des „Markensystems“. Damit verknüpfte er den eigentlichen Konsumgedanken, das heißt die Verbilligung der Konsumgüter für Mitglieder des Vereins, mit dem „Sparmarkensystem“, das sich neben den Pfennigsparkassen, Heimsparkassen, Sparautomaten und Sparvereinen unter Arbeitern großer Beliebtheit erfreute. Auch führte er das „Lieferantensystem“ ein, nach dem zunächst selbständige Einzelhändler lose zusammenarbeiteten und erst allmählich gemeinsames Kapital zum Betrieb eigener Ladengeschäfte zusammengetragen wurde. Dieses Prinzip förderte sowohl den Gemeinschaftsgedanken innerhalb der Konsumvereine als auch die Konkurrenz zwischen ihnen. So gingen viele Vereine wieder ein, während andere, wie die Konsumvereine Stuttgart und Esslingen, Filialen in weiten Teilen Württembergs gründeten.

Solche bürgerlichen Konsumgenossenschaften, aus denen sich später Ladenketten wie EDEKA und andere entwickelten, wurden zu Interessen- und Handelsorganisationen der Kleinhändler, die wiederum mit anderen Kleinhändlern konkurrierten und ihnen gegenüber versuchten, in Monopolstellung zu kommen. In den 60er Jahren war dieser Trend noch nicht vorauszusehen, zumal in der Zeit vor dem Deutsch-Französischen Krieg und der Reichseinigung 1870/71 viele Vereine zerfielen oder sich, wie im Ruhrgebiet noch nach 1890 nachweisbar, zu getarnten Formen des Truicksystems mauserten: Zechenkonsumvereine oder Werkskonsume. „Die Nachprüfungen der Revierbeamten erbrachten eine Bestätigung dafür, daß zahlreiche Zechenkonsume Waren auf Kredit abgaben und die Borgschuld mit der nächsten Lohnzahlung nur in Form von Warenbons auszahlten und sich gelegentlich auch ein symbiotisches Verhältnis zwischen Zechenverwaltung und privaten Händlern herausgebildet hatte, das in gleicher Weise funktionierte, so daß einzelne Bergleute fast keinen Lohn mehr ausbezahlt bekamen.“/8/

In den 70er Jahren zeigte die Praxis der Konsumvereinsbewegung, daß einer ihrer ursprünglichen Leitgedanken, das Wohl der arbeitenden Klassen zu heben, sich nicht durchsetzen ließ beziehungsweise zunehmend in den Hintergrund trat. Andererseits war die Idee der Selbsthilfe durch Genossenschaften im Proletariat, besonders in den höherqualifizierten Schichten, sehr populär. 1884 gründeten Arbeiter in Leipzig-Plagwitz den ersten Arbeiterkonsumverein Deutschlands. Er war 25 Jahre später mit über 40 000 Mitgliedern und 16.6 Millionen Mark Umsatz jährlich der größte Konsumverein Deutschlands. Jedes Mitglied mußte sich mit 50 Mark beteiligen, wobei dies in Raten zu 50 Pfennig im Monat möglich war.

Besonders in den Großstädten entwickelte sich die Konsumgenossenschaftsbewegung der Arbeiter. Sie schuf nicht nur Organisationen zur Verbilligung und Bereitstellung von Lebensmitteln, Wohnungen und Werkzeugen. Die Genossenschaften gaben auch Orientierung im Kaufverhalten und priesen arbeitergemäße Wohnungseinrichtungen an. Sie waren in vielen Lebensfragen der Arbeiterfamilien Interessenvertreter der Proletarier als Konsumenten und Mieter. Auch viele Unternehmungen der politischen Arbeiterbewegung, besonders Verlage und Volkshäuser, waren genossenschaftlich organisiert. 1903 vereinigte sich der bereits 1890 gegründete Verband sächsischer Konsumvereine „Vorwärts“ mit anderen Arbeiterkonsumvereinen zum Zentralverband deutscher Konsumvereine. Dieser verfaßte vor Kriegsausbruch über 1 100 Vereine, zahlte etwa 1,7 Millionen Mitglieder und beschäftigte 30 000 Personen.

Konsumvereine unternahmen es, Arbeiter als Verbraucher zu organisieren. Sie wandten sich auch direkt an Arbeiterfrauen. Doch sahen sie in ihnen stärker die Mutter im Heim als die Arbeiterin in der Fabrik: „Haushalten kann nur die Frau ...“, hieß es im Frauen-Genossenschafts-Blatt 1902. Allerdings waren Frauen in den Genossenschaften, anders als im sonstigen politischen Leben, von Anfang an wahlberechtigt und konnten auch gewählt werden.

Die Leistung der Konsume bestand darin, Arbeiterfamilien beim Haushalten geholfen zu haben - über die Möglichkeiten der eigenen Produktionsstätten und Läden hinaus: „Eine Stütze hat man auch insofern am Konsumverein, als er immer, ohne Einzahlungen, Unterstützungen in Sterbefällen (für Mann, Frau und Kinder) gewährt“.

/9/

Als zunehmend ökonomische Einrichtungen orientierten sich die Konsume und Genossenschaften in ihrem Geschäftsgebaren an den großen Fabriken und Handelsmonopolen. Das konnte auch gar nicht anders sein. Das wachsende ökonomische Gewicht der Genossenschaften und Illusionen über diese Macht innerhalb des kapitalistischen Profitsystems verleitete allerdings einige ihrer Führer und Funktionäre der Arbeiterbewegung zu der Annahme, Genossenschaften bereiteten den Weg für ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus. Sie sahen in ihnen, neben Partei und Gewerkschaften, eine „dritte Säule“ der Arbeiterbewegung und überschätzten dabei die Möglichkeiten einer eigenen Ökonomie im Kapitalismus.

/1/ Was wir wollen! Programm des „Vereins für Soziales Genossenschaftswesen“. In: Der Genossenschafts-Pionier (Berlin), 13. September 1902.

/2/ An die deutsche Arbeiterschaft! In: Die Genossenschaft. Mitteilungsblatt der Konsumgenossenschaft Hoffnung (Köln), 16. Mai 1912.

/3/ Frolinde Balsler: Sozial-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution. Textband, Stuttgart 1962, S. 159/160

/4/ Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 19788, S. 218.

/5/ Ebenda, S. 219.

/6/ Paul Göhre: Drei Monate als Fabrikarbeiter und Handwerksbursche, Leipzig 1891, S. 35.

/7/ Wolfgang Schmierer: Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik, Hannover 1970, S. 84/85.

/8/ Fabrik, Familie, Feierabend, S. 229.

/9/ Die Genossenschaft. Organ der Konsumgenossenschaft Hoffnung e. G.m.b.H. Köln am Rhein und Umgegend (Köln-Veirgst), 3. August 1911.

MINIATUR 3 [„Nur nicht Bitterkeit, meine Herren.“ Wie 1863 die erste nationale Arbeiterpartei der Welt entstand.](#)

1862/63 mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) begann in Deutschland die selbständige Arbeiterorganisation. Arbeiter lernten, öffentlich zu reden und ihre Interessen zu formulieren. Sie legten die Gewohnheit ab, fremden Ratschlägen vorbehaltlos zu folgen. Selbstbewußter traten sie als Lohnarbeiter auf und mischten sich in die „große Politik“ ein. Eigenschaften und Fähigkeiten, die eine Masse von Arbeitern später in ihren Organisationen ausbildeten, deuteten sich zuerst bei einer kleinen Gruppe von Enthusiasten an, die 1862/63 den Anfang setzten. Zugleich zeigte sich, daß radikale Demokraten

Anschluß an das entstehende Proletariat suchten. Sie sahen in ihm eine Klasse mit Zukunft und banden das eigene Schicksal an das der Lohnabhängigen. Dazu zählte auch Ferdinand Lassalle. Es „gelang dem Talent, dem Feuereifer, der unbezähmbaren Energie Lassalles, eine Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen, an welche sich durch positive oder negative, freundliche oder feindliche Bande alles knüpft, was während zehn Jahren das deutsche Proletariat Selbständiges getan hat“.

/1/

Ferdinand Lassalle war der Sohn eines jüdischen Kaufmanns aus Breslau, in der Revolutionszeit 23 Jahre alt und ein studierter Philosoph Hegelscher Schule. Lassalle erregte damals Aufsehen durch sein Auftreten in dem ebenso kostspieligen wie spektakulären Ehescheidungsprozeß einer adligen Dame. In diesem Zusammenhang geriet er vor dem Höhepunkt der Revolution in Haft. Lassalle mußte die Strafe zwar nicht sofort antreten, durfte aber in der Öffentlichkeit nicht mehr politisch auftreten. Unter anderem diesem Umstand verdankte er es, daß er einer der wenigen revolutionären Achtundvierziger war, die Deutschland nicht verlassen mußten.

Im folgenden Jahrzehnt blieb es weitgehend bürgerlichen Philanthropen in Vereinen „für das Wohl der arbeitenden Klasse“ überlassen, Projekte über Arbeiterwohnungen, Krankenversicherungen, Unterstützungswesen, Sparkassen usw. zu diskutieren. So widmete sich besonders der preußische Abgeordnete und entlassene, weil linksliberaler Kreisrichter Franz-Hermann Schulze-Delitzsch Ende der 50er Jahre der „sozialen Frage“ und war einer der wenigen, die eine solche Frage überhaupt sahen. Auf der Basis der ökonomischen Rückständigkeit Deutschlands, „Assoziations“-Theorien des konservativen Schriftstellers Victor Aimee Huber und der französischen Sozialisten der 30er und 40er Jahre vermengend, propagierte Schulze-Delitzsch die Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Zunächst hatte er nur die kleineren Handwerksmeister im Auge. Seine Vorstellungen über Kredit- und Rohstoffvereine vermittelten ihnen die Illusion erfolgreicher Konkurrenz mit dem Großkapital, dem sie in Deutschland noch gar nicht richtig ausgesetzt waren. Später förderte Schulze-Delitzsch auch Konsumvereine, um schließlich mit den sogenannten Produktivgenossenschaften für Arbeiter einen Weg zu propagieren, dem Kapitalverhältnis vorzubeugen.

Unter proletarisierten Handwerkern, den Arbeitern der ersten Generation, zum Beispiel den Webern in Schlesien, wurde das Ideal der Selbsthilfe sehr populär. Es betonte die Eigeninitiative, versprach Sicherung des Eigentums, appellierte an das Bewußtsein der ehemals zünftigen Kleinmeister und kritisierte die kapitalistischen Abhängigkeitsformen. Die Arbeiter mußten „sich aus eigener Kraft und aus eigenem Triebe an dergleichen Unternehmungen wagen“, sonst würden sich die übrigen Klassen hüten, ihnen dabei entgegenzukommen, weil man viel zu sehr dabei interessiert ist, sie in der bisherigen Abhängigkeit zu erhalten. Erst ... nachdem sie den Unternehmern einmal selbst als Unternehmer entgegengetreten sind, dürfen sie auf Beachtung ihrer Wünsche, auf das Entgegenkommen des Publikums, insbesondere der Kapitalisten rechnen, welche sie erst dann als Leute zu betrachten anfangen werden“ und nicht mehr „für bloße Nullen“ halten würden. /2/

Spätestens auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß im Sommer 1862 war für nachdenkende Arbeiter und Handwerker klar, daß sie nicht massenhaft zu gleichberechtigten Unternehmern hochgebildet werden konnten. Nach drei Jahren

breiter Agitation existierten fast keine Produktivgenossenschaften und nur wenige Konsumvereine. Lediglich einige vom Glück und von besonderen Geschäftslagen begünstigte Meister und Kaufleute zogen aus Kredit- und Vorschußkassen sowie Rohstoffgenossenschaften einen gewissen Vorteil.

Der Deutsche Nationalverein war die im Herbst 1859 gegründete politische Organisation nord- und mitteldeutscher Bourgeois und Kleinbürger. Er propagierte den Gedanken der nationalstaatlichen Einigung Deutschlands. Zu seinen Führern zählte neben dem Politiker Rudolf Bennigsen und dem ehemaligen Kommunisten und nunmehrigen Vertreter des Finanzkapitals Johann von Miquel auch Schulze-Delitzsch. 1862, auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung, zählte der Nationalverein 20 000 Mitglieder. Die hohe jährliche Beitragssumme von einem Taler schloß Arbeiter von vornherein von der Mitgliedschaft aus. Politisch mußte man sich aber der Unterstützung der Arbeiter versichern, die sich in Arbeiterbildungsvereinen organisierten. So „bot die Londoner Weltausstellung im Jahr 1862 dem Nationalverein eine Gelegenheit, durch eine Sympathiedemonstration größeren Stils sein Interesse für die Arbeiterfrage an den Tag zu legen“. /3/

Am 20. April faßte der Vorstand den Beschluß, 12 deutsche Arbeiter auf Vereinskosten zur Londoner Weltausstellung zu entsenden. Die von den Arbeitern dort gesammelten Erfahrungen gingen jedoch weit über das hinaus, was sie lernen sollten. Sie machten sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und politischen Organisationsformen der englischen Arbeiter ebenso vertraut wie mit den Erfolgen der Weberassoziation, der „Rochdale Pioneere Society“ - letzteres eine Erfahrung, die Schulze-Delitzschs Idee zu bestätigen schien. Selbstbewußter kehrten die Arbeiter nach Deutschland zurück, um, ausgerüstet „mit einem lebhaften, wenn auch unklaren Drang, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Eines der Mitglieder der Delegation, der Berliner Maler C. Eichler, formulierte in einer Versammlung in Berlin am 25. August 1862 die neuen Wünsche: Bildung eines Arbeiterbundes, zum Zwecke der Gründung von Arbeiter-Produktivgenossenschaften“. /4/

Schon im Oktober des gleichen Jahres war aus dieser Idee der Plan eines Arbeiterkongresses geworden, eines selbständigen organisatorischen Zusammenschlusses der Arbeiter. Eichler, später ein Agent der preußischen Polizei, versuchte, dafür Finanzen des Nationalvereins zu erhalten. Bennigsen und Schulze-Delitzsch lehnten dieses Ansinnen rundweg ab. Sie sahen die Gefahr, daß die Arbeiter ihnen entglitten. Für diese Haltung spricht eine Äußerung Schulze-Delitzschs im Nationalverein in Leipzig am 3. Januar 1863, in der er die Arbeiter lediglich „als geistige Mitglieder, als Ehrenmitglieder des Nationalvereins“ bezeichnete. /5/

Die Idee der Selbsthilfe und der Gründung von Produktivgenossenschaften wurde im Geflecht ökonomischer und politischer Klassenkämpfe immer mehr zu einer Schlüsselfrage. Es mußte vielleicht nur nach anderen Wegen und neuen finanziellen Quellen gesucht werden, Assoziationen zu gründen, abzusichern und zu erhalten.

In dieser Zeit der Gärung trat Ferdinand Lassalle erneut in die politische Arena, ausgerüstet mit dem Plan, Produktivassoziationen mit Staatshilfe zu gründen. Diese Idee stammte von dem französischen Sozialisten Louis Blanc. Sie war nicht lediglich Appell zur Selbsthilfe, sondern eine politische Forderung an den Staat. Dieser sollte Fabriken genossenschaftlichen Eigentums finanziell ermöglichen. Es handelte sich

auch deshalb nicht um ein rein ökonomisches Programm, weil es mit der Forderung nach Einführung des freien, gleichen und direkten Wahlrechts verbunden war. Er rechnete mit der Fortexistenz und dem zahlenmäßigen Wachstum der Arbeiterklasse.

Lassalles Programm basierte auf der Erkenntnis, daß der industrielle Kapitalismus nicht aufzuhalten, das Lohnarbeiterdasein „normal“ und dauerhaft sei - ja, daß der „vierte Stand“ berufen sei, die Führung der Gesellschaft zu übernehmen. „Für alle aber, welche zum Arbeiterstande gehören, folgt aus dem Gesagten die Pflicht einer ganz neuen Haltung. Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tiefsittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.“ /6/ Erstmals seit Erscheinen des Kommunistischen Manifests sprach ein Theoretiker vor Arbeitern solche Worte. Diese Rede, gehalten vor Arbeitern der großen Maschinenfabriken der Oranienburger Vorstadt Berlin am 12. April 1862 in einem Lokal des Handwerkervereins in der Borsigstraße, war „streng wissenschaftlich“ und - viel zu lang. Sie „zündete“ nicht, wurde aber gedruckt in 3000 Exemplaren, von der Polizei beschlagnahmt. Lassalle wurde angeklagt, die besitzlosen Klassen zum Haß gegen die Besitzenden aufgestachelt zu haben.

Mehr als die später „Arbeiter-Programm“ betitelte Rede trugen die am 4. November 1862 erhobene offizielle Anklage und der am 16. Januar 1863 begonnene Prozeß dazu bei, Lassalle bei den Arbeitern bekannt zu machen, die nach geeigneten Personen suchten, ihren selbständigen Bestrebungen Programm und Führung zu geben. Allen Arbeitern, die sich politisch von der Bourgeoisie und damit von der Fortschrittspartei und dem Nationalverein abnabeln wollten, erschien Lassalles Konzept radikal. Radikaleres war in dieser Zeit in Deutschland nicht zu haben. Marx, den Lassalle anlässlich der Londoner Weltausstellung besucht hatte, stellte seine Kritik an Lassalles wissenschaftlichen Halbheit in bezug auf die Ziele der Arbeiterbewegung zurück. Interessiert an praktischen Fortschritten der Arbeiterorganisation, kritisierte er Lassalles schlechte Plagiate seiner Marx'-Sozialismusvorstellungen nicht öffentlich.

Während alle anderen politischen Kräfte in Deutschland versuchten, die Arbeiter zu „Bürgern“ zu machen oder sie geringschätzig als elenden Auswurf des „dritten Standes“ zu behandeln, sprach Lassalle vom „vierten Stand“, vom „Prinzip des Arbeiterstandes“ und vom „sittlichen Prinzip der Arbeit“ als Gegensätze zum Kapital. „So etwas war eben noch nie gehört worden und kontrastierte zu vorteilhaft mit den Wassersuppen, die bisher den Arbeitern geboten worden waren ... Lassalle war in Arbeiterkreisen bis zum Erscheinen dieser Broschüren, gewisse Gegenden des Rheinlandes etwa ausgenommen, vollständig unbekannt.“ /7/

Bei Lassalles Tod im August 1864 zählte der ADAV 4610 Mitglieder, davon lebten allein 2669 (fast 60 Prozent) im Rheinland, gegenüber 670 in Sachsen, 675 in Hamburg und Umgegend und 591 in anderen Orten.

Die Initiative zur Gründung einer gesonderten Arbeiterpartei in Deutschland ging von Arbeitern selbst aus. Der organisatorische Abspaltungsprozeß begann im Frühjahr 1861 mit der Gründung eines speziellen Arbeitervereins innerhalb der

Polytechnischen Gesellschaft Leipzig, der zunächst unter maßgeblichem Einfluß des linksliberalen Professors Roßmäßler stand. Der spätere Sekretär Lassalles, Julius Vahlteich, Schustergeselle, 1839 geboren, tat sich im Arbeiterbildungsverein von Beginn an als Vertreter der proletarischen Sonderinteressen hervor.

Vahlteich hatte 1849 viele Male Robert Blum sprechen hören. Während seiner Wanderschaft lernte er Anhänger Wilhelm Weitlings kennen und begann dessen Schriften zu studieren. Bei Gründung des Leipziger Arbeitervereins 1861 hielt Vahlteich selbst eine Rede.

Er betonte, daß „es doch eine starke Zumutung sei, sie (die Arbeiter - Der Verf.) einzuladen, sich hier freiwillig von einer bürgerlichen Gesellschaft bevormunden zu lassen ... Der Vorsitzende, ein Kaufmann Hirzel, war ganz außer sich vor Aufregung, gab mir keineswegs Unrecht und rief einmal über das andere ...: 'Nur nicht Bitterkeit, meine Herren, nur nicht Bitterkeit!'. Daß Arbeiter überhaupt öffentliche Reden hielten war damals so ungewöhnlich, daß selbst Vahlteichs Vater, ein sonst fortschrittlicher Mann, meinte, dies sei „ein Geschäft ..., das nur den Geistlichen und Beamten zustehe“. /8/

Ein Jahr später hielt Vahlteich „bei einem großartig arrangierten Fest in der Zentralhalle als Vertreter der 'zweiten Abteilung der polytechnischen Gesellschaft' eine der offiziellen Reden und ging nicht weiter als bis zur Forderung des allgemeinen Stimmrechts. ... Die anschwellende nationale Bewegung hatte inzwischen der Reaktion Halt geboten, der Gründung von Arbeitervereinen wurden keine Schwierigkeiten mehr gemacht, und so entstand aus dem Bildungsverein ... ein neuer Arbeiterverein mit Namen 'Vorwärts'. /9/

Dieser Verein unterschied sich von allen bisher dagewesenen Arbeitervereinen. Er stellte einen ausgesprochenen Agitationsverein und damit die Keimzelle einer politischen Partei dar. Auf ihren Diskussionsabenden debattierten die wenigen Mitglieder über Schulze-Dellitzsch und Weitling. Otto Dammer, ein junger Akademiker, der einen Fabrikanten Löwe kannte, der wiederum im Hause Lassalles verkehrte, hörte von den Schriften Lassalles, beschaffte sie und regte ihre Diskussion an. Auf diese Weise erfuhren die Leipziger Arbeiter von der Existenz des „Arbeiter-Programms“ und, im Herbst 1862, von den Vorstellungen zur Einberufung eines Arbeiterkongresses in Berlin.

In Leipzig selbst war bereits im Frühjahr des gleichen Jahres ein „Zentralkomitee zur Einberufung eines deutschen Arbeitertages“ gegründet worden. Ihm gehörten einige Bürger an, um „die Unterstützung der bürgerlichen Presse zu erhalten. Im übrigen hatte das Komitee durchaus einen proletarischen Charakter, die Mitglieder waren Zigarrenmacher ..., Handwerksgesellen aus allen Branchen und vorzüglich Arbeiter aus den Maschinenwerkstätten des Bayerischen Bahnhofs“. Das Komitee entsandte Vahlteich und Friedrich Wilhelm Fritzsche nach Berlin. „Die Berliner Fortschrittler waren ziemlich ratlos. Sie wußten nicht, was sie aus uns machen sollten, die Arbeiterbewegung störte ihre Kreise und war ihnen höchst unangenehm“, schrieb Vahlteich. /10/ Doch kam auf diesem Wege wenigstens eine Verbindung mit Lassalle zustande, der sich überrascht zeigte, wie weit die Vorstellungen der Leipziger über Sozialismus schon gediehen waren.

So war es Lassalle, der geholt wurde, obwohl er sich ausbat, schriftlich um die Führerschaft des geplanten nationalen Vereins gebeten zu werden. Persönlich sah er sich schon 1860 als das Haupt einer Partei. Seine Antwort vom 1. März 1863 hatte die Form einer programmatischen Sendeschrift.

Als Lassalle schließlich nach Leipzig kam, hatte er ausgearbeitete Statuten in der Tasche, die ihn mit diktatorischen Vollmachten ausstatteten. Am 16. April 1863 sprach er zu Leipziger Arbeitern, unter ihnen der August Bebel. Am 17. und 19. Mai hielt Lassalle in Frankfurt am Main eine seiner programmatischen Reden. Der Physiologe und Philosoph Ludwig Büchner leitete hier den Arbeiterbildungsverein. Auch dieser Freund der Arbeiter vermochte die politischen Selbständigkeitsbestrebungen der Arbeiter nicht zu begreifen. „Mit diesem Auftreten Lassalles war die Fackel der Zwietracht in die deutsche Arbeiterwelt geworfen, und die so schön begonnene Bewegung zur Bildung und Hebung des Arbeiterstandes verlief sich allmählich unter dem Schritt der Arbeiterbataillone, welche Lassalle in das Leben gerufen hatten.“^{/11/}

Am 23. Mai 1863 gründeten schließlich 14 Delegierte aus 11 Städten den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Im Juli hatte die neue Partei etwa 900 Mitglieder. Der von Lassalle erhoffte spontane Zulauf - er rechnete mit 100 000 - setzte allerdings nicht ein. „Für den gehofften massenhaften Beitritt ließ Lassalle zunächst bloß ein verhältnismäßig sehr geringes Material drucken, nämlich 15 000 Stück Mitgliedskarten, 600 Bogen Stammrollen (Mitgliederlisten), 20 000 Stück Statuten, 500 Exemplare des Geschäfts- und Verwaltungs-Reglements, sowie 500 Briefbogen in Oktav und dito in Quart mit der Aufschrift: 'Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein'.“^{/12/}

Erst das Entstehen des Proletariats als soziale Klasse ließ über die Jahrzehnte eine Arbeiterpartei entstehen, die mehr als eine Million Mitglieder zählte. In der Zeit, in der Lassalles Agitation begann, so erinnerte sich August Bebel 1910, standen „Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit, Paß- und Wanderfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit ... dem Arbeiter ... viel näher ... als Produktivassoziation, gegründet mit Staatshilfe, von denen er sich keine rechte Vorstellung machen konnte. Der Assoziations- oder sagen wir der Genossenschaftsgedanke war erst im Werden.“^{/13/}

^{/1/} Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: MEW, Bd. 22, S. 248.

^{/2/} Franz Hermann Schulze-Delitzsch: Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland, Leipzig 1858, S. 63.

^{/3/} Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (Leipzig), 1912, Nr. 2, S. 121.

^{/4/} Ebenda.

^{/5/} Ebenda, S. 126.

^{/6/} Ferdinand Lassalle. Ausgewählte Texte, Stuttgart 1962, S. 45.

/7/ Julius Vahlteich: Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, München 1904, S. 19.

/8/ Ebenda, S. 16/17.

/9/ Ebenda, S. 18.

/10/ Ebenda, S. 20/21.

/11/ Ludwig Büchner: Meine Begegnung mit Ferdinand Lassalle, Berlin 1894, S. 35.

/12/ Bernhard Becker: Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles, Braunschweig 1874, S. 71/72.

/13/ August Bebel: Aus meinem Leben, Berlin 1988, S. 60.

MINIATUR 4 [„ Klären Sie sich auf, Organisieren Sie sich.“ Wilhelm Liebknecht und die Anfänge der Verbreitung des Marxismus in Deutschland.](#)

Lassalle fühlte sich im Vergleich zu den Arbeitern als ein Gelehrter, der sie aufklärt und ihnen die sozusagen vorgeschriebene geschichtliche Bahn zeigt. Wilhelm Liebknecht war ein anderer Typus. Er trat den Proletariern als einfühlsamer und verständiger Lehrer, aber gelegentlich auch als rechthaberischer Pauker gegenüber. Mit dieser Einstellung verband sich eine Kapitalismuskritik, die diese Gesellschaft vor allem dafür verdammte, daß sie Arbeiter von den hohen Werten der Kultur ausschloß. Liebknecht sah in jedem Proletarier den „Keim der neuen Welt“ angelegt. Diesen sprießen zu lassen, darin begriff er seine Aufgabe und die Mission des Sozialismus. Er leitete daraus sowohl ein praktisches Arbeiterbildungskonzept ab wie eine ideologische Abgrenzung von unpolitischen bürgerlichen Erziehungsbemühungen.

Wilhelm Liebknecht galt in der deutschen Arbeiterbewegung als erster Lehrer des Marxismus. Er hielt Reden und schrieb Artikel und betrieb so die Verbindung von elementarer Arbeiterbewegung und Marxismus in Deutschland. Fast alle Führer der frühen Arbeiterorganisation wurden von ihm unterrichtet. August Bebel erinnerte sich 1910: „Liebknecht war ein wissenschaftlich gebildeter Mann, der fleißig studiert hatte; diese wissenschaftliche Bildung fehlte mir. Liebknecht war endlich in England zwölf Jahre lang mit Männern wie Marx und Engels in intemem Verkehr gestanden und hatte dabei viel gelernt, ein Umgang, der mir ebenfalls fehlte. Daß Liebknecht unter solchen Umständen erheblichen Einfluß auf mich ausüben mußte, war ganz selbstverständlich.“ /1/

Nicht nur die Bekanntschaft mit Marx und Engels und anderen Köpfen des Londoner Exils prädestinierte Liebknecht für eine führende Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Objektive Faktoren und persönliche Eigenschaften führten dazu, daß er eine Art Symbolfigur für die Hinwendung von Männern der bürgerlichen Intelligenz zur Arbeiterklasse wurde. Solche Gegebenheiten waren seine Familientradition und seine Bildung. Sein politischer Entwicklungsweg während der Revolution von

1848/49 prägte ihn als Revolutionär. Er selbst verstand sich als aufgeklärter „Schulmeister“ und blieb stets ein Anhänger der pädagogischen Reformideen Fröbels. Bis zum Anschluß an die Arbeiterbewegung befand er sich auf der Suche nach einem Broterwerb als „Kopfarbeiter“. Als Journalist führte er eine „flinke Feder“. Zu den Voraussetzungen für seinen Entwicklungsweg hin zum organisierten Klassenkampf gehörten gleichermaßen seine Abenteuerlust sowie der zunächst erzwungene und später gewollte Verzicht auf jegliche bürgerliche Gelehrtenkarriere. Sein Draufgängertum wie seine Freischärlervergangenheit verschafften ihm den Beinamen „Soldat der Revolution“. Zudem war ihm nichts Menschliches fremd: Er liebte Wein, Weib und Gesang ebenso wie dumme Jungenstreiche. Bezeugt ist, daß er Zeit seines Lebens einer studentischen Verbindung angehörte, den „Hasso-Nassoven“, daß er im Genfer Exil zur „Schwefelbande“ zählte, die sich im „Weinberg des Herrn“ näherte, und daß er im Londoner Exil mit Marx und Edgar Bauer nach übermäßigem Bierkonsum Laternen einschlug.

Wilhelm Liebknecht wurde am 29. März 1826 in Gießen geboren. Der Vater war Registrator. Die weitverzweigte Familie hatte stets gebildete Beamte, anerkannte Gelehrte und auch oppositionelle Pfarrer wie Friedrich Ludwig Weidig, Mitarbeiter von Büchners „Hessischem Landboten“ und Märtyrer der demokratischen Opposition in der Vormärz-Zeit, hervorgebracht. Der Familienstammbaum ließ

sich bis auf Martin Luther zurückführen. Beide Eltern starben früh. Die Vormünder planten für Liebknecht eine Beamtenlaufbahn. So studierte er ab Anfang der 40er Jahr Theologie, Philosophie und Philologie und war, nach eigenen Aussagen, zu dieser Zeit noch ein „grübelnder Stubehocker“ - im Gegensatz zu später, da er in Gießen und Marburg einem Studentenkorps beitrug und Streiks und Streiche anzettelte. Dazwischen lag die Zeit seines Studiums an der Berliner Universität 1846, die sein Leben veränderte. Mit 20 Jahren las er in Berlin erste sozialistische Schriften und bezeichnete sich als Kommunisten. Aus Preußen 1846 erstmals ausgewiesen, hatte er keine Aussicht, die angestrebte Privatdozentur in Gießen zu erhalten. So beschloß er, begeistert vom utopischen Sozialismus und dessen Siedlungsplänen, im Herbst 1847 nach Amerika auszuwandern und in den Wäldern von Wisconsin eine Ackerbau-Genossenschaft zu gründen. Zu diesem Zweck lernte er, sozusagen in verkürzter Lehrzeit, den Zimmermannsberuf und wurde zünftiger Geselle.

Die Reise nach Amerika endete für Liebknecht schon in Mainz. Ein mitfahrender Lehrer überredete ihn, nach Zürich zu gehen, an der Fröbelschen Musterschule zu unterrichten und sich nebenbei als Advokat ausbilden zu lassen. Seit dieser Tätigkeit bei Fröbel war das Unterrichten ständige, zeitweise sogar einzige Quelle seines Broterwerbs. 1901 bekannte er: „Und von Natur bin ich Schulmeister, und ich habe allezeit bereitwillig, manchmal sogar zerknirscht, zugestanden, daß ich als Politiker meinen Beruf verfehlt habe. Und daß die Natur in diesem verfehlten Beruf, wo es nur irgend ging, zum Durchbruch kam und kommt, das ist nur natürlich.“^{/2/}

Fröbel vermittelte Liebknecht 1848 die Bekanntschaft mit Georg Herwegh, der in Paris die „Deutsche Legion“ mehr schlecht als recht ausrüstete, um die deutsche Revolution voranzubringen. Liebknecht wurde Freischärler und „betätigte sich als Zivilkommissar, Zeitungsschreiber, Adjutant Struves, Bomardier in der Batterie Borkheims unter dem heldenmütigen Johann Philipp Becker“. ^{/3/}

Als Mitglied des Bundes der Kommunisten wurde Liebknecht am 5. Juni 1849 festgenommen und saß unter fadenscheinigen Anschuldigungen in den berüchtigten

Kasematten von Rastatt. Wieder freigelassen, reihte er sich in die badische Aufständigenarmee ein. Nach deren Zerschlagung floh er erneut in die Schweiz.

Im August 1849 trat Liebknecht dem Genfer deutschen Arbeiterverein bei. Er „hielt Vorträge zu politischen und sozialen Problemen, so auch über das 'Manifest der Kommunistischen Partei', das er kurz vor der Begegnung mit Engels gelesen hatte. Schon bald wurde er zum Präsidenten des Arbeitervereins gewählt. Er wollte erreichen, daß sich alle 24 deutschen Arbeitervereine in der Schweiz vereinigten, sich ein gemeinsames sozialistisches Programm gaben und eine Arbeiterzeitung gründeten“. /4/ Das für 1850 geplante Vorhaben scheiterte jedoch am Schweizer Asylrecht, das politische Tätigkeit untersagte.

Auch im Londoner Exil lebte Liebknecht vom Unterrichten. Sein Wunsch, Briefträger zu werden, scheiterte. So war er Privatlehrer, unterrichtete aber auch Arbeiter. Viele Jahre hielt er im Londoner Kommunisten-Klub - der Vereinigung, die das „Manifest der Kommunistischen Partei“ in Auftrag gegeben hatte - Vorträge.

Im Sommer 1862 kehrte Liebknecht nach 13 Jahren Exil nach Berlin zurück. Er arbeitete zunächst mit Robert Schweichel als Redakteur an der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der beide aber nach drei Monaten aus politischen Gründen den Rücken kehrten. Die Pro-Bismarck-Linie des Blattes war dafür die Ursache. Liebknecht, erneut gezwungen, sein Geld als Redner zu verdienen, hielt im Herbst 1862 im Berliner Buchdruckerverein und dem der Schneider Vorträge. Wegen der deutlich sozialistischen Tendenz seiner Reden wurde er wiederum aus Preußen ausgewiesen.

Liebknecht zog nach Leipzig. Er wohnte hier bis 1878 und fand in der entstehenden Arbeiterbewegung nicht nur ein weites Betätigungsfeld, sondern eine regelrechte Existenzgrundlage. Nicht die Berliner Gesellschaft für das Studium der neueren Sprachen, deren anerkanntes und ordentliches Mitglied er seit Januar 1863 war, sondern die Verbreitung des Marxismus und elementarer Bildung gab ihm gesichertes, wenn auch bescheidenes Einkommen. Liebknecht wurde im August 1862 „Reiseprediger“ in Sachsen. Den Arbeitervereinen „fehlten die passenden Persönlichkeiten, deren Lebensstellung eine solche Tätigkeit erlaubte. Liebknecht stellte sich für diese Vortragsreisen bereitwillig zur Verfügung. Auch im Arbeiterbildungsverein war er als Vortragender willkommen, und bald waren seine Vorträge die besuchtesten von allen. Weiter übernahm er im Arbeiterbildungsverein den Unterricht in der englischen und französischen Sprache“. /5/

Den am meisten besuchten Agitationsbezirk bildeten die Arbeiterdörfer des Mülsengrundes um Zwickau, damals Zentren des Bergbaus, der Textilindustrie und der industriellen Heimarbeit in Sachsen. Die Arbeiter dieses Bezirkes wählten Liebknecht dann auch 1867 in den Norddeutschen Reichstag.

Nach Gründung von Lassalles ADAV trat Liebknecht im Herbst 1864 nach Absprache mit Marx und Engels dieser Organisation bei und in die Redaktion des „Social-Demokrat“ ein. Später hatte er großen Anteil an der Bildung einer Opposition gegen die ideologischen und organisationspolitischen Dogmen Lassalles und seiner Nachfolger. Im Februar 1865 kehrte Liebknecht der Redaktion denn auch demonstrativ den Rücken und begann außerhalb des ADAV eine verstärkte Agitation marxistischer Gedanken. In einer Rede am 28. Februar in Berlin prägte er den Begriff

vom „freien Volksstaat“, der der Sozialdemokratie lange Zeit als Synonym für „demokratische Republik“ galt. Im März sprach Liebknecht auf einer Versammlung der Berliner Gemeinde des ADAV gegen die pro-preußische Linie des „Social-Demokrat“. In mehreren Reden war er für die Ideen der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), deren Programm, die „Inauguraladresse“, im November 1864 veröffentlicht worden war. Der Versuch, Sektionen der IAA zu gründen, brachte ihm im Juli 1865 wiederum die Ausweisung aus Berlin und Preußen. So setzte er in Sachsen seine Agitation fort. „Sein schäbiger Rock, seine Güte, sein Mangel an Nebengedanken, seine absolute Aufrichtigkeit, sein einfaches Wesen ... bildete schon im Jahre 1865 die Basis der großen Popularität, die Liebknecht nie verlieren und die ihn ständig bis zu seinem Ende begleiteten sollte.“^{6/}

Im Januar 1866 gelang es Liebknecht, das Kommunistische Manifest mit Hilfe von Buchdruckereihilfen, für deren Vereinsorganisation er sich einsetzte, neu zu drucken. In den Wirren deutscher Politik zwischen 1865 und 1871 blieb Liebknecht vor allem Antipreuße. Zugleich verstärkte er seine Bemühungen, Marx' Ideen zu verbreiten. Mit Bebel und anderen gründete er die Sächsische Volkspartei, eine Organisation aus sächsischen Arbeiterbildungs- und Volksvereinen, Mitgliedern des ADAV und linken kleinbürgerlichen Demokraten. Auf einer Agitationsreise in den Mülsengrund und nach Chemnitz rief er seinen Zuhörern zu: „Das Volk muß sich organisieren - vor allem in den Händen der Arbeiter ruhen die Geschicke Deutschlands, ruht die Zukunft der Demokratie. In jeder Stadt müssen die Arbeiter sich organisieren ... folgen Sie aufmerksam den Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation. Klären Sie sich auf. Organisieren Sie sich. Tun Sie Ihre Pflicht. Es gilt die Befreiung der Arbeiterklasse! Es gilt die Rettung des Vaterlandes!“^{7/}

Als Gegenorganisation zu Lassalles ADAV war im Juni 1863 unter bürgerlicher Führung der Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) gegründet worden. Seine Mitglieder fühlten sich zunächst der Genossenschaftsidee Schulze-Dellitzchs verbunden. In den Vereinen und auf den Vereinstagen vergrößerte sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre der Einfluß von Anhängern der IAA. Bebel und Liebknecht betrieben die Gründung einer proletarischen Partei. Auf dem Geraer Vereinstag im Oktober 1867 fiel die Führung dann erstmals an Bebel. Ein neues Statut garantierte eine straffere und wirksamere Leitung des Verbandes. Sitz des Vorstandes war der Wohnort des Präsidenten: Leipzig.

Ab Januar 1868 erschien das „Demokratische Wochenblatt“ - zunächst als Organ der Demokratischen Volkspartei und ab Dezember 1867 auch als Zeitung des VDAV. Liebknecht arbeitete als Redakteur. Bebel übernahm den „Arbeiterteil“ und die Expedition. Das Blatt hatte im März 1868 etwa 1400 Abonnenten, meist lokale Führer der dem VDAV angeschlossenen Vereine.

Schon in der ersten Nummer publizierte Liebknecht einen Auszug aus dem Vorwort zu Marx' „Kapital“, das er als „epochemachendes Werk“ einführte, das „zum ersten Mal den sozialen Bestrebungen der Arbeiterklasse eine unerschütterliche wissenschaftliche Grundlage“ gebe. In der Nummer 12 begann eine Besprechung des Marxschen Werkes. Ende 1867 hielt Liebknecht vor Arbeitern einen Vortragszyklus über das „Kapital“. Das „Demokratische Wochenblatt“ zitierte eine längere Passage aus dem „Kapital“ über die „irische Frage“, brachte eine Rezension von Engels über dieses Werk und veröffentlichte eine Artikelserie des Arbeiterphilosophen Joseph Ditzgen, in der dieser seine Gedanken über das Buch

niederschrieb. Korrespondenzen aus England stellten die dortige Gewerkschaftsbewegung vor und beförderten in Deutschland die Gründung von „Gewerksgenossenschaften“. Zugleich empfahl das „Demokratische Wochenblatt“, Konsumvereine zu gründen. Es schilderte die sozialen Zustände der Landarbeiter in Ostelbien und der Bergleute im Zwickauer Revier.

So gelang es Liebknecht, die ersten Arbeiterfunktionäre in Deutschland in die Grundgedanken des Marxismus einzuführen. Er „verfügte vielleicht über den mitreißendsten Stil, den je ein deutscher revolutionärer Journalist geschrieben hat. Mochte Mehring seine Sätze noch feiner schleifen, Rosa Luxemburg die ihrigen gründlicher dialektisch ziselieren, Liebknechts Sätze erfüllte eine stärkere Volkstümlichkeit. Es lebte in ihnen etwas von dem Trommelschlag, der die Massen zur Aktion auf die Straße rief.“ /8/

Nach Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) im August 1869 in Eisenach wurde das „Demokratische Wochenblatt“ zum offiziellen Parteiorgan erklärt und in „Der Volksstaat“ umbenannt. Wieder war Liebknecht der Redakteur, auch weiterhin wirkte er als „Schulmeister“ bei der Verbreitung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Die damalige Situation mit der nach der Jahrhundertwende vergleichend, konstatierte Bebel in seinen Erinnerungen: Die „Opferwilligkeit und Begeisterung für ein Blatt kannte kaum Grenzen. Die leitenden Persönlichkeiten mußten sich freilich mit lächerlich geringen Summen für ihre Arbeitsleistung begnügen, und sie taten es ... So erhielt zum Beispiel Liebknecht ... als Redakteur des dreimal wöchentlich erscheinenden 'Volksstaat' monatlich 65 Taler ... Gehaltserhöhungen kannte man damals nicht. Als zum Beispiel 1878 der 'Vorwärts', der Nachfolger des 'Volksstaat', auf Grund des Sozialistengesetzes totgeschlagen wurde, hatte Liebknecht noch dasselbe Gehalt wie neun Jahre zuvor... In finanzieller Beziehung sind wir im Vergleich zu früher ... eine Bourgeoispartei geworden.“/9/

/1/ August Bebel: Aus meinem Leben, Berlin 1988, S. 99/100.

/2/ Wilhelm Liebknecht: Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, Berlin 1976, S. 217.

/3/ Kurt Eisner: Wilhelm Liebknecht, Berlin 1906, S. 20.

/4/ Wadim Tschubinski: Wilhelm Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973, S. 23.

/5/ August Bebel: Aus meinem Leben, S. 98.

/6/ Valerin Marcu: Wilhelm Liebknecht, Berlin 1926, S. 23.

/7/ Die Internationale in Deutschland (1864 - 1872), Berlin 1964, S. 122/123.

/8/ Gustav Meyer: Aus der Welt des Sozialismus, Berlin o. J., S. 48.

/9/ August Bebel: Aus meinem Leben, S. 156.

MINIATUR 5 „Nährboden für gesteigerte Erregbarkeit“. Warum Arbeiter in Kneipen den Vereinen beitraten.

Die Vorträge von Lassalle, Liebknecht und anderen Sozialisten vor Arbeitern fanden in Kneipen statt. Der „Kathedersozialist“ Lujo Brentano beurteilte 1877 diesen Vorgang so: „Die Mehrzahl der Arbeiter ... kommt zur Sozialdemokratie wie ein Mädchen, das nur einen Freier hat, zu einem Mann. Sie fällt der Sozialdemokratie zu, weil der sozialdemokratische Agitator der einzige ist, der in einer den Arbeitern verständlichen Weise sich um sie bemüht.“/1/

Tatsächlich waren damals Arbeiter in ihren Wohnquartieren weitgehend unter sich. Nur hier konnten Agitatoren auf sie treffen und von ihnen gehört werden. Und der Ort, an dem man sich traf, sozialdemokratischen Organisationen beitrug oder sich anderweitig verabredete, waren die Gaststätten.

Die Gegner der Sozialdemokratie betrachteten das proletarische Wirtshausleben mit Verachtung: „Das eigentliche Heim, die wahre Bildungsstätte des sozialdemokratischen Arbeiters ist das Wirtshaus. /2/ Vertreter der Arbeiterbewegung beurteilten den gleichen Sachverhalt ganz gegenteilig: „Das einzige Bollwerk der politischen Freizeit des Proletariats, das ihm so leicht nicht konfisziert werden kann, ist das Wirtshaus.“ /3/

Das Netzwerk sozialdemokratischer Kommunikation verknüpfte Kneipe und Parlament. Das veranlaßte bürgerliche Kritiker, die die „hohen Häuser“ der Politik als ihre Domäne betrachteten, diese Verbindung als kulturlos zu brandmarken. Stundenlang sitzen die Männer ... in den ... staub- und raucherfüllten Zimmern und Sälen und trinken ... Dieses Leben gibt den besten Nährboden für jene gesteigerte Erregbarkeit ab, die in Berlin sich in allen Kämpfen des Tages bemerkbar macht. Hier ... wird gezüchtet jene politische Vielgeschäftigkeit, die über alles urteilt und alles verurteilt, was nicht zu dem Bekenntnis des Sprechers paßt: hier blühen jene leeren Redensarten, besonders die politischen, die dann in Vereinen und Volksversammlungen auf die Rednerbühne verpflanzt werden und leider auch in verschiedene hohe Häuser sich verirren.“/4/

Für die meisten Arbeiter war die Kneipe die Einrichtung, in der sich zuerst ins „öffentliche Leben“ eintraten. Wie fast alle Sozialdemokraten nach ihnen, taten auch August Bebel und Wilhelm Bracke ihre ersten politischen Schritte in Schenken - Bebel bei den Vergnügungsabenden des Bildungsvereins und Bracke bei den Zusammenkünften der Freiwilligen Feuerwehr. Hier führten sie ihre ersten Auseinandersetzungen und kamen mit sozialistischen Ideen in Berührung.

August Bebel besuchte am 19. Februar 1861, er war damals 21 Jahre alt, in Leipzig seine erste öffentliche Versammlung. Im „Wiener Saal“, einem größeren Lokal mit Garten, sollte ein gewerblicher Bildungsverein als zweite Abteilung der Leipziger Polytechnischen Gesellschaft gegründet werden. Mit Mühe fand Bebel auf der Galerie Platz. Interessiert lauschte er den Wortgefechten mehr liberaler oder mehr konservativer Freunde der Arbeiter aus dem gebildeten Bürgertum. Zu den Liberalen zählte Professor Roßmäßler, ein an der Forstakademie Tharandt gemäßregelter Achtundvierziger. In seinem Sinne nahmen auch, wie Bebel schreibt „Vahlteich, Fritzsche und andere Redner das Wort und verlangten volle Selbständigkeit des

Vereins, der ein politischer sein müsse. Die Verfolgung von Unterrichtszwecken sei Sache der Schule, nicht eines Vereins für Erwachsene. Ich war zwar mit diesen Rednern nicht einverstanden, aber es imponierte mir, daß Arbeiter den gelehrten Herren so kräftig zu Leibe rückten, und wünschte im stillen, auch so reden zu können.“

Bebel trat noch am selben Abend dem Verein bei. Es waren die angebotenen Bildungsvorträge und Kurse, die ihn zu diesem Schritt motivierten, weniger ein ausgesprochen politisches Bekenntnis. Später, 1865, gehörten auch Wilhelm Liebknecht und Robert Schweichel zu den Lehrenden. „Unterricht wurde erteilt im Englischen, Französischen, in Stenographie, gewerblicher Buchführung, deutscher Sprache und Rechnen. Auch wurde eine Turn- und Gesangsabteilung gegründet. Ersterer trat Vahlteich bei, der ein großer Turner vor dem Herrn war und blieb, zu der Gesangsabteilung traten Fritzsche und ich.“^{/5/}

Oft war es der Wunsch, Meister zu werden, der in den Anfangszeiten Gesellen dazu brachte, sich einem Arbeiterbildungsverein anzuschließen. Es schien möglich, waren doch noch 1861 von 154 000 Schuhmachern in Berlin 95 000 Meister, von 125 000 Schneidern 73 000. Ähnlich auch bei den Bäckern, Fleischern und anderen Handwerkern. Individuelles berufliches Fortkommen war auch das Ziel der Aktivitäten des Berliner Gewerkvereins der Maschinenbauer. Er bot Weiterbildung, Rechtsschutz und Unterstützungsfond.

Typisches findet sich auch im Entwicklungsweg von Wilhelm Bracke, Kaufmann und Verleger aus Braunschweig. Ehe er Führer der Opposition im Lassalleschen ADAV, Mitbegründer der Eisenacher Partei und Mitglied des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde, hatte er 1860 im Alter von 18 Jahren einen Turnverein für junge Männer gegründet. Er ließ sich dabei noch recht schwärmerisch von den humanistischen Idealen der deutschen Turnerschaft leiten. Bracke wurde Kassenwart. Bei einem Festumzug 1861 trug er, trotz polizeilicher Vorhaltungen, bei einem Festumzug die schwarzrotgoldene Fahne. Aus Anlaß des ersten Schauturnens hielt Bracke im gleichen Jahr seine erste öffentliche Rede. „Da die Stadt Braunschweig völlig veraltete Einrichtungen des Feuerlöschwesens hatte, erlaubte der Magistrat der Stadt Braunschweig, aus dem Männer-Turn-Verein eine Turner-Feuerwehr zu bilden. Als diese 1862 mit zwei Zügen gegründet wurde, ward Wilhelm Bracke zum Zugführer des einen Zuges ausgewählt. Ebenso wurde er in der Versammlung am 24. Januar 1863 zum Mitglied des Ehrengerichts der Feuerwehr ernannt.“^{/6/}

Im September 1865 gründete Bracke mit 40 Anhängern eine Gemeinde des ADAV in Braunschweig. Wegen seiner aktiven Agitation für die Sozialdemokratie schloß ihn die bürgerliche Mehrheit 1872 aus dem Turnverein aus. 1871 etablierte Bracke einen Verlag und eine Druckerei. Die ökonomischen Mißerfolge auch dieses Unternehmens trugen dazu bei, daß Bracke sein ganzes Vermögen der sozialdemokratischen Bewegung opferte. „Um der Braunschweiger Arbeiterschaft ein Lokal zur Beherrbergung und zum geselligen Verkehr zu schaffen, dem ein Arbeitsnachweis angegliedert wurde, konstituierte sich als Genossenschaft ... 1876 'Der Braunschweiger Arbeiterverkehr', dem als ... Aufsichtsratsvorsitzender Wilhelm Bracke vorstand.“^{/7/}

Wie Bebel oder Bracke stießen auch andere zur Klassenorganisation des Proletariats. In 99 von 100 Fällen waren es Gesellungen, die den Weg in die Arbeiterbewegung öffneten, sei es Bildungsverein, Freiwillige Feuerwehr oder persönliche Bekanntschaft: Arbeiterautobiographien legen darüber bereits Zeugnis ab. Die Möglichkeiten, andere zu treffen und in Kontakt mit Sozialdemokraten zu kommen, waren unterschiedlich nach Region, sozialer Herkunft, Beruf, Alter, Familienstand, Freizeitgewohnheiten und weltanschaulicher Einstellung. Für Fabrikarbeiter war die Gaststätte der wichtigste Ort der Gesellung außerhalb von Familie, Fabrik oder Kirche, sofern diese Einrichtungen überhaupt als Orte der „Geselligkeit“ bezeichnet werden können. Auch dem Handwerksgehilfen war „die Herberge seine Hauptunterhaltungsstätte, auf der den Trinksitten in oft ausschweifender Weise gehuldigt wurde“. Daraus erwuchs, so erinnerte sich Bebel, sein politischer Einfluß als Vorsitzender des Verjüngungsausschusses im Bildungsverein Leipzig. „Unterhaltungsabende bildeten für den Verein und namentlich den weiblichen Teil der Besucher einen Hauptanziehungspunkt.“/8/

Außer Erholung, Entspannung, Zuflucht vor häuslichem Streit und Wohnungsenge boten Kneipen den Arbeitern die Möglichkeit, ihre Meinungen und Erfahrungen über Arbeits- und Lohnbedingungen auszutauschen. In den Kneipen entstanden die ersten Zahlstellen der Gewerkschaften, Vereine und der Sozialdemokratie. Sie wurden durch den Wirt verwaltet oder waren im Hinterzimmer lokalisiert. Aus diesen losen Zusammenkünften heraus, oft noch verquickt mit Unterstützungs- und Sparkassen, in Konkurrenz mit Lotterie- und Weihnachtskassen, Kegel- und Sparvereinen, wuchs die institutionalisierte Form der Zusammenkunft organisierter Arbeiter - der Zahlabend. Dieser diente „neben dem im Namen angekündigten Zweck der Einzahlung der Parteibeiträge, dem Anhören von Vorträgen, Vorlesungen, Diskussionen und sonstigem Meinungs austausch ... Auch werden die Mitglieder an den Zahlabenden über die Maßnahmen der örtlichen Parteileitung, geplante größere Agitationen und Demonstrationen unterrichtet, auf bevorstehende Wahlen aufmerksam gemacht und sind .. so schnell zusammenzurufen, daß eine Überrumpelung durch Gegner dabei kaum noch möglich ist. Ergänzt werden die 'Zahlabende' durch Versammlungen der örtlichen Vereine.“/9/

Die größeren Wirtshäuser boten in ihren Vereinszimmern Raum für Versammlungen. Zahlabende, Feste und Feiern in diesen Räumen steigerten den Umsatz der Wirte. Aus der Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte ergab sich die Dauerhaftigkeit der organisierten Bewegung, reduzierte sich die Fluktuation der Mitglieder - und der Wirt bekam einen garantierten und von ihm planbaren Gewinn. So fiel den Gastwirten eine wichtige politische Funktion bei der Formierung der Arbeiterklasse zu. „Die sich an den spontanen, unorganisierten Gesprächen und Diskussionen beteiligenden aktiven Gewerkschafts- und Parteimitglieder sorgten für eine Politisierung der Wirtshausgeselligkeit, die diese zu einem Vorfeld und Ausstrahlungsbereich der Diskussionen und Entscheidungen der organisierten Versammlungen in den Vereinszimmern und der Arbeiterorganisation überhaupt machte. Diese Geselligkeit bildete somit auch ein Tor, durch das die Interessen der unorganisierten oder inaktiven organisierten Arbeiter in die Gewerkschaften und in die Partei eindringen konnten.“/10/ Auch in den Freizeitvereinen der Arbeiterbewegung war diese „offene“ Organisationsstruktur vorhanden. Täglich bestand abends in den Vereinslokalen die Möglichkeit zum Beitritt. Wer Mitglied eines Vereins werden wollte, konnte sich jeden Abend im Vereinslokal gegen eine Gebühr von 20 Pfennig einschreiben und hatte einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von etwa 50 Pfennigen zu entrichten. Geschah

die Aufnahme nach den ersten Statuten noch durch den Vorstand, so genügte es nach 1890 meist sich beim Kassierer zu melden.

Trug die Kneipengeselligkeit zur proletarischen Organisationsbildung wesentlich bei, so taten die Zwänge des deutschen Vereinsrechts ein übriges zur Ausbildung einer Vereinskultur der Deutschen Arbeiterbewegung. Weil die Herrschenden lange Zeit ein kulturpolitisches Konzept vertraten, das auf der Annahme beruhte, die Arbeiter seien in Vereinen am besten zu beaufsichtigen, räumten sie Vereinen bestimmte Vorteile ein, die für andere öffentliche Veranstaltungen nicht galten. Vereinstätigkeit wurde polizeilich nicht überwacht, was besonders unter dem Sozialistengesetz den Arbeitern gewisse politische Freiräume schuf. Und: Vereine wurden nicht besteuert, was den Finanzverhältnissen der Arbeiter entgegenkam. Diese Klauseln des Vereinsrechts, ursprünglich zum Vorteil der bürgerlichen Vereine gedacht, wurden von den Arbeitern genutzt.

/1/ Lugo Brentano: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931, S. 105.

/2/ Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler zur Reichstagswahl am 25. Januar 1907, Berlin 1907, S. 38.

/3/ Karl Kautsky: Der Alkoholismus und seine Bekämpfung. In: Die Neue Zeit, 1890/91, 2. Bd., Nr. 30, S. 107.

/4/ Otto von Leixner: 1888 bis 1891. Soziale Briefe aus Berlin, Berlin 1894, S. 61.

/5/ August Bebel: Aus meinem Leben, 1988, S. 46.

/6/ Heinrich Leonard: Wilhelm Bracke. Leben und Wirken, Braunschweig 1930, S. 8.

/7/ Ebenda, S. 32.

/8/ August Bebel. Einst und Jetzt. In: Neues Deutschland (B), 10. August 1963, Beilage.

/9/ Eduard Bernstein: Die Arbeiterbewegung, Frankfurt (Main) 1910, S. 93.

/10/ Siegfried Reck: Arbeiter nach der Arbeit. Sozialhistorische Studie zu den Wandlungen des Arbeiteralltags, Lahn-Gießen 1977, S. 140.

MINIATUR 6 [„... gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.“ Warum das Sozialistengesetz entstand und wie sich Arbeiter wehrten.](#)

Am 22. Oktober 1878 trat das Sozialistengesetz in Kraft. Der Paragraph 1 lautete: „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen dem Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung

bezwecken, sind zu verbieten. Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.“

Entstehung und Handhabung des Sozialistengesetzes bis zu seiner Aufhebung 1890 waren für die politische Kultur in Deutschland bezeichnend. Aber auch die Mittel und Methoden, mit denen die deutsche Sozialdemokratie, verwurzelt in Milieu und Lebensweise städtischer Arbeiter, auf dieses Gesetz reagierte, ihr organisierter wie spontaner Widerstand war typischer Ausdruck politischer Kultur. Deshalb galt die Überwindung des Gesetzes als Beleg für die Zukunftsträchtigkeit der proletarischen Bewegung. In der Reichstagswahl von 1890 stimmten fast 1,5 Millionen Wähler für die Sozialdemokratie. Das waren 14 Prozent der Wahlberechtigten und fast 20 Prozent der gültigen Stimmen. Die Zahl der Mandate hatte sich gegenüber der Wahl von 1877 verdreifacht und betrug 35. Dabei hatten die Wahlerfolge der Sozialdemokratie vor 1878 ja gerade den Anstoß geliefert, mit gesetzlichen Mitteln gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen.

Vom 22. bis 27. Mai 1875 fand in Gotha der Vereinigungskongreß der beiden großen Deutschen Arbeiterparteien, der „Eisenacher“ und der „Lassalleaner“, zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands statt. 129 Delegierte vertraten 292 Städte und Gemeinden, in denen der ADAV oder die SDAP oder sogar beide örtliche Organisationen gebildet hatten. Damit entstand in Deutschland eine Partei, die außerhalb des Spektrums bürgerlicher und junkerlicher Parteien als einzige offen die Interessen der Proletarier vertrat. Neben den Konservativen, der Reichspartei, den Nationalliberalen, den Liberalen, der Deutschen Fortschrittspartei, der Deutschen Volkspartei und dem (katholischen) Zentrum existierte nun eine nationale Organisation, die zu Beginn ihrer Tätigkeit immerhin schon mit 9 Abgeordneten im Reichstag vertreten war (1874) und deren Zahl sich auf 12 (1877) erhöhte. Mit fast 10 Prozent der abgegebenen Stimmen begann die Arbeiterpartei eine politische Größe zu werden, mit der die herrschenden Kreise zu rechnen hatten.

Die deutsche Regierung unter Bismarck stand zu diesem Zeitpunkt, nach dem ökonomischen und politischen Hoch nach der Reichseinigung 1871, der ersten großen sozialökonomischen Krise des deutschen Industriekapitalismus gegenüber. Die realen ökonomischen Interessen der Junker und Grundbesitzer, des Bank- und Industriekapitals, des Kleinbürgertums in Handwerk und Handel und nicht zuletzt des Proletariats traten in einer Offenheit zu Tage, die der Regierung des Deutschen Reiches bislang fremd war. Den Verteilungskampf führten alle sozialen Gruppen mit einer leidenschaftlichen Erregtheit in Presse, Parlament, Kirchen und sogar auf der Straße.

Die Regierung brachte im Herbst 1875 im Reichstag, in Verbindung mit einer vorgelegten Strafgesetznovelle, einen neuen Paragraphen 130 in Vorschlag. Dieser richtete sich, wie im Reichstag ausdrücklich betont wurde, ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. Der Paragraph sah vor, „Aufreizung zum Klassenhaß“ und öffentliche Angriffe auf „Institute der Ehe, der Familie oder des Eigentums“ mit Gefängnis zu bestrafen. Der Antrag wurde damals noch einstimmig zurückgewiesen. Doch schon zwei Jahre später wurde er, nun vom Abgeordneten der bürgerlichen

Fortschrittspartei Hänel, in der Beratung über das Sozialistengesetz wieder in den Reichstag eingebracht.

Versagte das Parlament den Konservativen zunächst noch die Gefolgschaft, handelte die Regierung bereits in deren Sinn und Auftrag. Der Staatsanwalt beim königlichen Landgericht Tessedorf veröffentlichte im preußischen „Staatsanzeiger“ eine Bekanntmachung vom 30. März 1860 (!) für „vorläufiger Schließung“ gelang es den Sozialdemokraten weiterhin, Wahlagitation zu betreiben. Sie erprobte dabei Widerstandsformen, die dann während des Sozialistengesetzes halfen, nicht nur den Untergang der Partei zu verhindern, sondern sie letztlich zu stärken. Um den Mitgliedern der Partei in Preußen die Beitragszahlung zu ermöglichen, gab die Partei den „Wähler“ heraus, ein nur handgroßes Blättchen, das monatlich erschien und 20 Pfennig kostete.

Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler, die die schon erwähnten 12 Abgeordneten 1877 ins Parlament brachte, erhöhte sich bei der Hauptwahl um 135 791 Stimmen gegenüber 1874 - insgesamt also fast eine halbe Million Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 1877 an die 9 Millionen. Zur Urne gingen etwa 5,5 Millionen Wähler. Der Zuwachs um nahezu ein Viertel kam besonders aus den großen Städten. Hier hatten Arbeiter und kleinere Gewerbetreibende besonders unter der Wirtschaftskrise zu leiden, die 1873 einsetzte und bis 1878 andauerte. Hinzu kam die Belastung durch den Anstieg der indirekten Steuern, der einen rapiden Preisauftrieb zur Folge hatte.

Der Steueranstieg war Ergebnis Bismarckscher Staatspolitik. Ihm glückte es zwar, durch staatliche Regelungen einen politischen Klassenkompromiß auf Kosten der unteren Schichten zwischen den „Schlot- und Krautjunkern“ herbeizuführen. Die Folgen der schweren Krise für die Großbourgeoisie und die Großgrundbesitzer wurden durch die Gewährung von Schutzzöllen gemildert: Korn- gegen Eisenzoll, Vieh- gegen Garnzoll und so weiter. Doch unausweichlich führte dies zu einer Steigerung der Lebenshaltungskosten. Arbeitslosigkeit kam hinzu. In den unteren Schichten der Bevölkerung besonders der Industriestädte begann es zu gären. Wie in allen Krisenzeiten nahm auch die Kriminalität rasch zu. Von hier und da wurden der Regierung spontane Ausbrüche des Volkszorns gemeldet. Vereinzelt kam es zu öffentlichen Krawallen. Zum Teil hoffte die Regierung auf eine Zunahme blinder Wutausbrüche in den Vorstädten, um gründlich dreinschlagen zu können.

Der Polizeipräsident ließ sich ab 1874 laufend über bevorstehende oder geplante Massenentlassungen von Arbeitern Meldung machen. Als sich die Zahl der Entlassungen 1877 sprunghaft erhöhte, verbot der sogar der Presse das Veröffentlichen von Entlassungs- und Neueinstellungsmitteln ohne seine ausdrückliche Genehmigung. Im gleichen Jahr wurden in Berlin etwa 39 000 Obdachlose kurzerhand arretiert und zum großen Teil ausgewiesen.

Die Zuspitzung der sozialen Konflikte um den Jahreswechsel 1877/78, die Unsicherheit über das, was sich da im Volke - und noch dazu in Berlin selbst - zusammenbraute, ließ die Regierung unruhig werden. Besonders stärkte sie das zahlenmäßige Wachstum und die sichtbare, organisierte Kraft der Sozialdemokratie. Als im März 1878 der noch junge Leiter der Allgemeinen Deutschen Assoziations-Buchdruckerei und Organisator der Berliner Arbeiterbewegung August Heinsch an Schwindsucht starb und am 10. März auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde

in der Pappelallee, der Begräbnisstätte der Sozialdemokratie vor 1914, bestattet wurde, da arrangierte die Sozialdemokratie ein beeindruckendes Leichenbegängnis als Massendemonstration. Mit roten Nelken oder anderen roten Zeichen, denn die Polizei hatte das Tragen von Fahnen, ja sogar die Mitnahme von verhüllten Fahnen untersagt, bewegte sich ein Zug von ungefähr 100 000 Demonstranten durch Straßen im Berliner Osten. Trauerfahnen hingen aus vielen Fenstern. Die bürgerliche „Magdeburger Zeitung“ schrieb warnend von „Regimentern, Divisionen, Brigaden, je mehr, das sind ganze Armeekorps“.

Schon sieben Wochen später wiederholte sich der Vorgang. Paul Dentler, Redakteur der „Berliner Freien Presse“, war in der Untersuchungshaftanstalt verstorben. Auch dieses Leichenbegängnis wurde zur Massendemonstration. Angesichts einer solchen für Deutschland neuartigen Geschlossenheit des Handelns und der gezeigten Selbstsicherheit im öffentlichen und organisierten Auftreten unterer Volksschichten schien für Bismarck und seinen Beamtenapparat die Grenze des Zumutbaren erreicht. Für sie galt es, ein neues 1848 zu verhindern.

Auch andere Konservative sahen dies so. Im August 1877 berichtete der preußische Gesandte in Sachsen über eine Äußerung des Kultusministers der dortigen Regierung nach Berlin: „Es gibt kein anderes Mittel, der sozialdemokratischen Bewegung mit Erfolg entgegenzutreten, als das Verbot dieser Richtung auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. _ 1: Die Sozialdemokratie ist verboten. _ 2: Wer der Richtung angehört, wird eingesperrt.“

Auch bei der Großbourgeoisie und ihren Parteien wuchs das Interesse an einem Ausnahmegesetz gegen die organisierte Arbeiterbewegung. Hier beunruhigte insbesondere die überregionalen Gewerkschaften der Zigarrenarbeiter, Buchdrucker und Schneider. 1869 gründeten Bergarbeiter in Niederwürschnitz und Lugau, Textilarbeiter in Crimmitschau, Holzarbeiter in Nürnberg und andere Gewerkschaften. 1872 tagte in Erfurt der erste Gewerkschaftskongreß Deutschlands. 52 Delegierte vertraten 11 358 Arbeiter, darunter 2 176 Metalller. Die Lassalleschen „Arbeitervereine“ zählten etwa 35 000 Mitglieder. 1875, mitten im „Gründerkrach“, tagte in Gotha der Einigungskongreß der Gewerkschaften als Konferenz der Vorstände.

Ende 1877 waren von den etwa 2 Millionen Arbeitern, in deren Berufen Gewerkschaften existierten, 50 000 organisiert. In einigen industriellen Zentren war der Organisationsgrad allerdings schon deutlich höher. Die massenhafte Organisation der Fabrikarbeiter stand jedoch noch aus. Die Sozialdemokratie begrüßte diese „Organisationen als einen wichtigen, tüchtigen Faktor in der modernen Arbeiterbewegung“.

Anfang 1878 kündigte sich ein langsamer Aufschwung der Wirtschaft an. Die Bourgeoisie brauchte für diese konjunkturelle Entwicklung „Ruhe und Ordnung“ in den Betrieben. Deshalb schienen ihr gesetzliche Maßnahmen nötig, ein rasches Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung wenn schon nicht zu verhindern, so doch zu bremsen. Nach dem ökonomischen Kompromiß in der Zollpolitik waren die bürgerlichen Parteien jetzt auch zu einem politischen Kompromiß mit den Konservativen in der „Sozialistenfrage“ nur zu bereit.

Diese latente Bereitschaft zum Zusammengehen wurde reale Politik, als es gelang, zwei Attentate auf den deutschen Kaiser als das Werk der Sozialdemokratie hinzustellen und die Mehrheit der Wähler in einer Art Plebiszit für die Konservativen und rechten Nationalliberalen zu mobilisieren. Noch Anfang Februar mußte der stellvertretende Innenminister auf einer Beratung im preußischen Innenministerium konstatieren, „daß die bestehende Vereins- und Preßgesetzgebung die genügenden Mittel nicht gewähre, um die revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie in einer dem öffentlichen Interesse genügenden Weise niederzuhalten“. Die für die Überwachung und Verfolgung der Sozialdemokratie verantwortlichen Räte im Innenministerium und Polizeipräsidium mußten zur Kenntnis nehmen, daß „die für Gesetze repressiver Natur wenig günstige Stimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches und für Preußen andauert.“

Am Nachmittag des 11. Mai 1878 schoß der 23jährige Klempnergeselle Max Hädel auf Wilhelm I., als dieser in offener Kutsche die Linden entlangfuhr. Hädel gab an, er habe sich selbst demonstrativ erschießen wollen. Am Revolver selbst war der Lauf verbogen. Politisch war Hädel ein Wirrkopf. Aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen, zeitweise für die Nationalliberalen aktiv, gehörte er der Christlich-sozialen Partei des Hofpredigers Stoecker an und bezeichnete sich selbst als Anarchisten.

Bereits fünf Stunden nach dem „Attentat“ telegraphierte Bismarck an seinen Staatssekretär von Bülow: „Sollte man nicht von dem Attentat Anlaß zu sofortiger Vorlage gegen Sozialisten oder deren Presse nehmen?“. 14 Tage nach dem undurchsichtigen Ereignis beriet der Reichstag über ein von Bismarck eingebrachtes Ausnahmegesetz, das jedoch keine Mehrheit fand.

Eine Woche später wurde der greise, 81 Jahre alte Kaiser durch ein tatsächliches Attentat schwer verletzt. Nunmehr sprachen sich - nach Auflösung und Neuwahl des Reichstages 221 von 370 anwesenden Abgeordneten für den Gesetzesvorschlag und 149 dagegen aus.

Das Sozialistengesetz trat in Kraft.

Dieses Gesetz traf die deutsche Sozialdemokratie an ihrem wunden Punkt, der noch ungefestigten Parteiorganisation. Das Zentralwahlkomitee in Hamburg, das als Vorstand der gesamten Partei fungierte, annoncierte am 19 Oktober 1878, drei Tage vor Inkrafttreten des Gesetzes, seine Selbstauflösung. So wollte man dem Verbot zuvorkommen. Von tiefer Resignation über die Zukunft der Arbeiterbewegung erfüllt, teilte die Führung in nahezu allen Parteiblättern mit, daß es ab sofort keine zentrale Organisation mehr gäbe, die Zeit planmäßiger Organisation vorüber sei, die Kassierung eingestellt würde - kurzum, alle Mitgliedschaften aufgelöst wären.

Erst allmählich fanden Sozialdemokraten Formen, die Parteiarbeit neu zu beleben, das Netz der Kommunikation neu zu knüpfen, die Agitation zu entfalten und die finanzielle Basis zu festigen. Am Anfang sorgten Unterstützungskomitees für die Sammlung der versprengten Mitglieder. In Berlin zum Beispiel halfen sie Ausgewiesenen. Zugleich unterhielten sie Verbindungen in den Wahlkreisen Berlins und darüber hinaus zu ungefährdeten Genossen in anderen Städten. In Leipzig entstand ein zentrales Unterstützungskomitee. Nach zwei Jahren Sozialistengesetz konstatierte Bebel: „Das Sozialistengesetz hat uns zur Umänderung unserer alten

Organisation genötigt - und wir haben sie den Umständen gemäß modifiziert. Hier so, dort so, wie die Verhältnisse es eben mit sich gebracht. An dem einen Ort ist die Organisation mehr lose, am anderen mehr zentralistisch – je nachdem.“

Nach dem Wydener Parteikongreß von 1880 und der Züricher Augustkonferenz von 1882 gelang es, die Regeln der inneren Organisation teilweise zu vereinheitlichen. In den letzten Jahren des Sozialistengesetzes konnten in verschiedenen Gebieten des Reiches Wahlvereine, Vereine für volkstümliche Wahlen, Kommunal- und Gemeindevereine sowie verschiedene Komitees als nahezu legale politische Zusammenschlüsse der Sozialdemokratie aktiv werden. Die „Rote Feldpost“ unter der Leitung von Julius Motteler sicherte den Vertrieb der Parteizeitung aus Zürich und ab 1888 aus London nach Deutschland hinein. Es zeigte sich, daß es die Sozialdemokraten verstanden, persönlich Bekanntschaften für ihre konspirative Arbeit zu nutzen. Da, wo sie versagten, Freundschaften unter dem Druck möglicher oder eingetretener Folgen des Gesetzes brachen, trat eine neue Form des Zusammenhalts, die solidarische und vertrauensvolle Gemeinschaft einander bis dahin völlig unbekannter und nichtverwandter Menschen. „Unsere Hauptstützpunkte waren zu dieser Zeit nur persönliche Bekanntschaften, und diese versagten häufig. Manch ängstlicher Freund schlug einem die Türe vor der Nase zu ... Dann gab es wieder Freunde, die ihre ganze Familie für unsere Sache gewannen und Opfer und Rat wußten, sooft man Hilfe brauchte.“

Ständig mußten die Organisationsstruktur der Partei, ihre Formen des Zusammenhalts am Orte wie auch der nationale Vertrieb des Parteiblattes „Sozialdemokrat“ den Lebensverhältnissen der Arbeiter angepaßt werden. Es war nicht nur das Gesetz mit seinen Fallstricken, es war auch der Arbeiteralltag, der den Organisatoren Findigkeit aufnötigte. „Wohnungs- und Ortswechsel, Entlassung aus der Arbeit, Todesfälle, Haussuchung, Briefsperr und anderes mehr machten fortgesetzte Adressenänderungen nötig. Da galt es dann, nach allen Richtungen hin, wo Sendungen an die brenzlich gewordenen Adressen unterwegs waren, Zurückhaltungen und Anordnungen aller Art zu treffen. Mitten aus fieberhafter Tätigkeit heraus wurden oft Reisen nach allen Ecken hin nötig.“

Besonders hart traf politisch engagierte Arbeiter die Ausweisungspraxis der Behörden. Doch die politische Bewegung zog daraus Nutzen. „Der Partei als solcher aber ist durch die Ausweisungen auch nicht der geringste Schaden zugefügt worden. Im Gegenteil, wenn früher besoldete Agitatoren im Lande herumgeschickt werden mußten, um für die Prinzipien des Sozialismus zu wirken, so wurden dieselben jetzt durch die ausgewiesenen Arbeiter reichlich ersetzt.“ Reichskanzler Bismarck erzwang deshalb ernsthaft und öffentlich Verbannung aus Deutschland und Deportation von Sozialdemokraten.

Es war dies zugleich eine Zeit, in der Arbeiter ein breites Spektrum von Widerstandsformen ausbildeten. Durch geschickt gestellte Fallen wurden Spitzel entlarvt und ihre Namen in der Parteipresse veröffentlicht. Parteikongresse fanden unter anderem „Firmenschild“ statt, so der von Wyden als „Generalversammlung der Kranken-, Wander- und Alters-Unterstützungskassen der deutschen Vereine der Schweiz“.

Zwar gelangte auch hierüber durch den delegierten Heufelder ein Bericht nach Berlin an die politische Polizei, der Kongreß selbst jedoch und die Hin- und Rückreise der

Delegierten blieben unentdeckt. Man tagte im Rittersaal und hatte sogar Muße, über die widrigen und abenteuerlichen Umstände Witze zu machen, eine Art Festzeitung herzustellen und sich durch Karikaturen selbst zu verspotten. Symbole der Arbeiterbewegung, vor allem die rote Fahne, erlangten eine derart hohe politische Signalwirkung, daß sich selbst ältere Arbeiter zu ausgesprochenen Jungenstreichen verleitet sahen, nur um die Fahne vorzuzeigen oder gar zu hissen und so der Polizei paroli zu bieten.

Mit relativ einfachen Mitteln umgingen organisierte Arbeiter Maßnahmen der nervösen und „von oben“ zur Überwachbarkeit angespornten Polizisten. Am 18. März 1882, dem Jahrestag der Revolutionskämpfe 1848 in Berlin, glich „der Besuch der Gräberstätte am Friedrichshain nach Eingeständnis der bürgerlichen Presse einer wahren Völkerwanderung ... 'Mittags', hieß es, „schoben sich die Reihen dicht gedrängt in tiefster Stille langsam in den Wegen des Friedhofes vorwärts.' Kränze mit roten Schleifen wurden natürlich von der Polizei nicht geduldet, dafür hatte man auf das Grab eines der 'Unbekannten' mitten in einen Lorbeerkranz eine blutrote Tulpe gesetzt, die allgemeine Aufmerksamkeit erregte.“

Versammlungen der Sozialdemokraten fanden oft in Tarnorganisationen statt. Solche losen Zusammenschlüsse wie der „Verein Klimperkasten“ in Kiel, der 1884 für ganz Schleswig verboten wurde, stellten eine Art organisatorischen Rahmen zunächst für Weiterbestand und Neuaufbau und später für den Zusammenhalt und die Agitationsarbeit der Partei dar. Geselligkeits-, Sport-, Gesangs-, Bildungs-, Theater- und andere Vereine entstanden meist aus dem Bedürfnis von Arbeitern, unter ihresgleichen die zunehmende Freizeit sinnvoll zu verbringen. Hier und da gründeten Sozialdemokraten auch mit Vorbedacht solche Tarnorganisationen, die aber nur deshalb wirksam werden konnten, weil sie Freizeitinteressen entgegen kamen. Die Sozialdemokratie konnte in und mit diesen Freizeitvereinen politisch erfolgreich wirken, weil diese Organisationen selbst im Arbeitermilieu wurzelten, in den Alltag der Arbeiter eingriffen und bei den organisierten Arbeitern zu deren Alltag gehörten. Die Vereinsgesetzgebung bot der Polizei nur wenig Möglichkeiten, mit legalen Mitteln, also ohne Spitzel, über das Treiben in diesen Vereinen informiert zu sein. Dennoch zählte der Arbeiterfunktionär Ignaz Auer 101 Bildungs-, Gesangs- und Vergnügungsvereine auf, die zwischen 1878 und 1888 verboten wurden. „Ältere Genossen hegten gegenüber solchen unernsten und unpolitischen Organisationen Bedenken. Ich ... trat mit großem Eifer einem Theaterklub bei, der den Zweck hatte, insbesondere Geldmittel für die Partei zu schaffen. Außerdem amüsierte er seine männlichen wie weiblichen Mitglieder, alles junge, lebenslustige Leute, ganz bedeutend, und das ließ ihn auch in meinen Augen durchweg nicht minderwertig erscheinen, denn ich fing nun doch an, dem Leben einige recht leichte, heitere Seiten abzugewinnen. Ich suchte daher das Angenehme mit dem Nützlichen zu vereinigen und mimte, tanzte und kneipte nach Herzenslust in unserem Theaterklub, immer in der angenehmen Überzeugung, damit auch dem Interesse der Partei zu dienen.“

/1/ (Ignaz Auer): Nach 10 Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. I. Historisches, London 1889, S. 57.

/2/ Eduard Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Erster Teil, Berlin 1907, S. 356.

- /3/ Paul Kampffmeyer: Unter dem Sozialistengesetz, Berlin 1928, S. 16/17.
- /4/ August Geib: Zur Gewerkschaftsstatistik. In: Pionier (Berlin), 26. Januar 1878.
- /5/ Zit. in: Dieter Fricke: Bismarcks Prätorianer, Berlin 1962, S. 38/39.
- /6/ Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke, Bd. 6 c, Berlin 1935, S. 109.
- /7/ Der Sozialdemokrat (Zürich), 28. Juli 1881.
- /8/ Joseph Belli: Die rote Feldpost, Berlin 1956, S. 106/107.
- /9/ Ebenda, S. 110.
- /10/ (Ignaz Auer): Nach zehn Jahren. I, S. 69.
- /11/..Eduard Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Zweiter Teil, Berlin 1907, S. 88.
- /12/ Julius Bruhns: „Es klingt im Sturm ein altes Lied!“ Aus der Jugendzeit der Sozialdemokratie, Stuttgart/Berlin 1921, S. 29.

MINIATUR 7

„... die große Lehre der Neuzeit zu verkünden.“
 Sozialdemokratische Zeitungen zwischen Funktionärsinformation
 und kommerzieller Massenpresse.

Vor dem ersten Weltkrieg besaß die deutsche Arbeiterbewegung eine auf vereinsmäßiger Organisation und mündlicher Meinungsbildung basierende Kommunikation. Sie wurzelte im proletarischen Milieu und wurde durch eine eigene Presseergänzt. Als die traditionellen Lebensweisedstrukturen der Arbeiter der zweiten Generation um die Jahrhundertwende aufzubrechen begannen, deuteten sich auch neue Formen und Mittel der Kommunikation an, so zunächst die kommerzielle Massenpresse und später weitere Massenmedien. Das führte in der Sozialdemokratie zu einer kritischen Sicht auf Leistungsvermögen, Aufmachung und Stil der Parteipresse.

Der Gebrauch von Druckmaschinen durch Arbeiter für Arbeiter bildete ein historisches Novum. Eine werktätige Klasse besaß und benutzte das gedruckte Wort, um eigene Interessen auszudrücken und andere zum gemeinsamen Handeln anzuregen. Informationen wurden nicht mehr nur weitererzählt, sondern waren lesbare Tatsachen. Die Ideen des Sozialismus bekamen eine Tribüne, eine „Zuhörerschaft“. Das ermöglichte überregionale Geschlossenheit und rasches Verallgemeinern von Erfahrungen. Mit den Medien der Organisationen war das Proletariat keine schriftlose Klasse mehr. Aus anfänglichem Zögern gegenüber einer eigenen Presse entwickelte sich ein fast übertriebenes Vertrauen in die Überzeugungskraft der Partei-, Gewerkschafts- und Vereinszeitungen.

Sozialdemokraten lehnten es ab, sich Methoden der Werbung zu bedienen und sich so auch modernen Formen der Propaganda zu öffnen, die sich an Arbeiter und ihre Frauen als Käufer und Privatmenschen wandten, nicht nur an organisierte Klassenkämpfer. Vor 1914 blieb die Arbeiterpresse Teil der „organisierenden“ Kultur der Arbeiterbewegung.

Ferdinand Lassalle hatte auch einer Agitationsreise 1863 Versammlungsteilnehmer zugerufen, die Presse sei „der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes“ und die „Zeitungen, statt Soldaten und Vorkämpfer der Freiheit zu sein“, seien nichts „als eine industrielle Kapital-Anlage und Geld-Spekulation“ geworden. Lassalles Äußerungen haben in gewisser Hinsicht spätere Auffassungen der deutschen Sozialdemokratie über Organisation, Sinn und Zweck einer eigenen Presse mitgeprägt. Zugleich machten sie deutlich, daß Lassalle als einer der ersten Intellektuellen überhaupt die zu dieser Zeit einsetzende Wende in der Presselandschaft reflektierte. Er wollte das Volk schützen, „das gläubig und vertrauend nach diesem Gifte greift“. Die Presse suche das Volk „gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft“ einzunehmen.

Die Entwicklung der deutschen Presse zwischen 1848 und 1914 vollzog sich vom abonnierten Meinungsblatt zwischen 200 und 1000 Exemplaren Auflage für einen festen Leserkreis zur freiverkäuflichen, reißerisch aufgemachten Tageszeitung, bei der Druck, Verlag und Redaktion nicht mehr in der Hand von ein bis drei Personen lagen, sondern großkapitalistische Zeitungskonzerne fabrikmäßig produzierten und mit Meinungen wie Inseraten Profite machten.

Der ADAV verzichtete, solange Lassalle lebte, auf eine eigene Zeitung. Er nutzte zum Druck der „circularen“ (Rundschreiben) demokratische Blätter wie „Der Gradaus“ in Esslingen oder die „Hamburger Zeitung“. Ansonsten versuchte Lassalle durch mindestens monatliche Vereinsversammlungen und Vorträge die Arbeiter dem Einfluß der ja auch erst entstehenden modernen Presse zu entziehen. Dieses Programm war realistisch, zumal sich Arbeiter und Gesellen zunehmend in ihren Vereinen traten.

Als dann sozialistische Zeitungen allmählich entstanden, so ab Dezember 1864 der „Sozial-Demokrat“ des ADAV (Auflage 1869 etwa 4500) und ab Januar 1866 der „Verbote“, seit 1867 Zentralorgan der deutschen Sektion der IAA (Auflage etwa 500), wandten sich diese Blätter bewußt gegen jegliche Werbung, Annoncen und andere Inserate. Alles kapitalistische Erwerbsstreben sollte ausgeschlossen sein. Die Parteizeitung war kein Geschäft, sondern ein ausführendes Organ, obgleich zum Beispiel der „Sozial-Demokrat“ des ADAV, der 1869 eine Auflage von 4500 hatte, ein Privatunternehmen war. Um die Interessen der Eigentümer und der Organisation in Übereinstimmung zu bringen, wurde festgelegt: „Die Herren von Hofstetten und I.B. von Schweitzer werden die ganze politische und soziale Richtung ihres Blattes derjenigen des Vereins im wesentlichen anpassen und sich hierüber immer mit Herrn Becker zu verständigen haben. Das Präsidium behandelt die Zeitung als oberstes Parteiorgan, solange die Haltung des Blattes mit der Haltung des Präsidiums im wesentlichen übereinstimmt.“ Wie die Partei als Propagandaorganisation galt, so die Presse als Mittel der Propaganda. Das Arbeiterblatt vervielfältigte die gesprochene Rede und brachte sie so unter das Publikum, gedacht als erweiterte Versammlung, die mündliche Aussprache orientierend und stützend.

Vom April 1870 bis Juni 1871 erschien der „Agitator“ als Zeitung des ADAV. Die erste Nummer wies der Zeitung die Rolle eines „Redners“ zu: „Tausende von Agitatoren“ sollen fortan jeden Freitag Abend in alle deutsche Gaue hinausziehen, die große Lehre der Neuzeit zu verkünden.

In der Folgezeit publizierte der „Agitator“ Artikel über Lassalles Programm und zu anderen Themen der Arbeiterbewegung. Er veröffentlichte regelmäßig sozialkritische Gedichte vor allem von Wilhelm Hasenclever sowie Agitationsstücke von Johann Baptist von Schweitzer, dem Besitze: des „Agitator“. Dies bildete sozusagen den unterhaltenden Teil der jeweils vier Seiten. Die Rubrik „Vermischtes“ brachte Vereinsanzeigen, Nachrichten über Unglücke, Unfälle, die Weltausstellung, den Kriegsverlauf in Frankreich, die Pariser Kommune - insgesamt gemischte, meist anderen Zeitungen entnommene Meldungen. In den letzten Nummern erschienen dann, nicht als Beilage, sondern als Rubriken, ein „Vereins-Teil“ für den ADAV und ein „Verbands-Teil“ für den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Verband, die Lassalleschen Arbeiterschaften.

Ebenfalls in der ersten Nummer verpflichtete sich der „Agitator“, Lassalles Prinzip der Inseratenfeindschaft einzuhalten. Man habe bei der Annoncengebühr „darum so hoch gegriffen, weil wir Annoncen möglichst fern halten wollen“, obwohl der Zeitung“ ein gänzlich Ausschließen von Annoncen nicht richtig schien, weil alle arbeiterfeindlichen Blätter Annoncen nehmen. Würden alle politischen Blätter keine Annoncen bringen, so wäre es gut.“ Der dann doch festgesetzte hohe Annoncenpreis stand in keinem Verhältnis zur Auflagenhöhe von etwa 10 000 Stück. Nachdem Schweitzer das Blatt im Mai 1871 an den ADAV verkauft hatte, häuften sich Vereinsanzeigen. In der gesamten Zeit seines Erscheinens veröffentlichte der „Agitator“ lediglich zwei Privatanzeigen, beides sogenannte Entbindungs-Anzeigen etwa diesen Zuschnitts: „Allen lieben Freunden und Parteigenossen zeige ich hiermit an, daß meine Frau von einem gesunden kräftigen Sozial-Demokraten glücklich entbunden ist. Linden bei Hannover, den 8. Juni 1871. J. Suppe.“

Eine Annonce dieses Charakters zeigt außerdem, daß die ersten Arbeiterzeitungen sich noch an eine überschaubare „Gemeinde“ richteten, in der man sich kannte und in der die Mitteilung, ein „Sozial-Demokrat“ sei, geboren worden, noch dörflicher und kleinstädtischer Praxis des Anzeigens folgte.

Auch nach der Jahrhundertwende blieben sozialdemokratische Zeitungen stets Meinungsblätter und Informationsmittel zugleich, die sich vor allem an Mitglieder, eventuell noch an Sympathisanten und Wähler richteten. Auch die um diese Zeit begründeten Zeitungen der sozial-demokratischen Freizeitvereine sahen sich als „Organe“ der jeweiligen Organisationen. Sie waren Agitationsmittel, Mitteilungsblatt, teilweise Beitragsbeleg und - durch relativ hohe Abonnentenpreise - auch Einnahmequellen. Politik, Unterhaltung und gar Annoncen wurden räumlich strikt getrennt und generell der Funktion der Zeitungen als „Organe“ untergeordnet.

Arbeiterblätter, das zeigten auch das „Demokratische Wochenblatt“ Liebnechts (ab Januar 1868), der „Volksstaat“ (1873 etwa 7000 Abonnenten) und der „Vorwärts“, das „Central-Organ der Sozial-Demokratie Deutschlands“ (ab Oktober 1876; 1877 über 12 000 Abonnenten), beachteten in ihrer Redaktionspraxis nicht nur Lassalles Grundsatz der Unbestechlichkeit durch das „Inseraten-Kapital“, sondern auch die Erkenntnis, daß die bürgerliche Gesellschaft eine „öffentliche Meinung“ brauchte und

erzeugte. Lassalle war klar, daß mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts die „öffentliche Meinung“ einen politisch größeren Stellenwert erhalten würde, weil sich dann festorganisierte Parteien ausbilden müßten, die um Parlamentssitze und so um Wähler ringen würden. „Partei“ begann zu Lassalles Zeit auch im täglichen Sprachgebrauch mehr zu bedeuten als Parteiung, Meinungsgleichheit und Überzeugung. „Bei den politischen Kämpfen handelt es sich vor allem darum, die Indifferenten zu gewinnen und zu erbittern, möglichst große Massen in Mitleidenschaft zu ziehen, - das ist der einzige und naturgemäße Weg für jeden, der da siegen will.“

Um die Jahrhundertwende, als parteiungebundene proletarisierte Massen Objekte politischen Kalküls in einem Maße zu werden begannen, wie dies Lassalle und andere sicher nicht hatten ahnen können, gewann die Presse wachsende Bedeutung im Kampf um die sogenannten Indifferenten. In eben dieser Zeit stieg, im Gegensatz zu aller anderen Parteizeitungen, die Presse der Sozialdemokratie in Auflagenhöhe, Abonnentenzahl und Vielfalt der Blätter: 1897 gab es 68 Zeitungen, davon 39 täglich erscheinende, mit einer Gesamtauflage von etwa 230 000 Stück.

Die Konkurrenz mit den großen Massenblättern wurde aber gerade in Berlin und anderen Arbeiterzentren immer augenfälliger. Mosses „Morgen-Zeitung“ erschien 1900 mit 130 000 Exemplaren. Ullsteins „Berliner Morgenpost“ hatte 1900 etwa 160 000 Abonnenten, und Scherl verkaufte seinen „Berliner Lokal-Anzeiger“ seit 1885 täglich in 150 000 Stück. Trotz dieser Übermacht der nicht-sozialdemokratischen Presse überwog in der SPD bis kurz vor Kriegsausbruch 1914 eine optimistische Einstellung hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit, des meinungsbildenden Einflusses und der Ablehnung reiner Geschäftsannoncen großer Firmen.

Karl Kautsky faßte diese Auffassung für die Sozialdemokratie zusammen: „Also selbst wenn die Statistik ... wirklich einen relativen Rückgang der sozialdemokratischen Presse gegenüber der bürgerlichen anzeigte, bewiese das noch lange nicht, daß die politische Gesinnung im Volke eine gleiche Entwicklung durchmacht.“ Die Sozialdemokratie könne in ihrer Presse nicht „an die niedrigsten Instinkte ... appellieren, um Leser zu finden.“ Ihr Ziel und Stil sei die „Darbietung wissenschaftlich und ästhetisch einwandfreier Arbeiter“. Was Lassalle 1863 dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat anempfahl, müsse, so Kautsky, auf Gebieten schon wo dies möglich sei, im Kapitalismus vorexerziert werden. Andere Sozialisten sahen solche Felder im Vereinswesen, in den Genossenschaften oder auch in Kommunen. Kautsky meinte dagegen, in der sozialdemokratischen Presse, wegen ihrer Nähe zur sozialdemokratischen Organisation, sei ein „Stück Sozialismus“ im Kapitalismus möglich. „Die bürgerliche Welt beruht auf der freien Konkurrenz der Produzenten, die Welt des Sozialismus auf ihrer planmäßigen Zusammenfassung und Anwendung. Das Zeitungswesen gehört aber zu den Gebieten, worin dieser Gegensatz schon im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung wenigstens bis zu einem gewissen Grade zur Geltung gebracht werden kann.“

Doch wurde hier nicht nur ein „Stück Sozialismus“ angestrebt, sondern zugleich versucht, von der Bourgeoisie aufgegebenen Ideale zu bewahren und weiter zu führen. Weil liberale Blätter (wie die „National-Zeitung“), aber auch konservative (wie die „Kreuzzeitung“) und kirchlich-katholische (wie die „Germania“) an Einfluß und Auflage verloren, gerieten die Zeitungen der Sozialdemokratie in den 80er und 90er Jahren in eine eigenartige Situation: Sie verteidigten sozusagen die „letzten

Bastionen“ der nichtkommerziellen Presse und waren so ein Hort bürgerlich-demokratischer Ideale der Volksaufklärung und -bildung. Auch deshalb distanzierte sich die sozialdemokratische Meinungspressen entschieden vom Geschäfts- und Reklamerummel. Sie vertrat schließlich eine wissenschaftliche Weltanschauung und lehnte es ab, ihre Auffassungen mit Propagandamethoden im Reklamestil verbreiten, sie setzte weiter auf geduldige, ein hohes theoretisches Niveau anstrebende Aufklärung, Bildung und Schulung vor allem ihrer Mitglieder und Anhänger. Was der sozialdemokratische Kulturarbeiter Konrad Haenisch am 14. Oktober 1908 in der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“, über die Aufgaben der sozialistischen Theaterkritik schrieb, galt sinngemäß dem gesamten Inhalt der Arbeiterzeitungen. „Die ernste Presse sollte ihre Hauptaufgabe darin sehen, das Publikum zu besserem Kunstgeschmack zu erziehen. Sie sollte ihm den Geschmack an öden Possen systematisch vertreiben und es allmählich dahin zubringen versuchen, daß es sich bei Stücken von Moliere nicht nur ästhetisch bildet, sondern auch besser unterhält als an den Machwerken von Blumenthal und Kadelburg.“

So schottete sich die sozialdemokratische Presse weitgehend gegenüber den Formen und Methoden moderner Massenpropaganda ab, die alle Mittel der Reklame im politischen Tageskampf aufbot, kommerzielle wie nichtkommerzielle „Register“ der Unterhaltung und Zerstreung für ideologische Zwecke zog und eine Flut von Nachrichten und Informationen zur Einflußnahme, auf soziales Handeln einsetzte. Der Sozialdemokratie hatten bis dahin auch ökonomische und technische Voraussetzungen für eine wirksame Konkurrenz gefühlt. Erst kurz vor Kriegsbeginn wurde die moderne Druckerei in der Berliner Lindenstraße nutzbar. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Massenpresse zu einem Medium der Öffentlichkeit und damit zu einem politischen Faktor. Man sprach in Kneipe, S- und Straßenbahn, am Arbeitsplatz und in der Familie über diese „industriell“ gesammelten, gedruckten und verbreiteten Informationen. Dem Tempo des Großstadtlebens entsprachen die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung und -verbreitung sowie ihr rascher Wechsel und ihre Vielfalt. Um die Jahrhundertwende folgte dem Morgen- das Mittags- und dem Tages- das Abendblatt. Bereits 1895 gab es allein in Berlin 36 politische Tageszeitungen.

Mit den technischen Neuerungen im Satz und mit dem Ausbau des Inseratenwesens veränderten sich auch Format, Gestaltung und Inhalt der Zeitungen. Mosses „Morgen-Zeitung“ (1900 etwa 130 000 Stück am Tag) brachte politische Berichte, enthielt Unterhaltungsbeilagen für Kinder und Frauen sowie Informationen über Haus, Feld, Garten und Technik, eine „lustige Ecke“ und Preisausschreiben - auch als weiteren Anreiz, das Blatt zu kaufen. Eine Analyse von 13 Berliner und 17 größeren Provinzzeitungen ergab in der Woche vom 23. bis 29. August 1909 eine deutliche Dreiteilung der Stoffgebiete in einen allgemeinen Teil (40,4 % in Berlin und 48,1 % in der Provinz), einen Handels- und Börsenteil (25,2 bzw. 17,5 %) und Annoncen (34,4 bzw. 34,3 %). Der allgemeine Teil wiederum gliederte sich in Innenpolitik, Außenpolitik, Kunst und Wissenschaft, Unterhaltung und „nützliche Mitteilungen“, Theater, Sport, Reisen- Verbrechen, Unfälle, Skandale sowie Lokalnachrichten.

Das Pressewesen der deutschen Sozialdemokratie zeigte sich trotz großer personeller und finanzieller Investitionen dem Druck der Generalanzeiger- und nach der Jahrhundertwende der Massenpresse immer weniger gewachsen. 1904 stellte die Partei täglich etwa 600 000 Zeitungsexemplare in 34 Partei- und 13

Lohndruckereien her. Sie beschäftigte 150 Redakteure und 1700 Personen technisches und Vertriebspersonal. Dem Korrespondentennetz der Zeitungskonglomerate und des Wolffschen-Telgraphen-Bureaus (W.T.B.), der halboffiziellen deutschen Nachrichtenagentur, setzte die Sozialdemokratie seit Juli 1906 eine eigene Partei-Korrespondenz (1913 über 5000 Exemplare Auflage und 30 000 Mark Kosten) und 1908 sogar ein eigenes Presse-Bureau entgegen. Unter Leitung von Daniel Stücken wurden tägliche Nachrichtenbriefe, davon 19 per Telefon, versandt. Doch noch immer diente vor allem der „Vorwärts“ in der Provinzpresse als Materialquelle. Der Parteifunktionär Adolf Braun kritisierte deshalb 1913 auf dem Jenaer Parteitag, daß 78 der 90 Tageszeitungen der SPD von „Schablonenarbeit“ bestimmt seien. Diese Praxis führte dazu, daß viele sozialdemokratische Arbeiter zu Hause die Klage zu hören bekamen, die Ausgaben für sozialistische Blätter seien weggeworfenes Geld, „da doch eigentlich gar nichts drinstehe außer dem, was die Nachbarinnen schon ein oder zwei Tage vorher in ihrem Blatt gelesen hätten.“ Für jede Arbeiterfamilie stellte das Abonnement einer Tageszeitung zu dieser Zeit noch eine wesentliche Kostenfrage dar. Während der Preis der bürgerlichen Blätter durch Inserate und steigende Auflagen von 1,77 Mark wöchentlich 1885 auf 1,59 Mark im Jahre 1914 fiel, konnte die Sozialdemokratie, auch weil die Zeitungen eine durch nichts zu ersetzende Einnahmequelle darstellten, nicht verbilligen (1912: 7 Millionen Mark Gewinn). Sozialistische Zeitungen kosteten in der Regel ein Brot im Monat mehr als bürgerliche Massenblätter.

Das rief nach der Jahrhundertwende eine innerparteiliche Kritik an der Massenwirksamkeit der eigenen Presse hervor. Kurz vor Kriegsausbruch wurde festgestellt, daß die sozialistischen Zeitungen als nahezu letzte in Deutschland reine Parteiorgane seien, die sich an eine schon auf ein bestimmtes Programm, ja auf eine bestimmte Weltanschauung festgelegte Leserschaft wenden. Aber allein schon die Zahl der Wähler sei fünf- bis sechsmal größer als die der Abonnenten.

Zu Beginn des Krieges wurden die Inserateneinnahmen der bürgerlichen Massenblätter deutlich geringer, weil mit der Kaufkraft auch die Werbung zurückging bzw. sich der Mangelsituation anpaßte. Das hatte für die Zeitungskonglomerate zur Folge, daß sie in noch nicht dagewesener Manier um Leser ringen mußten. Der Straßenverkauf erhöhte sich sprunghaft, besonders durch den Vertrieb von Extrablättern. Die Aufmachung, der Einsatz von Schlagzeilen und Bildern, der ganze Stil wandelte sich gründlich. Propaganda wurde wie Reklame vorgetragen. Das hatte sich schon vor 1914 angedeutet, als noch Versammlung, der Vortrag und das Mitteilungsblatt die Hauptformen der Verständigung bildeten. Die Sozialdemokratie vertraute auf den Erfolg dieser Art der Meinungsbildung. Erst der Kriegsausbruch verwies sie darauf, daß die großen Massen der Arbeiter, die wir in die Partei und in die Gewerkschaften treten sahen, daß diese großen Massen im wesentlichen auch bestimmt sind nicht nur in dem Niveau ihrer Bildung, sondern auch in der Qualität ihrer Bildung durch das, was sie in der Volksschule, in ihrer Militärzeit gelernt und gesehen und in den bürgerlichen Zeitungen tagaus, tagein gelesen haben.“

/1/ Ferdinand Lassalle: Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. In: Reden und Schriften Leipzig 1987, S.- 293, 295, 299.

/2/ Kurt Koszyk: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1966, S. 4.

/3/ Der Agitator, 1. April 1870.

/4/ Ebenda, 17. Juni 1871.

/5/ Ferdinand Lassalle: Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. In: Reden und Schriften, S.

/6/ Karl Kautsky: Das Wachstum der sozialistischen Tagespresse. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 1903/04, 2. Bd., Nr. 32, S. 219, 220.

/7/ Karl Mücher: Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde, Tübingen 1926, S. 29.

/8/ Wilhelm Schröder: Unsere Presse. Zit. in: Dokumente und Materialien zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848 - 1918. Hrsg.: Peter von Rügen/Kurt Koszyk, Frankfurt (Main)/Wien/Zürich 1979, S. 268.

/9/ Adolf Braun: Bildungsprobleme in der Arbeiterbewegung. In: Der Kampf (Wien), 1915, Nr. 6, S. 241.

MINIATUR 8 „Wir werden meist als Auskunftsmaschinen betrachtet.“ Kulturarbeit der Arbeitersekretariate.

In den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts gaben Sozialgesetze dem Verhältnis der Lohnabhängigen zu ihren Unternehmern eine rechtliche Grundlage. Sie räumten den bis dahin nahezu schutzlosen Arbeitern gewisse Rechte ein. Arbeitsvertrag, Arbeitsschutz, Länge der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit, Invaliden-, Kranken-, Haftpflicht und Unfallversicherung waren nun gesetzlich geregelt. Das bürgerliche Gesetzbuch schließlich, das um die Jahrhundertwende in Kraft trat, enthielt Bestimmungen, die Arbeiter und Kapitalisten als Bürger formal gleichstellten. Ausgenommen blieb das städtische und vor allem das ländliche „Gesinde“, für das nach wie vor Einschränkungen der Freizügigkeit und des freien Arbeitsvertrages galten.

Ein für alle Bürger gleichermaßen gültiges System der Rechtsvorschriften, eingeschlossen die noch zu bestimmenden Varianten der Auslegung verschiedener Paragraphen, stellte für Arbeitende ein kulturhistorisches Novum dar. Sie waren zu „juristischen Personen“ geworden und nicht mehr der patriarchalischen Vorsorge unterworfen bzw. der feudalen wie frühkapitalistischen Willkür ausgeliefert. Aber sie mußten es nun auch lernen, sich im Gestrüpp der Gesetze, Ämter, Behörden und Formulare zurechtzufinden, ihre Rechte durchzusetzen und nach Möglichkeit auch zu erweitern. Es handelte sich um bürgerliches Recht, und als solches gewährte es den Besitzenden und Wissenden eindeutige Vorteile. Aus ihrer Lebenspraxis war den verschiedenen Gruppen des Bürgertums, des Adels und besonders den Akademikern der Umgang mit Gesetzen, Verträgen, Gerichten, Ämtern und Schriftsachen vertraut. Die Besitzenden wußten „Wissenden“, die Richter, Anwälte, Ärzte und Verwaltungsbeamten auf ihrer Seite. Diese stammten aus den gleichen sozialen Schichten, blieben abhängig von deren Geld und persönlich verbunden

durch Vereine, „schlagende Verbindungen“, verwandtschaftliche und andere Beziehungen.

Den meisten Proletariern war diese Welt fremd und undurchschaubar. Sie verkehrten in diesen Kreisen allenfalls über den Aufgang für Dienstboten und Lieferanten. Im Kontakt mit dem Staatsapparat hatten sie meist nur negative Erfahrungen gesammelt. Zum Gang auf die Ämter und durch die Instanzen fehlten ihnen nicht nur Zeit und Geld, sondern auch der „reichste Ton“, die nötigen Umgangsformen und die Kenntnis der dort gesprochenen Sprache und verwendeten Begriffe. Hinzu kam als weiterer Faktor, daß Rechtsanwälte als Auskunft- und Hilfsinstanz für Arbeiter in der Regel schon aus Honorargründen ausschieden. Zudem kannten sie sich in Arbeiterversicherungs- und Arbeiterrechtsangelegenheiten so gut wie gar nicht aus.

In dieser Situation entstanden die sogenannten Arbeitersekretariate. Sie nahmen die juristischen Interessen der Arbeiter wahr und wirkten stellvertretend für sie. In diesem Sinne leisteten die Arbeitersekretariate Kulturarbeit: Sie halfen den Arbeitern und warben neue Anhänger für die gewerkschaftliche und politische Bewegung des Proletariats. Sie schulten Funktionäre. Mit Hilfe der Arbeitersekretariate sammelte die Arbeiterbewegung Erfahrungen, die die sozialpolitischen Ziele der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften konkretisieren halfen.

Zunächst suchten Arbeiter in Rechtsangelegenheiten Rat bei älteren Kollegen oder Genossen. Stets blieben die Abgeordneten, besonders die Mitglieder des Reichstages, eine Art Auskunftsinanz, die Arbeitern zugänglich und wohlgesonnen war. Es kennzeichnete den hohen Stellenwert der Arbeitersekretäre für die politische Bewegung der Klasse, daß 1914 etwa ein Drittel der Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als Arbeitersekretäre wirkten oder gewirkt hatten. Erfolgreiche politische Tätigkeit im Parlament setzte Rechtskenntnisse voraus.

Die Idee, den Wünschen der Arbeiter nach Rechtsauskunft durch spezielle Arbeitersekretariate entgegenzukommen, äußerte zuerst in den 80er Jahren der Sozialdemokrat Karl Grillenberger, ein ehemaliger Schlosser, Mitbegründer der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“. Das erste deutsche Arbeitersekretariat wurde 1894 in Nürnberg eröffnet, nachdem bereits vorher Gewerkschafter an verschiedenen Orten Deutschlands „Auskunftsstellen“ errichtet hatten, wie das 1890 ins Leben gerufene „Berliner Büro“. Das überaus komplizierte Alters- und Invalidenversicherungsgesetz nötigte besonders die gelernten Schlosser und Maschinenbauer, eine eigene Institution der Rechtsberatung zu schaffen. Ältere Kollegen gerieten in Konkurrenz mit jüngeren, an modernerer Technik geschulten Kollegen, so daß die Frage des Austritts aus dem Arbeitsleben zum sozialen und juristischen Problem wurde. Noch bedeutsamer für sie waren Fragen des Arbeitsschutzes und der Milderung von Unfallfolgen, der Teilrente bei körperlichen Schäden usw. In einer Versammlung am 25. November 1891 hatten die Mitglieder des Nürnberger Metallarbeiter-Verbandes einen Antrag angenommen und gefordert, „für die Errichtung eines städtischen Arbeiter-Sekretariats unablässig zu agitieren“. Dabei planten die Metallarbeiter keineswegs ein städtisches Auskunftsbüro, wie sie nach der Jahrhundertwende in mehreren Industriestädten entstanden, sondern eine gewerkschaftliche Einrichtung.

Auch kirchliche Einrichtungen begannen, parallel zu den Arbeitersekretariaten und in Konkurrenz zu ihnen, Rechtshilfebüros zu gründen. Da diese ebenso wie die „gemeinnützigen“ Rechtsauskunftsstellen junge Assessoren, also Fachleute anstellten, richtete die Generalkommission der Gewerkschaften entsprechende vierwöchige Schulungen für Arbeitersekretäre ein. Der erste Kurs fand 1909 statt. 25 Arbeitersekretäre erhielten 136 Stunden Unterricht in Arbeiterversicherungswesen, öffentlichem und Staatsbürgerrecht, Bürgerlichem Recht, Strafrecht, Zivilprozeß und Verfahren vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Arbeiterschutz und Arbeitsvertrag. Drei weitere Kurse fanden im April/Mai und Juni 1912 sowie September/Oktober 1913 statt. Insgesamt erhielten 113 Arbeitersekretäre vor 1914 auf diese Weise eine fachliche Weiterbildung, 11 weitere 1911 an der sozialdemokratischen Parteischule eine politische Schulung. 1913 unterhielt die deutsche Arbeiterbewegung 127 größere Arbeitersekretariate und zusätzlich dazu 232 Rechtsauskunftsstellen. Funktionäre für die Unterrichtskurse freizustellen gestaltete sich für die örtlichen Gewerkschaftskartelle oft schwierig. Der beamtete Arbeitersekretär war besonders in kleineren Einrichtungen meist „beschäftigt ... mit der Auskunftserteilung, mit der Vertretung womöglich auch noch in Zivilprozeßsachen, dann mit allen möglichen Gewerkschaftssachen, womöglich auch in der Expedition der Zeitung, mit der Auszahlung der Reiseunterstützung, mit Referaten über alle Fragen vom Altertum über das Mittelalter bis in die Gegenwart hinein.“

So gehörte die Anstellung als Auskunftsperson zunächst nicht zu den begehrten Posten in der Arbeiterbewegung. Und da auch „keine Entschädigung gezahlt wurde, konnte sich eben die Genossen der Materie nicht so widmen, wie es notwendig gewesen wäre, und die Sache schief wieder ein... Später stellte die Generalkommission einen einmaligen Beitrag von 500 Mark zur Verfügung.“

Zu den Schwierigkeiten in der Tätigkeit der Arbeitersekretariate gehörte auch deren technische Ausstattung. Viele besaßen nicht einmal eine Schreibmaschine. Angesichts der zu bewältigenden Aktenberge und des regen Post- und Besucherverkehrs war es nicht verwunderlich, daß mancher Mitarbeiter eines Arbeitersekretariats eine andere Stellung vorzog. Allein das Zentralarbeitersekretariat, ein 1902 geschaffenes zentrales Rechtsauskunfts- und -hilfsinstitut der deutschen Gewerkschaften, verzeichnete 1913 über 2100 neueingegangene Fälle sowie etwa 1000 unerledigte Überhänge aus den Vorjahren. 2128 Angelegenheiten konnten erledigt werden. In 360 „Sachen“ wurde die Vertretung abgelehnt. In 758 von 1193 Unfallversicherungsfällen (64 Prozent), 42 von 64 Invalidenangelegenheiten (66 Prozent) und 8 von 20 Knappschaftssachen (40 Prozent) hatte das Zentralarbeitersekretariat Erfolg. Daneben wurde zu 933 Problemen Rechtsauskunft erteilt und 9773 Postein- und 11388 Postausgänge erledigt.

Nach Erhebung des Kaiserlich Statistischen Amtes erteilten die Arbeitersekretariate 1913 insgesamt 725 092 Auskünfte, davon 29 Prozent zur Arbeiterversicherung, 13 Prozent zum Arbeits- und Dienstvertrag, 31 Prozent zum Bürgerlichen und 6 Prozent zum Strafrecht sowie 21 Prozent zu sonstigen Angelegenheiten. Allein das Arbeitersekretariat Nürnberg zählte 1902 bei 3 Beamten eine durchschnittliche Besucherzahl von etwa 60 Personen pro Tag sowie täglich 7 einkommende und 17 ausgehende Postsachen. Meist herrschte gerade an Sonn- und Feiertagen Hochbetrieb.

Die Arbeitersekretariate sollten neben der Beratung der Mitgliederwerbung dienen. Deshalb wurde auch nichtorganisierten Arbeitern Auskunft erteilt, teils auf Kosten der Gewerkschaft, teils gegen eine kleine Gebühr. Doch galt der Grundsatz, von Armen und Invaliden nichts zu fordern und Gebühren nicht als Einnahmequelle zu betrachten. Die Arbeitersekretariate erteilten „mündlich Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten ..., über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung; über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht“ und anderes. Sie waren berechtigt, aber nicht verpflichtet zu Auskünften in „Heirats-, Bürgerrechts-, Verhehlichungs- und Armensachen, sowie bei Mietstreitigkeiten“. So klagten viele Arbeitersekretäre, wie „Auskunftsautomaten“ behandelt zu werden. Über ihre Ratschläge hinaus stellten die Arbeitersekretäre Erhebungen an über Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, Wohnung, Nahrung, Betriebsunfälle, Gewerbekrankheiten, Sterbefälle, Ab- und Zuzug von Arbeitern, Gewerbebewegung, Arbeiterorganisation, Arbeiterschutz, Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeitslosigkeit und Streikangelegenheiten. Die tägliche Arbeit erforderte ständige Weiterbildung, doch die dafür eingerichteten Kurse reichten weder in Umfang noch in Qualität. Auf den Konferenzen der Arbeitersekretäre spielte deshalb immer wieder die Frage eine große Rolle, ob die Rechtsbeilage zum „Correspondenzblatt“ ausreichend sei oder ob eine selbständige Zeitschrift gegründet werden könne und müsse. Der große Anteil seiner Büroarbeit an der Tätigkeit der Arbeitersekretäre schränkte nicht nur die Zeit für Rechtsberatung in persönlichen Gesprächen ein, sondern verhinderte auch die Einstellung von Akademikern. Hinzu kamen relativ niedrige Gehälter - Arbeitersekretariate wirkten, wie schon erwähnt, nach dem Grundsatz des Erfurter Programms, das Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands forderte. Die Arbeit konnte also nur durch Senkung des Anteils an Büroarbeit effektiver werden. Paul Kampffmeyer, Arbeitersekretär in Frankfurt am Main, drängte deshalb immer wieder auf die Bereitstellung von Schreibmaschinen und anderen technischen Hilfsmitteln. Dabei ist zu beachten, daß Telefon und Schreibmaschinen auch erst nach 1905 zu Hilfsmitteln des Parteivorstandes der Sozialdemokratie wurden.

Im Laufe der Zeit allerdings und verbunden mit dem Ausbau der Sekretariate wurde die Wahlfunktion des Arbeitersekretärs eine begehrte Tätigkeit - nicht nur wegen der nun angestiegenen relativ hohen Bezahlung (zwischen 2000 und 3000 Mark im Jahr), der Gewährung von 8 bis 14 Tagen bezahlten Urlaubs (damals noch eine Seltenheit) und der dreimonatigen Kündigungsfrist (für Arbeiter nahezu unvorstellbar). Die Position vermittelte Einblick ins Arbeiterleben und befähigte zu organisatorischer Arbeit und umfangreichem Rechtswissen. Wer dieses Amt erfolgreich ausübte, konnte schnell zu Achtung und Ansehen bei den Arbeitern gelangen und zu weiteren (teilweise bezahlten) Wahlfunktionen oder gar zur Reichstagskandidatur vorgeschlagen werden. Deshalb gab es besonders in den Großstädten stets mehrere Bewerber für eine neu eingerichtete Stelle. Friedrich Ebert hatte 1899 in Bremen 8 und Hermann Duncker sowie der Buchdrucker Zipperer 1903 in Leipzig sogar über 100 konkurrierende Kandidaten.

Die überwiegende Zahl der Arbeitersekretäre stammte aus der Arbeiterklasse. Die meisten von ihnen waren in den Anfangszeiten der Arbeitersekretariate noch nicht in diesem „Beruf“ tätig. „Es waren Genossen, die in ihrer freien Zeit nach der Arbeit sich mit dem Anfertigen von Eingaben für die Arbeiter beschäftigten und sich so eine praktische Erfahrung sammelten.“ Als Befähigungsausweis galt später ein Aufsatz zu einer Sachfrage der Arbeiterbewegung und die schriftliche Interpretation eines

Rechtsfalles. Dem folgte eine Art „Volontariat“ von einem halben Jahr in einem größeren Sekretariat. Ihr Herkommen aus der Arbeiterklasse wurde als wertvolle, ja unabdingbare Voraussetzung für diese Tätigkeit angesehen; ein Verdrängen durch akademisch gebildetes Personal wurde deshalb gar nicht angestrebt.

Oft gehörten die Arbeitersekretäre zu den von Unternehmern gemäßregelten Gewerkschaftern, die so eine Anstellung erhielten. Aufgestauter Haß auf Fabrikanten und begründete Vorbehalte gegenüber dem Staatsapparat und seinen Dienern entluden sich mitunter direkt vor Gericht - nicht selten sehr zum Nachteil der Mandanten. Dann mußten Arbeitersekretäre gemahnt werden, ein „gewisses angenehmes Verhältnis mit den Behörden im Interesse unserer Mandanten herbei(zu)föhren“. Zum einen konnte ein solches Verhalten den unmittelbaren Erfolg ihrer Tätigkeit vergrößern. Zum anderen beförderte es opportunistische Haltungen, gestärkt durch ein manchmal recht auskömmliches Leben, vor allem dann, wenn sich bezahlte Ämter häuften: Arbeitersekretär, Gewerkschaftsfunktionär, Pressemitarbeiter, Lehrer in Bildungskursen. Im Verhältnis zu den bürgerlichen Akademikern waren die „Arbeiterbeamten“ aber stets unterbezahlt, überlastet und im Status weiter „nur“ Arbeiter.

Die Zahl der Arbeiter, die in den Sekretariaten Auskunft suchten, stieg bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ständig an. Doch mußte ein prozentualer Rückgang der Besucher pro Einrichtung verzeichnet werden. Das war zum einen auf die steigende Zahl der Rechtsauskunftsstellen im Reich insgesamt zurückzuführen, die auch Arbeitern offen standen. Da gab es die katholischen Arbeitersekretariate, die Sekretariate der evangelischen Arbeitervereine, Auskunftsstellen der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine sowie Büros der städtischen Rechtsauskunftsstellen. Zum anderen hatte die Rechtsprechung eine Reihe von Grundsatzentscheidungen getroffen, so daß in bestimmten Fällen nun nicht mehr die Hilfe der Arbeitersekretariate angerufen werden mußte. Die Sekretariate nahmen sich immer mehr nur noch der schwierigen, aber erfolgversprechenden Anliegen an. Und es wuchs das Bestreben, sich als Arbeitersekretariate, entgegen vorherigen Tendenzen der Ausweitung auf alle Rechtsfälle, wieder stärker auf die Arbeiterversicherung zu konzentrieren. Schließlich wuchs in der Arbeiterschaft das Bewußtsein der „erworbenen Rechte“; es stieg die eigene elementare Rechtskenntnis. Dies relativierte die Tätigkeit der Arbeitersekretariate in einzelnen Fällen, orientierte sie auf komplizierte Rechtsfälle und „Lücken“ in den Sozialgesetzen und qualifizierte so ihre Bedeutung für die Gewerkschaften, aber auch für die Sozialdemokratie. Die Arbeitersekretariate wurden immer mehr als Institutionen der weiteren Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung verstanden, als eine Art Seismograph der Leerstellen in den Arbeiterrechten.

/1/ Protokoll der Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu München vom 22. bis 27. Juni 1914, Berlin 1914, S. 496.

/2/ I. Geschäfts-Bericht des Gewerkschaftskartells von Sonneberg und Umgegend für das Jahr 1908 nebst Bericht der Auskunftsstelle, Sonneberg 1909, S. 29/30.

/3/ Protokoll Gewerkschaftskongreß 1914, S. 121/122.

/4/ Richard Soudek: Die deutschen Arbeitersekretariate, Leipzig 1902, S. 34.

/5/ Protokoll Gewerkschaftskongreß 1914, S. 496.

/6/ Ebenda, S. 499.

MINIATUR 9 Die „rote Kavallerie“. Gründung und Tätigkeit eines proletarischen Freizeitvereins.

Am 2. August 1893 veröffentlichte das „Berliner Volksblatt“, die Beilage zum sozialdemokratischen „Vorwärts“, folgenden Aufruf: „An die sozialdemokratischen Radfahrer Deutschlands. Sportsgenossen! Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sondern sich die Arbeiter und Parteigenossen von ihren Gegnern ab und schließen sich zu eigenen, selbständigen Organisationen zusammen. Auch wir Radfahrer wollen nicht zurückbleiben; auch wir wollen dem Beispiel der Arbeiter-, Gesangs-, Turn- und Vergnügungsvereine folgen und einen Verband über ganz Deutschland bilden, der an verschiedenen Orten Filialen errichten kann. Der Zweck unserer Organisation soll sein, neben Hebung des Radfahrersports uns in den Dienst der Agitation zu stellen und uns der Partei und der Arbeiterbewegung soviel als möglich nützlich zu machen.“ Das war der Auftakt zu einem sozialdemokratischen Radfahrerbund.

Drei Jahre später riefen proletarische Radwanderer und Kunstradfahrer in Offenbach den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ ins Leben. Die Gründer erwogen, „daß es nur mit Hilfe einer geschlossenen Zentralisation möglich ist, die radfahrenden Arbeiter Deutschlands zu einem Ganzen zu vereinigen.“. Weiterhin erwogen sie, „daß denselben der Beitritt in die bereits bestehenden radsportlichen Verbände immer mehr erschwert oder unmöglich gemacht wird, mögen die Gründe nun in finanziellen Schwierigkeiten liegen oder in der Tatsache, daß die dazu zählenden Radfahrervereine sich immer mehr als Werkzeuge oder Dekorationsstücke für patriotische Feiern usw. hergeben, beschließen die Delegierten des dritten Arbeiter-Radfahrer-Kongresses zu Offenbach a. M., Pfingsten 1896“, einen eigenen nationalen Verein zu errichten. Nach dem 1893 gegründeten Arbeiter-Turnerbund besaß die deutsche Arbeiterbewegung damit noch vor der Jahrhundertwende eine zweite große Sportorganisation. 1912 waren in der sozialdemokratisch geleiteten Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege die Arbeiterturnvereine mit fast 190 000 Mitgliedern die weitaus größte Organisation. In sozialistischen Arbeitervereinen erfaßte Sportler gab es aber nahezu eine halbe Million, davon etwa 150 000 im Bund „Solidarität“. Radwandern, Radrennen, Radball, Kunstradfahren und Tandemsport waren nach der Jahrhundertwende als Massensport und Unterhaltungsattraktion so beliebt, wie heute etwa der Fußball.

Daß Arbeiter sich ein Fahrrad kaufen konnten, war vor 1914 keineswegs selbstverständlich. Nicht selten stellte es noch einen Luxusartikel, dar, der nur gemeinschaftlich erstanden und gewartet werden konnte. Der Preis für ein Rad sank zwar zwischen 1870 und 1910 von etwa 700 auf 30 Reichsmark, doch wurde das Fahrrad damit noch immer nicht zu einem allgemein erschwinglichen Gebrauchsgegenstand. Mit einem Fahrrad verfügten Arbeiter erstmals über eine

eigene Maschine. Sie bewegten und bremsten sie aus eigener Kraft, bestimmten selbst über Richtung, Weg, Tempo und Rast. Auch dadurch erreichte das Fahrrad seine hohe Bedeutung für Arbeiter: Sie wurden unabhängiger von öffentlichen Verkehrsmitteln und deren Kosten. Vor allem vergrößerten Arbeiter ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie konnten ihre Arbeitskraft auch in weiter von ihrer Wohnung entfernten Fabriken anbieten, wenn diese Arbeiter suchten und höhere Löhne zahlten. Krupp hatte sich deshalb für das Erheben einer Luxussteuer auf Fahrradbesitz eingesetzt, um die Mobilität seiner Arbeiter einzuschränken und deren Aktionsradius auf dem Arbeitsmarkt zu begrenzen.

Ökonomische Ursachen für das Eindringen der Arbeiter in einen bürgerlichen Modesport bildeten die Erhöhung der Realeinkommen einiger Facharbeiterschichten sowie die Verbilligung der Räder durch Massenherstellung, ermöglicht durch technische Neuerungen, vor allem die Einführung des Sicherheits- oder Niederrades. Die Erfindung des Luftdruckreifens durch den schottischen Tierarzt Dunlop 1888 gestattete das. Acht Jahre der Gründung des Arbeiter-Radfahrerbundes stellte aber das Radfahren „noch immer das Privileg der besitzenden bürgerlichen Klasse“ dar.

Deren Vorliebe für diesen technischen Sport begann, als der badische Fortmeister Karl Freiherr von Drais die „Draisine“ konstruiert und der Franzose Ernest Michau“ sie durch eine Tretkurbel verbessert hatte. Das erregte damit auf der Pariser Weltausstellung 1867 ein solches Aufsehen, daß schon ein Jahr später ein Wettbewerb mit „Michaulinen“ stattfand - eine zirkensische Sensation für viele Schaulustige. Michau“ selbst nannte seine Konstruktion „Velocipede“, „Leichttreter“, „Schnellfuß“. In Deutschland entstanden 1869 die ersten Clubs von Anhängern dieser Vehikel, angeregt durch englische Fabrikanten. Auf der Suche nach einem Absatzmarkt für ihre Produkte waren sie „mit sportfreundlichen Kreisen in Verbindung“ getreten - das hieß mit interessierten Kreisen aus den besitzenden Klassen.

Nach 1870 kamen zunächst Hochräder in Mode. Das große Rad gestattete zwar eine relativ ausgeglichene Fahrgeschwindigkeit und deren Regulierung. In dieser Hinsicht war es besser als die „Michaulinen“. Jedoch erforderte das Auf- und Absteigen eine besondere turnerische Geschicklichkeit. Der Kettenantrieb des Engländers H. I. Lawson, 1880 patentiert, erlaubte den erneuten „Abstieg“ auf das Niederrad. Der Dunlopsche „pneumatische Reifen“ löste die bis dahin üblichen Eisenräder ab und vervollkommnete das Fahrrad.

Danach begann die Massenproduktion in Werkstätten und Fabriken, die vielerorts gegründet wurden. „Die Fahrradfabrikanten entwickelten eine geschäftige Tätigkeit. Sie produzierten nicht nur Räder, sondern errichteten auch eigene Verkaufsstellen mit Reparaturwerkstätten und Fahrradschulen, Radfahrerhalle, freie und überdachte Rennbahnen und organisierten Radrennen, bei denen es ihnen weniger auf die Person des Siegers als vielmehr darauf ankam, bessere Absatzmöglichkeiten für ihre Räder zu gewinnen.“ Die damit entstehende Konkurrenz verbesserte die Fabrikationstechniken und es „sanken die Preise von ihrer ursprünglichen Höhe, wodurch es wenigstens den besser bezahlten Arbeitern möglich wurde, sich in den Besitz eines Zweirades zu setzen.“

Im Jahr 1896 produzierten die Wanderer-Werke in Schönau bei Chemnitz bereits 200 000 Räder jährlich. Sie waren mit Speichenrädern, Trekkurbeln, Luftreifen und

Hinterrad-Kettenantrieb ausgerüstet. Die Fahrradproduktion innovierte mehrerer technische und technologische Verfahren. Schon 1908 richteten die Wanderer-Werke eine Automatendreherei ein, in der der Hebelkonus, der Walzenführungsring, der Bremskonus, der Festkonus, die Nebenhülse, der Laufring und die Tretlagerwelle gefertigt wurden - Erfindungen, die später die Automobilindustrie nutzte. Die Fahrradfertigung gab auch den Anstoß für eine selbständige Wälzlagerindustrie, Ausgangspunkt der Fertigung typischer Automatenteile.

Das Radfahren erforderte körperliche Anstrengung, trieb den Schweiß aus den Poren und galt daher, auch wenn einige Vergnügungen von Adel und Großbürgertum wie Reiten, Rudern, Jagen, Windhundrennen und das aufkommende Tennis die gleiche Wirkung hatten, als „proletarisch“. Und da nun auch Arbeiter mit dem Rad fuhren, ließen die besitzenden Bürger- und Kleinbürgerschichten von diesem Modesport ab. Er wurde alltäglich. Darum kam es auch erst im Sommer 1919, und hier unter dem Einfluß der „Lebensreformer“, zur ersten nationalen bürgerlichen Organisation, dem „Bund Deutscher Radfahrer“. Vorherige überregionale Vereinsformen meist bürgerlicher Radwanderer, der „Deutsche Radfahrerbund“ (1884) und der davon abgespaltete „Allgemeinen Radfahrer-Union“ umbenannt, blieben exklusive Zirkel von Bürgersöhnen. Standesdünkel und politische Vorbehalte verhinderten den Eintritt von Arbeitern oder führten zu deren Ausschluß.

So war der nationale Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ eine originäre Leistung der Arbeiterbewegung. Radfahren wurde besonders von Arbeitern geschätzt und vorwiegend Arbeiter traten dem Bund bei. So manches aus der Mode gekommene alte Fahrrad wurde nun verhökert und gelangte für billiges Geld in Arbeiterhände.

Noch waren Radsportveranstaltungen von bürgerlichen Geschäftskreisen organisiert, doch Lohnarbeiter fuhren auf der Straße, auf den Bohlen- oder Parkettbahnen als Professionelle um die Wette, führten Kunststücke vor, kamen zu Ruhm und zu einem damals noch geringen Entgelt. Den organisierten Radfahrern galt diese Art von Rennsport als „Klimbim“. Sie waren Tourenfahrer oder pflegten das Kunstradfahren.

Aus der sozialen Distanzierung gegenüber Bürgern und dem Kommerz erwuchs die politische. Auf dem Höhepunkt ihrer organisatorischen Formierung, die zugleich die engste Verbindung mit der Sozialdemokratie mit sich brachte, verstand sich der Arbeiter-Radfahrerbund sogar als „rote Kavallerie“ der Arbeiterbewegung. „Wenn Partei und Gewerkschaft die große, geschlossene Armee darstellen, die mit Infanterie und Artillerie vorwärts marschiert, dann sind sie auf ihren stählernen Rossen die roten Husaren des Klassenkampfes, die Aufklärungspatrouillen, die um das Heer herumschwärmen. Sie kommen auf eine Gelände, auf das die Hauptmacht nicht immer hinlangt, und sie arbeiten für die Hauptmacht, wenn sie einmal bei ihren Mitgliedern Klassenbewußtsein wecken, und dann, indem sie unmittelbar ihr Stahlroß in den Dienst der guten Sache stellen, indem sie hinausradeln auf das Land, wo noch Finsternis die Köpfe umhüllt, ... indem sie ... wie jüngst bei Straßendemonstrationen (sich) dem Meldedienst widmen.“

An den Vereinsabenden wurde geschult und sozialistische Literatur verteilt. Arbeiterradfahrer klebten Plakate, um die Sozialdemokratie im Wahlkampf zu unterstützen. Sie transportierten und verteilten Flugblätter und Zeitungen und fühlten sich als „Pioniere der Partei“, besonders auf ihren Fahrten in Landbezirke, wo sie

mitunter die ersten Sozialdemokraten waren, die in den Dörfern zu agitieren versuchten.

Zwischen dem ersten Aufruf im „Berliner Volksblatt“ 1893 und der Gründung des Bundes 1896 hatte ein Zeitraum intensiven Bemühens um die Schaffung einer nationalen Organisation proletarischer Radfahrer gelegen. Deren politische Orientierung war durch einige soziale Faktoren gefördert worden. Dazu zählte, daß erst die Konzentration der finanziellen Mittel es den Arbeitern ermöglichte, Räder und entsprechende Kleidung zu kaufen. Nur durch Bildung einer Massenorganisation ergaben sich die ökonomischen Voraussetzungen, genossenschaftlich betriebene Versandhäuser und eigene Produktionsstätten für Räder und Zubehör zu gründen und - wenn auch nur in geringem Maße - Versicherungsschutz zu gewähren. „Filialen“ an möglichst vielen Orten erlaubten längere Touren. Man schlief bei „Sportsgenossen“, in vermittelten Quartieren oder in Volkshäusern. Bei nötigen Reparaturen war schnell sachkundige und uneigennützte Hilfe erhältlich. Nach dem Vereinsgesetz bot nur der Zusammenschluß Steuerfreiheit; dann entfiel auch die Polizeiaufsicht.

Das offene Bekenntnis der Radfahrer zur Sozialdemokratie verstand sich für die Sozialdemokraten, die den Bund ins Leben gerufen hatten, von selbst. Ursprünglich wollten sie schon im Oktober 1893 in Leipzig einen „Sozialdemokratischen Radfahrerbund“ gründen, mußten aber erfahren, daß sie ihren Verein als „unpolitische Organisation“ zu deklarieren hatten, damit er zugelassen wurde. Nicht erst dieses Erlebnis der Radfahrer mit den sächsischen Behörden, liberaler zwar als die preußischen, hatte die Ausbildung eines nahezu stereotypen Verfahrens der Gründung und Anmeldung von proletarischen Massenorganisationen vor 1914 ebenso befördert, wie die Entwicklung einer proletarischen Vereinspolitik generell. (Das Wort „Massenorganisation“ war übrigens zu dieser Zeit noch unüblich.) Offiziell sah die deutsche Arbeiterbewegung in den Sport-, Bildung-, Gesangs-, Abstinenten-, Freidenker-, Stenographen- und anderen Vereinen „unpolitische Organisationen“, betrachtete sie aber inoffiziell als Einrichtungen der Partei, als „Vorfeldorganisationen“.

Bis das Prinzip der „unpolitischen Organisation in der Partei weitgehend gebilligt war - ein Prozeß, der sich über viele Jahre hinzog - hatten die Förderer der Vereine die „lose Organisation“ und das „Vertrauensmännersystem“ anzuwenden versucht. Das hatte sich in den Anfangszeiten der Partei- und Gewerkschaftsbewegung und besonders während des Sozialistengesetzes bewährt. Doch die Zeit hatte dieses Prinzip überholt. Inzwischen entfaltete sich ein breites bürgerliches Vereinswesen, das sich auch an Arbeiter richtete. Ebenso warben die Kirchen um Arbeiter. Die gesetzlichen Grundlagen waren nach der Jahrhundertwende liberaler und vor allem überschaubarer geworden, so daß jede lockere Organisationsform sich als ungeeignet erwies, Arbeiter dauerhaft zu interessieren und zu binden.

Eine lose Organisation konnte nicht solche Vorteile und Angebote bieten wie die Vereine. Das „Übel an der Wurzel anfassen“ hieß, so kurz vor Gründung des Bundes in einem Artikel der Zeitung „Der Arbeiter-Radfahrer“ (April 1896), „eine geschlossene Zentralisation zu erreichen suchen. Dann aber müssen wir den Passus unseres Programms „Hauptsächlicher Zweck der Organisation ist die politische Agitation“ gänzlich fallen lassen, um nicht mit den hemmenden Vereinsgesetzen in Konflikt zu geraten. Und was wäre dabei schlimmes? Die Partei würde nichts dabei

einbüßen; die radfahrenden Genossen, welche bis jetzt als solche ihre Schuldigkeit getan haben, die werden auch nachher, ob der hemmende Passus im Programm steht oder nicht, ihre Pflicht tun, sonst wären sie keine Genossen“.

Als dann am 24. und 25. Mai 1896 in Offenburg a. M. der ARB „Solidarität“ gegründet wurde, versammelten sich 12 Delegierte, um 467 Mitglieder aus 18 Orten zu vertreten. Wie die gesamte Arbeiterbewegung, so begannen auch die Arbeiter-Radfahrer ihr Wirken als Sekte - und entwickelten sich in nur anderthalb Jahrzehnten zu einer Massenorganisation.

/1/ Handbuch für Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“, Offenbach 1908, S. 6.

/2/ Ebenda, S. 16.

/3/ Theorie und Praxis der Körperkultur, 1965, H. 3, S. 200/201

/4/ Georg Dorf Müller: Der Radsport im Saale, Offenbach 1925, S. 5.

/5/ Der Arbeiterradfahrer, 15. August 1910.

/6/ Handbuch für Mitglieder des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“, S. 15.

MINIATUR 10 [„Neues zu hören, trieb mich.“ Zur Versammlungskultur in der Sozialdemokratie.](#)

Die Regeln des proletarischen Versammlungslebens gaben der Organisationskultur der deutschen Arbeiterbewegung ein spezifisches Gepräge. Genormte Tagesordnung und fester Ritus des Antragstellers stifteten dauerhafte Gemeinsamkeit. Zufälliges wurde weitgehend ausgegrenzt. Nicht Schreier, Vielversprecher, Anbieterer und Abenteuer bestimmten den Gang der Dinge, sondern Argumentierer und Organisatoren. Es genügte nicht, folgenlose Klagen, Proteste oder Wünsche vorzutragen. Für alle Mitglieder begreifliche und einsichtige Vorschläge mußten geduldig ausgebreitet und angehört werden. Die sozialdemokratische Kultur der Meinungsbildung und des Zusammenhalts ging aus einer ganzen Reihe von sozialen Bedingungen und Verläufen historisch hervor. Schon in der Arbeiterverbrüderung von 1848 wurden drei Angebote formuliert, die Vereine auch in der Folgezeit offerieren mußten, um Arbeiter als Mitglieder beständig zu binden. Zum einen mußten die Vereine praktische Lebenshilfe leisten. Das bedeutete zu dieser Zeit: „Unterricht in Mathematik und Rechnen, der deutschen Sprache, fremden Sprachen, namentlich der französischen und englischen, Zeichnen und Modellieren, Gesangs- und Dichterkenntnis.“

Weiter hatten die Vereine, solange nicht Zeitungen diese Aufgabe übernahmen, die Funktion einer Nachrichtenbörse. Hier erfuhren Arbeiter das Neueste für ihren Beruf, über den Arbeitsmarkt und zu Politik. In den Versammlungen gab es „Mitteilungen über Erfindungen, Vervollkommnungen, Handgriffe etc. in Gewerben ...

Zur Hebung der Sittlichkeit wurden Besprechungen über Vorträge und andere Gegenständen (hierzu ein Fragekasten)“ abgehalten. Schließlich bedurfte es des Einschlusses dieser Dienste in die Freizeitgeselligkeit, um von Arbeitern angenommen zu werden. So wurde „Gesang (gemeinsames Liederbuch), gesellige Unterhaltung und gemeinsame Vergnügungen empfohlen“.

Auch nach der Jahrhundertwende als die Sozialdemokratie als proletarische Organisation voll ausgebildet war, ging zum Beispiel der Arbeiter Heinrich Georg Dikreiter zu den Vereinsabenden, weil er dort Informationen bekam und Geselligkeit fand. „In den Versammlungen des Wahlvereins, die damals alle 14 Tage stattfanden, war ich ein regelmäßiger Gast. Der Drang, zu lernen, Neues zu hören, trieb mich überall hin, wo eine sozialdemokratische Versammlung angekündigt wurde.“

Es war zu dieser Zeit bereits nicht mehr üblich, in den Versammlungen spezielle Redeübungen zu veranstalten. Die Argumentationsfähigkeit der Arbeiter genügte, Anliegen verständlich vorzutragen. Bestimmte Regeln garantierten zudem, daß zu Wort kam, wer es wollte. Zu Beginn des proletarischen Vereinswesens waren „allwöchentlich einmal Redeübungen veranstaltet (worden), welche den Mitgliedern Gelegenheit geben sollten, sich mündlich richtig auszudrücken und die Scheu vor öffentlichen Reden überwinden zu lernen. Zu diesem Zwecke diente die Erörterung von Fragen, die jedes Mitglied nach Belieben aufwerfen konnte.“ In diesen Redeübungen erörterten Arbeiter die Umstände ihres Lebens. Sie dienten auch dazu, die eigene Lage zu erkennen und sich zu ihr ins Verhältnis zu setzen. So wurde diskutiert: „Was ist vom Wandern zu halten? Ist und wie ist dem Pauperismus abzuhelpen? Ist Politik verboten? Worin besteht die bürgerliche Freiheit? Worin besteht der Unterschied zwischen Gesetz und Pflicht? Was ist das ewige Leben? u.a.m.“

Es gehört zu den Leistungen der deutschen Arbeiterbewegung, sich die nationalen Traditionen der Handwerker- und bürgerlichen Versammlungskultur angeeignet und diese den Bedingungen proletarischer Organisation angepaßt zu haben. Dazu zählten die Art und Weise, Versammlungen und Verhandlungen sicher und nach festen Regeln durchzuführen, in freier und offener Abstimmung Vorstände und Präsidien zu wählen und diese mit genau festgelegten Rechten und Pflichten auszustatten. Die relativ hohe Bildung der ersten Organisatoren, die meist Gesellen waren, gestattete eine genaue Rechnungs- und Buchführung sowie das Protokollieren. Schriftführer, Kassierer und auch Bibliothekare kamen somit frühzeitig aus der sich konstituierenden Arbeiterklasse selbst. In der Mehrzahl waren es bis in die achtziger Jahre hinein proletarisierte Handwerker, zumeist Zigarrenarbeiter, Buchdrucker, Schneider und Tischler - durch die industrielle Massenproduktion oft arbeitslos -, die in der jungen Arbeiterbewegung Funktionen übernahmen und so auch wieder zu Lohn und Brot kamen. Sie wußten aus der Zunftvergangenheit ihrer Gewerke, was Selbstverwaltung und Vertretung durch gewählte Körperschaften bedeuteten. Bestechung und Unterschlagung, auch dies gehörte zu den erlernten Normen, brachte Ehrverlust und machte jeden Betrüger in ihrer Gemeinschaft geradezu „vogelfrei“. Aber auch Parlament und Beamtentum, Demokratie und Pflichterfüllung - ideal gedacht - zählten zu den übernommenen Mustern und Werten.

Als charakteristisch für die deutsche Arbeiterbewegung kann ein konsequenter Demokratismus gelten. Dadurch gelang es, die vielen Einzelwünsche zu koordinieren, zu kanalisieren und als gebündelten Gesamtwillen der Organisation

nach außen wie innen wirken zu lassen. Demokratisch und zentralistisch, so die Erfahrung, sollte und mußte proletarische Organisation sein, um die Ansprüche und Forderungen der Arbeiter wirksam geltend zu machen. Als die Sozialdemokratie 1913 über eine Million Mitglieder zählte, hatte sie ein kompliziertes System der Unter-, Über- und Zuordnung ihrer Mitglieder und Funktionäre, Landesverbände, Wahlbezirksorganisationen, Vereine und Zahlstellen ausgebildet. Bei allen inhaltlichen Veränderungen, bedingt durch die wachsende politische Reife der Mitglieder, die Vereinsgesetzgebung, den Institutionalisierungsprozeß und andere Faktoren, blieben aber doch im Organisationsalltag an der Basis, den Zahlstellen und Vereinen, annähernd gleiche Grundmuster wirksam wie an den Anfängen der Arbeiterbewegung.

Das ausgebildete Grundmuster des Versammlungsablaufs ist in der Tagesordnung eines Arbeiterbildungsvereins von 1864 in Luckenwalde ablesbar: „einleitender Gesang, Vorlesung des letzten Sitzungsberichtes, Vorlesung der Wochenschau der letzten 'Handwerker-Zeitung', Vorträge und Besprechungen, Erledigung des Fragekastens, Schlußgesang; auch die Pausen werden durch Gesang ausgefüllt.“

Der Ablauf von Arbeiterversammlungen wurde frühzeitig ritualisiert. Manchmal fiel der einleitende Gesang weg - oder der Chor sang vor. Mit Zunahme der Lesefähigkeit der Arbeiter mußte ihnen nicht mehr vorgelesen werden. Sonst blieb der Verlauf konstant: Bericht, Vortrag, Diskussion, Aufgabenverteilung, Fragekasten. Diese Tagesordnung erwies sich als effektiv. Sie schuf eine gesonderte Öffentlichkeit der Organisierten innerhalb des Kneipenpublikums - häufig auch räumlich gesondert durch das spezielle Vereinszimmer. Der normierte zeitliche Ablauf, gemeinsam mit Statut und Geschäftsordnung des Vereins, unterschied den Vereinsabend vom einfachen Bierausschank, der üblichsten Form des gemeinschaftlichen proletarischen Vergnügens.

Schon in den frühen Arbeitervereinen hatten ausgewählte Mitglieder als Ordner für einen disziplinierten Ablauf der Versammlungen gesorgt. Sie waren verantwortlich für die Kontrolle am Eingang, die Auslegung des Fremdenbuches, die Überwachung des Inventars und die Schlichtung von Streitigkeiten durch Ordnungsrufe und -verweise. So bildeten sich allmählich Verhaltensweisen aus, die den Organisationen innere Stabilität verliehen. Das galt auch für Abstimmungen, Anfangs wurde noch experimentiert, manchmal mit der Demokratie geradezu gespielt: Abstimmung mittels verschiedenfarbiger Kugeln, Abgabe von Stimmzetteln, Erheben vom Sitz. Mit der Zeit begann die offene Willenskundgebung, die erhobene Hand, zu dominieren. Man wollte wissen, wer wie stimmte, woran man bei diesem oder jenem war. Der freien Aussprache folgte die von allen sichtbare und nachkontrollierbare Entscheidung. Die Zufälligkeiten und persönlichen Reibereien, wie sie bei Wahlen in bürgerlichen Vereinen üblich waren, sollten damit ausgeschlossen werden.

Anders gestaltete sich die Entscheidungsfindung an der Spitze der Partei und der Gewerkschaften. Auf den ersten Parteitagungen oder -konferenzen kannten sich die wenigen Delegierten meist persönlich. Man stimmte noch ab wie im kleinen Verein, nämlich offen. Die großen Parteitage jedoch, wie der von 1911 mit fast 400 Delegierten und zahlreichen Gästen, galten als „Parlamente der Arbeiterklasse“. Hier vertrat der einzelne Delegierte nicht mehr sich selbst, sondern einen Wahlverein von 10 bis 20 Mitgliedern oder einen ganzen Bezirk, wo er die Mitglieder höchstens dem Namen nach oder aus einem Schriftwechsel kannte. Nun war er Inhaber eines

Mandats und repräsentierte den - nicht immer einheitlichen - Willen seiner Genossen. Wie die Parteitageprotokolle zeigen, stieg zudem die Zahl der schriftlichen persönlichen oder kollektiven Anträge und Beschlußvorschläge von Jahr zu Jahr. Nach offener und freier Aussprache mußte hier der geheime Stimmzettel über die Richtung entscheiden, die die gesamte Organisation zu gehen gewillt war und welche Kader sie führen sollten. Die Wahlen wurden zu einer Art Barometer der Einheit, zu einer Waage der Standpunkte. War der Beschluß gefaßt, galt er als verbindlich auch für die Minderheit. Letztere Regel galt zwar auch an der „Basis“, doch wirkten hier auch andere Gebräuche. Diese waren eben abhängig von den Gruppennormen des jeweiligen Vereins, seiner sozialen Struktur und besonders davon, daß jede Versammlung zugleich Bierabend war. Einem Stammtisch oft ähnlicher als einer Versammlung abstinenter und geschulter Funktionäre, geriet so manche Diskussion in einen regelrechten Schlagabtausch der Meinungen der „Alten“ und „Jungen“, der Gelernten und Ungelernten, der verschiedenen Gewerke.

Arbeiter und Organisatoren entwickelten auf Vereins- wie auf Parteitageebene „das Bestreben, möglichst vielen Mietgliederversammlungen einen edleren Charakter zu geben“. Um den offiziellen Teil des Vereinsabends vom Bierabend zu sondern, „fügte man der Tagesordnung die Behandlung von Beschwerden aus dem Arbeitsverhältnis ein, und suchte womöglich die Verhandlungen auch durch einen Vortrag aufzuputzen“. So löste sich die Versammlung aus der Kneipengeselligkeit. Sie abzuhalten wurde so sehr Brauch, daß lieber improvisiert wurde, als die Beratung ausfallen zu lassen. Man kam nun auch ohne aktuellen Anlaß und nicht nur des Bieres wegen. „Fehlte es an Vortragenden, so kam es nicht selten vor, daß ein Mitglied etwas vorlas, meist aus Zeitungen und Zeitschriften, was dann Veranlassung zur Diskussion geben konnte.“

Es war besonders der Fragekasten, der dazu beitrug, spontan Meinungs austausch zu institutionalisieren, bestimmten Regeln zu unterwerfen. Es handelte sich hier meist um einen einfachen Holzbehälter, der im Vereinslokal angebracht war. Jeder Teilnehmer der Versammlung hatte das Recht, anonym Fragen zu stellen, und der Vorstand hatte die Pflicht, zu antworten. Der Vorsitzende entnahm vor oder während der Versammlung die Zettel. Auch mündlich konnte gefragt werden. „Daß man sich in diesen Debatten mitunter tüchtig in die Haare fuhr, daß eine Reihe verschiedener Ansichten aufeinander platzten, ist ebenfalls und zwar darum besonders erwähnenswert, weil im Gegensatz dazu in großen Versammlungen mit ihren Gegnern unter den Sozialdemokraten immer die geschlossenste Einheit an den Tag gelegt zu werden pflegt“, schrieb der Pfarrer und spätere Sozialdemokrat Paul Göhre. In Bezug auf den Fragekasten schilderte er, daß die Mitglieder hier nach einer „Aufklärung über einen in der Debatte berührten Punkt, über ein Fremdwort oder über eine in der Zeitung gefundene und nicht verstandene Notiz heischten. Meist waren die Antworten ... leidlich zutreffen, manchmal aber auch ... nur dürftig oder gar falsch. Aber sie wurden alle mit der siegesgewissen Sicherheit gegeben, die immer dem Halbgebildeten, an seine Sache oder sich selbst glaubenden eigen ist.“ Urteilte Göhre auch geringschätzig und mit dem Habitus des Studierten über das Versammlungsleben der Arbeiter - den komplizierten Prozeß der Meinungsbildung beschrieb er dennoch genau.

Nach der Jahrhundertwende existierte die Institution des Fragekastens zwar weiter, verlor jedoch allmählich an Bedeutung. Das Bildungsniveau der Arbeiter stieg. Bildungsvereine und später Bildungsausschüsse entwickelten sich zu einer

selbständigen Form der Wissensvermittlung, und auch in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wurden neue und andere Formen ausgebildet. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Arbeitersekretariate.

Die Formalisierung der Versammlungen hob die Tätigkeit in den Organisationen vom Alltag der Arbeiter weitgehend ab. „Seit 1902 etwa hörte die Fragerei - sei es über den Fragekasten, sei es direkt in mündlicher Form - mehr oder weniger auf ... Es kann ferner davon ausgegangen werden, daß mit Beendigung der Fragerei in internen Parteiversammlungen sich die zunächst offenbar bestehende, wenn auch dünne Verflechtung von lebensgeschichtlichen Alltagserfahrungen bzw. Problemen proletarischer Existenz mit dem Parteialltag auflöste ... Ein Irrtum wäre es allerdings, annehmen zu wollen, daß den Mitgliedern dieser Versammlungsstil aufgezwungen worden sei. Schon 1899 wurde ... festgestellt, daß der Fragekasten kein allzugroßes Interesse bei den Mitgliedern fände ... und die Anzahl der eingeworfenen Fragezettel hielt sich tatsächlich in Grenzen ... So unterlag die Mitgliederöffentlichkeit einer Entwicklung, die von keinem bedauert wurde. Immer mehr disziplinierten die Mitglieder sich selbst in der Hoffnung, sich dadurch bei der Außenwelt und in der Gesamtpartei mehr Achtung verschaffen zu können.“

Wie der Fragekasten als Teil der Tagesordnung formalisiert wurde, so auch die Tagesordnung generell. Bei „normalen“ Zahlabenden bildete über Jahrzehnte hinweg eine nahezu konstante Tagesordnung den strukturellen Rahmen, in den sich Agitation und Unterhaltung, Parteiversammlung und Bierabend verknüpften. Erst eine stereotype Tagesordnung, verbunden mit der durch das Bierlokal gesetzten Öffentlichkeit, gestattete das rasche Erlernen der in größer werdenden Organisationen nötigen Form und Muster, in denen Wünsche und Beschwerden vorgebracht, Standpunkte in der Organisation ausgebildet und das Handeln als „geschlossene Formation“ gesichert wurde.

„Der Ablauf der Sitzungen erfolgte nach den Vereinsstatuten. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und verkündete die Tagesordnungspunkte ..., die daraufhin der Reihe nach abgehandelt wurden. Am Ende schloß er die Sitzung nicht selten mit einem Kampfesruf. Anfangs waren die Mitglieder mit den Vereinsstatuten noch nicht gänzlich vertraut ... Doch mit der Zeit lernten auch sie es, mit den Verkehrsformen ... umzugehen. Nur so konnte man Eingriffen des wachhabenden Polizisten entgehen. Im übrigen kam wohl ein geregelter Ablauf der Versammlungen dem Wunsche der Anwesenden insoweit entgegen, als diese durchaus Wert darauf legten, daß ihre Parteiversammlungen sich von Wirtshausstreifen auch der Form nach unterscheiden sollten. Vor allem die Rednerliste sollte die Schwächeren schützen und sie zu Wort kommen lassen, was am Stammtisch nicht immer der Falle war.“

Man traf sich anfangs wöchentlich, dann alle 14 Tage. Einige Mitglieder plädierten für ein häufigeres Zusammenkommen. Bei manchem war dabei das Bedürfnis vorrangig, eine Gemeinschaft außerhalb der Familie und der Fabrik zu finden. Die politische Motivation war oft eine Folge davon. Später, parallel zur Formalisierung des Versammlungsablaufes und zur Verbesserung der Wohnsituation und der Freizeitangebote vieler organisierter Arbeiter, sank die Zahl der Versammlungen auf eine im Monat - eingeschlossen eine Sommerpause von ein bis zwei Monaten. Auch fanden jetzt die Versammlungen nicht mehr grundsätzlich Samstags statt. Das war nur möglich bei verkürztem „Normalarbeitstag“ - und wurde notwendig, weil viele Arbeiter an den Wochenenden ihre Freizeit privat gestalteten, in oder mit der Familie verbrachten oder auch die Freizeitangebote der Kulturorganisationen nutzten.

Politische Organisationsarbeit mußte sich darauf einstellen. Viele Funktionäre begannen, das Privatleben der Arbeiter als „Störfaktor“ zu betrachten. Der politischen Bewegung erwuchs die Aufgabe, nach Formen zu suchen, wie sie an die „indifferenten Massen“ herankommen könnte. Sie fand sie vor allem in den eigenen Freizeitvereinen.

/1/ Hermann Brämer: Die Handwerker-, Arbeiter- und ähnliche Vereine in Preußen. In: Der Arbeiterfreund, (Berlin) 1866, H. 4, S. 49/50.

/2/ Heinrich Georg Dikreiter: Vom Waisenhaus zur Fabrik, Berlin 1914, S. 182.

/3/ Georg Adler: Die Geschichte der ersten Sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland ..., Breslau 1883, S. 129.

/4/ Der Arbeiterfreund, 1866, H. 4, S. 246.

/5/ Siegfried Nestriepke: Werben und Werden, Nürnberg 1914, S. 84/85

/6/ Paul Göhre: Drei Monate als Fabrikarbeiter und Handwerksbursche, Leipzig 1891, S. 91

/7/ Adelheid von Saldern: Auf dem Wege zum Arbeiter-Reformismus, Frankfurt (Main) 1984, S. 173.

/8/ Ebenda, S. 165.

MINIATUR 11 „Tempel der öffentlichen Betätigung.“ Die proletarischen Volkshäuser zwischen Ideal und Wirklichkeit.

Die „klassische“ Organisation der Arbeiter wurzelte in der Lebensweise. Die um die Jahrhundertwende einsetzenden Veränderungen in den Lebensbedingungen förderten dagegen die Privatheit. Arbeiter besaßen Familie, Wohnung und Heimat. Die politische Arbeiterbewegung suchte nach Alternativen, die proletarischen Organisationen auch unter den neuen Umständen zu erhalten und auszubauen. Für Kulturarbeiter der Sozialdemokratie stellte sich die Frage so: Welche Angebote waren für Arbeiter attraktiv genug, sie aus isolierender Privatheit in den Wohnungen in die Öffentlichkeit zu holen, ohne sie der reinen Wirtshausgeselligkeit zu überlassen?

Die Suche nach engeren Verbindungen zwischen Organisation und Alltag, Erholung und Versammlung, Beratung und Behaglichkeit beförderte die Idee des Volks- und Gewerkschaftshauses. Hinzu kam die Notwendigkeit, den größer gewordenen Apparat der Arbeiterbewegung angemessen unterzubringen. Der Dessauer Sozialdemokrat Heinrich Peus war einer der eifrigsten Befürworter und Förderer eigener Häuser der Arbeiterbewegung. Dabei hatte er auch die Traditionen der Gesellenherbergen und Speiseanstalten im Auge. Nach seiner Überzeugung mußte der Arbeiter „ein Mensch für die Öffentlichkeit“ bleiben. Nur dadurch höre er auf, „nur

Arbeiter zu sein; er wird Genosse und Bürger, ein größerer und wertvollerer Mensch, er lernt Handeln im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt“.

Peus' Konzept empfahl Arbeitern das Volkshaus. Dieses sei „für den modernen Arbeiter der Tempel seiner öffentlichen Betätigung. Bis jetzt waren in unseren Städten und Dörfern die Kirchen, die Bet- und Predigthäuser, die hervorragendsten Gebäude, in Zukunft werden es die in ihrer Bedeutung über die Kirchen weit hervorragenden Volkshäuser sein“. Peus wollte auch ein Gegengewicht zu den Kneipen schaffen, ohne der politischen Arbeiterbewegung die Orte ihrer Organisation zu nehmen. Zudem dachte er als Genossenschafter und sah das Bier- und Schnapskapital, den kommerzialisierten Freizeitmarkt überhaupt, als Konkurrenten.

Die Arbeiterorganisationen hatten in den Kneipen und deren Hinterzimmern eine zunächst ausreichende Zahl allgemein zugängiger „Lokalitäten“ gefunden. Die Festigung der politischen Organisation jedoch, die wachsende Zahl der Funktionäre, Berichte, Statistiken, Agitationsmaterialien und sonstigen Unterlagen, die Sitzungen der verschiedenen Gremien und der steigende Verwaltungsaufwand erforderten den Auszug zumindest der leitenden Institutionen aus den Kneipen, eine Abschirmung von der Öffentlichkeit der Kneipen mit ihrem ständigen Kommen und Gehen der Gäste und Kellner. Um den Anforderungen einer organisierten Arbeiterbewegung auch rein räumlich genügen zu können, griff die deutsche Arbeiterbewegung nach dem Fall des Sozialistengesetzes auf die Tradition der Gesellenherbergen zurück und ergänzte sie durch Übernahme englischer Erfahrungen. Im Mutterland des klassischen Kapitalismus hatten die Arbeiter „Arbeiterklubs“ gegründet, in denen der Arbeiter „Herr des Hauses“ war und wo er „mit seinen Genossen zusammenkommen und sich besprechen“ konnte. Hier durfte ihm „niemand etwas drein ... reden“.

1848 gründeten Mitglieder des Leipziger Arbeitervereins in einer Gasse, „Am Peterschießgraben“ genannt, eine gemeinschaftliche Wirtschafts- und Speiseanstalt. Die Idee dazu entstammte weitgehend der englischen Genossenschaftsbewegung, soweit sie mit dem Chartismus verbunden war, sowie der deutschen Arbeiter-Verbrüderung. Die Einrichtung sollte auch als Ort gewerblicher und allgemeiner Bildung dienen. 1854 fielen Wirtschaft und Bildungseinrichtung einem Verbot durch die Regierung zum Opfer.

Das Berliner Handwerker-Vereinshaus war nicht als Volkshaus gegründet, wirkte jedoch später als solches. Im Juli 1864 hatte der Berliner Handwerkerverein auf dem Grundstück Sophienstraße 15 ein erstes Vereinshaus bezogen. Im November 1905 siedelten die Organisation und die ihr angeschlossenen Einrichtungen in einen Neubau in der Sophienstraße 18 um (wo das Gebäude noch heute steht). Über dem Eingangstor symbolisierte ein steinernes Medaillon, den Hand- und Bruderschlag der Gesellen darstellend, die Ideen der Arbeiterverbrüderung und was davon in die sozialdemokratische Bewegung tradiert war. Das Gebäude war einer der Sammelpunkte der Berliner Arbeiterschaft. „Das erste Haus mit Unterrichtsräumen, Lesesaal, Saal für 2000 Personen, Bibliothek, Kegelbahn und Restauration diente der Bildungs- und Versammlungsarbeit. Zum Beispiel fanden 1864 314 Vorträge statt. Es gab Massenveranstaltungen und einfache Biertisch-Geselligkeit. Es gab einen Zettelkasten, in dem Fragen deponiert werden, und die Pflicht des Vorsitzenden, ihre Beantwortung zu sichern. Die schnell angewachsene Bibliothek zählte 10 000 Bände, und über 20 Tageszeitungen wurden gehalten. In diesem Haus waren Paul Singer, August Bebel und Wilhelm Liebknecht aufgetreten, und am 15.

12. 1874 fand die erste gemeinsame Vereinigungsversammlung der Eisenacher und Lassalleaner statt.“

1875 versuchten Arbeiter in Chemnitz-Kappel eine alte Zunfttherberge als Gewerkschaftshaus einzurichten. Aus dem Lokal „Weißer Adler“ (dem heutigen Klubhaus „Fritz Heckert“) wurde eine Arbeiterherberge, verbunden mit einem Arbeitsnachweisbüro. Derartige Einrichtungen befanden sich auch späterhin - und 1914 besaß die deutsche Arbeiterbewegung 76 Häuser der Freien Gewerkschaften - in nahezu allen Volkshäusern. Das Leipziger Volkshaus, 1906 erbaut, zählte 1910 nahezu 80 Übernachtungen pro Tag. Es betrieb eine eigene Fleischerei, Bäckerei, Wäscherei, einen Weinkeller sowie Keltereien am Rhein und an der Mosel und beschäftigte zu dieser Zeit etwa 50 Personen. Aber viele Arbeiter waren darüber hinaus „ehrenamtlich“ tätig oder wurden von ihren Organisationen bezahlt. Anders wäre der Unterhalt der Büros und Auskunftsstellen, der Bibliothek und des Lesesaals, der Unterrichts- und Veranstaltungsräume, der Kegelbahn und des Gartens, des Hotels und der Restauration nicht möglich gewesen.

Fast alle organisierte Kulturarbeit der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 geschah „ehrenamtlich“, neben dem Beruf, der Familie und den Nöten, die das Arbeiterleben mit sich brachte. Politische Funktionäre sahen deshalb, wie Clara Zetkin 1911 formulierte, in den Gewerkschafts-, Volks- und Geschäftshäusern der Arbeiterbewegung Einrichtungen „des kämpfenden Proletariats ..., in denen sich ein wichtiger Teil seines geschichtlichen Lebens abspielt, die den Zwecken seiner Organisation dienen und seine Versammlungen aufnehmen“. Doch wurde die Bedeutung der eigenen Häuser für den kulturellen Aufstieg des Proletariats häufig überschätzt - zum einen in ihrer möglichen Zahl und zum anderen in ihrer Wirksamkeit, besonders hinsichtlich allgemeiner und speziell künstlerischer Bildung. Die Häuser gestatteten zwar ein weitgehend „kommerzfreies“ geselliges Leben und den Besuch künstlerischer Veranstaltungen, doch in der harten Konkurrenz mit dem Angebot des entstehenden Freizeitmarktes und den zahlreichen Einrichtungen von Kirchen, „Volkswohl“-Vereinen und anderen Organisationen bildete jedes „Verkehrslokal der modernen Arbeiterbewegung“ nur eine Art Insel eigenen Kommunikation. Jeder Bau kostete die Arbeiter direkt und über ihre Organisationen indirekt viel Geld. Besonders hoch waren die Grundstückspreise. Lediglich die Baukosten konnten durch freiwillige Mitarbeit vieler Gewerke gemindert werden. Nur so gelang es, weitgehend „frei von Kapitalabhängigkeit“ (Peus) zu operieren. Die Selbstfinanzierung hatte viele Formen. In manchen Städten und Gemeinden erlegten sich die Arbeiter monatliche Extrabeiträge zwischen 10 und 50 Pfennig auf, um auf die für den Bau und die Einrichtung nötigen 40 000 bis 100 000 Mark zu kommen. Andernorts erwarben Arbeiter oder Vereine Anteilscheine, und das eigene Haus hatte die Rechtsform einer Genossenschaft oder einer e.G.m.b.H. (eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung, das heißt: bei Pleite gab es keine Entschädigung in Höhe der Anteile). So sah die Satzung des Gewerkschaftshauses München, einer e.G.m.b.H., vor: je 10 000 Mark eine Stimme im Vorstand, bei 50 000 Mark Zusteuer und darüber, nicht mehr als 3 Stimmen. Diese Form ermöglichte es, ein Übergewicht „starker“, „reicher“ Organisationen in der Geschäftspolitik auszuschließen.

Wegen der enormen Kosten mußte seitens der Führungen von Gewerkschaften und Partei immer wieder vor voreiligen Gründungen gewarnt werden. (Die Zahl der gescheiterten Unternehmen ist nicht bekannt.) Außerdem waren die e.G.m.b.H. wie

die Genossenschaften den Gesetzen des kapitalistischen Marktes unterworfen und in dieser Hinsicht keineswegs „Inseln“, sondern rein Wirtschaftliche Unternehmen.

Volkshäuser arbeiteten teilweise wie normale Aktiengesellschaften. Das wurde in der Weimarer Republik auch ihre hauptsächliche Eigentumsform. Sie forderten Miete, wenn Freizeitvereine die Räumlichkeiten nutzen wollten. So bestimmten die Leiter der Gewerkschaftshäuser auf einer Konferenz, daß „für die Benutzung der Säle eine bare Miete gezahlt wird und daß die indirekte Entschädigung durch den Verzehr von Getränken fortfällt. Wo die Erhebung von Miete nicht möglich ist, ist ein direkter Beitrag der Gewerkschaften und der Partei zur Erhaltung des Gewerkschaftshauses zu verlangen“.

Ausnahmen bildeten solche Häuser, wo Vereine Genossenschafter oder Aktionäre waren. Dann bestimmte die Satzung bei der Ausschreibung als Zweck des Baus: „Errichtung und Unterhaltung eines Hauses, in welchem die Geschäftsräume der Münchener freien Gewerkschaften, des Arbeiter-Bildungsvereines 'Vorwärts' und ähnlicher Körperschaften Aufnahme finden.“

Doch die kapitalistischen Marktgesetze verhinderten auf die Dauer ein alternatives Wirtschaften und bestrafte solche Versuche ökonomisch. Die organisationseigenen Einrichtungen und Geschäfte boten ihren Arbeitern und Angestellten Bedingungen, wie sie anderswo nicht zu haben waren, aber den gesellschaftspolitischen gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterbewegung entsprachen: höhere Löhne als im Gewerbe orts- oder branchenüblich, Urlaub (vor 1914 generell eine Ausnahme), und vor allem - Acht-Stunden-Tag.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen unterbreitete 1902 auf dem vierten Gewerkschaftskongreß folgende Forderungen: „Wir verlangen deshalb für alle Angestellten der Gewerkschaftshäuser: 1. einen aller acht Tage wiederkehrenden Ruhetag von 36 Stunden; 2. eine Minimalruhezeit von neun Stunden; 3. möglichsten Fortfall des Trinkgeldbittels und Ersatz desselben durch feste Gehälter.“ Der Vorstand versprach, sich diesen gerechten Forderungen nicht zu verschließen. In ihren eigenen Einrichtungen mußten die Gewerkschaften eben Vorbild sein. Das erhöhte die Geschäftskosten beträchtlich. Und so mußte für die Säle gezahlt werden. Auch in organisationseigenen Einrichtungen gab es nichts umsonst. Und am Umsatz, das heißt am Verzehr von Speisen und Getränken während der Sitzungen der Vereine bestand ein großes Interesse. Dies hinwiederum widersprach den Vorstellungen vieler Kulturarbeiter, die abstinent lebten. Verbreitet war eine idealisierende Sicht auf die Volkshäuser. Euphorisch wurden in ihnen die zukünftigen Stätten einer „wirklichen“ proletarischen Bildung, Kunst und Geselligkeit gesehen. Das Volkshaus sollte dem Arbeiter Kirche und Kneipe und in mancher Augen auch Wohnung und Familienleben ersetzen. Deshalb sollte der kulturellen Macht der Arbeiterbewegung durch reiche Ausstattung Ausdruck verliehen werden - wahre „Kulturpaläste“ sollten diese Häuser sein. Einige von ihnen, besonders das der Holzarbeiter in Berlin (heute Sitz der Gewerkschaft Kunst am Märkischen Ufer), kamen in Bau und Ausstattung dieser Programmatik nahe: „Seine Säle seine ein Muster von Solidität und Eleganz! Jedes Bild, das eine Wand schmückt, sei ein schönes Kunstwerk! Man dulde keine häßlichen Plakate, am wenigsten solche geschäftlichen Charakters. Das Volkshaus soll auf Schritt und Tritt die Seele seiner Besucher den Idealen zuwenden, die das menschliche Gemeinschaftsleben adeln.“ Diesen Idealen gemäß hatte die Kulturarbeit in den Volkshäusern „rein“, das hieß

„kommerzfrei“ zu sein. Fragen der Rentabilität und der Löhne, die 1909 Vertreter von Gewerkschaftshäusern zu einer Konferenz nach Berlin zusammenriefen, behinderten demgegenüber keineswegs die Organisation eines anspruchsvollen, den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechendes Kulturangebot. Besonders Feste, Feiern, Kommerse und Vorführungen zogen viele Arbeiter an, erhöhten den Umsatz und erlaubten die Finanzierung künstlerisch anspruchsvoller Programme. So fanden in den proletarischen Volkshäusern sowohl Gewerkschafts- und Stiftungsfest, Maifeiern, Kinder-, Frühlings-, Sommer-, Herbst-, Winter-, Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiern sowie Tanzvergnügungen statt, und ebenso Vorträge, Jugendweihen, Namensgebungen, Musik-, Kunst- und Theaterabende, Blasorchester- wie Kammerkonzerte. Das breit gefächerte Kulturangebot trug viel zur Massenwirksamkeit der Arbeiterorganisationen bei.

/1/ Heinrich Peus: Das Volkshaus, wie es sein sollte, Berlin 1913, S. 6.

/2/ Karl Kautsky: Der Alkoholismus und seine Bekämpfung. In: Die Neue Zeit, 1890/91, 2. Bd., Nr. 30, S. 107.

/3/ Clara Zetkin: Kunst und Proletariat, Berlin 1979, S. 195/196.

/4/ Satzung des Vereins Münchener Gewerkschaftshaus vom 9. August 1911, München 1911, S. 10.

/5/ Protokoll der Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu München vom 22. bis 27. Juni 1914, Berlin 1914, S. 24.

/6/ Satzung des Vereins Münchener Gewerkschaftshaus, _ 2.

/7/ Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, Dresden 1916, S. 161.

/8/ Heinrich Peus: Das Volkshaus, wie es sein sollte, S. 13.

MINIATUR 12 [„Den Kampfplan zu beraten ..., seid uns begrüßt.“ Ausgestaltung sozialdemokratischer Parteitage.](#)

Die deutsche Sozialdemokratie gab ihrem Erstarken äußeren Ausdruck. Das Versammlungsleben der Zahlabende löste sich vom unverbindlichen Bierabend. Auch die Parteitage bekamen einen anderen Charakter. Aus geselligen Zusammenkünften von wenigen Abgesandten einer überschaubaren Mitgliedschaft wurden offizielle Beratungen von zumeist bezahlten „Arbeiterbeamten“. Die Versammlung selbst erreichte mit etwa 400 Delegierten und zahlreichen Gästen und Beobachtern eine Größe, die nur durch feste Regeln zu leiten war.

Saalschmuck und Beiprogramm wuchsen zur Funktion zu, Gemeinschaftlichkeit herzustellen. Ihre Zeichen setzten äußere Begrenzung durch geschlossene Türen, Losungen und Platzordnung. Der äußere Rahmen, das Anordnen der Tische, die Geschäftsordnung und das Einschränken des Alkoholausschanks disziplinierten die

Teilnehmer, ordneten ihr Handeln und unterwarfen sie einem normierten Ablauf. Schon die Ausschmückung orientierte und schwor ein. „Der herrliche weiteräumige Saal macht in seinem schlichten Weiß, das nur durch diskrete Goldlinien belebt wird, den festlichsten Eindruck, zumal wenn ihn Massen wie heute füllen ... An vier langen gedeckten Tafeln haben die Delegierten Platz gefunden. Die Bühne zeigt geschmackvollen Schmuck. Eine Kolossalbüste Lassalles hebt sich aus einem grünen Lorbeerhain gegen eine rote Draperie wirkungsvoll ab. Links und rechts stehen im Halbkreis die bunten mit Seidenschleifen geschmückten Banner der Lübecker Gewerkschaften. Die Parteifahne hängt der Bühne gegenüber von der Galerie herab.“

Lassalles Büste, die Parteifahne („von den Arbeiterfrauen und -mädchen der alten Hansestadt gewidmet“) und an den Galerien angebrachte Wappenschilder („an alle Parteitage seit Fortfall des Sozialistengesetzes“ erinnernd) verwiesen auf eine Tradition, die es zu wahren galt. Das Kultische bestimmte die Grenze, bis zu der die kontroversen Diskussionen über Bernsteins Revisionismus und die Wohnungsfrage geführt werden durften. Das Ablaufprogramm bestimmte aber auch, wann und wie sich ein Parteitag öffnete und in einer Art Prozession nach außen ging, Botschaften kundgab, Huldigungen empfing, die führenden Personen vorstellte, Veränderungen signalisierte und die Anhänger der Bewegung ermutigte.

Hauptzweck sozialdemokratischer Parteitage war es, grundsätzliche Fragen der Politik zu erörtern und darüber Entscheidungen zu treffen. „Den Kampfplan zu beraten für künftige Geistestaten, zu kämpfen unverdrossen, seid uns begrüßt, Genossen!“ Der Willkommensgruß, die gesprochenen wie geschriebenen Losungen und die Ausgestaltung symbolisierten das kulturelle Selbstverständnis und die politische Befindlichkeit der Partei wie der Arbeiterbewegung insgesamt. Gesellige Veranstaltungen und verschiedene Formen der künstlerischen Umrahmung unterstrichen das Feierträgliche und Versinnbildlichte, daß der jährliche Parteitag den Höhepunkt im „Geschäftszeitraum“ der Sozialdemokratie darstellte. Hier wie auch auf den Stiftungsfesten und bei Gewerkschaftsfeiern hoben klassische Musik und speziell gedichtete Prologe sowie verschiedene Rezitationen das Besondere der Zusammenkünfte aus dem Alltag der Organisationen heraus. 1906, als unter anderem ein Zentralbildungsausschuß beschlossen, besonders aber über einen möglichen politischen Massenstreik debattiert wurde, war das Vorprogramm besonders feierlich (übrigens auch, weil der verantwortliche Künstler sich in der Partei eine Position als Sachverständiger versprach): „Eröffnet wurde die Feier durch Männergesang. Die vereinigten Mannheimer Arbeitergesangsvereine trugen das dem Parteitag gewidmete Lied Robert Seidels: 'Deutsches Volk und deutsche Freiheit' vor, das Wendelin Weißheimer in Musik gesetzt hat und selber dirigierte. Ein Lorbeerkranz ehrte außer dem stürmischen Beifall, der dem Dichter und allen Mitwirkenden gilt, den Komponisten.“

Wie sich die lose Vereinszusammenkunft zur Mitgliederversammlung wandelte, so veränderten sich auch der Ablauf und die Gestaltung der Parteitage. Ein abendlicher Kommers und ein Ausflug bildeten das Rahmenprogramm. Landpartie und Umtrunk standen in der Tradition der Zahlabend-Geselligkeit. Sie versöhnten manche Streiter und boten Gelegenheit zu informellen Gesprächen und zu Absprachen. Beginnend mit dem Kongreß von 1875 ging jedem Parteitag eine Art Kulturprogramm voraus. „Nachdem die Arbeiterliedertafel zu Gotha die Delegierten durch Quartettgesang begrüßt hat, erfolgt die Eröffnung des Kongresses.“ Die Organisationen der

Arbeiterbewegung unterstrichen so ihren Anspruch, nicht nur eine politische und ökonomische, sondern auch eine große Kulturbewegung zu sein. 1900, zur 25-Jahrfeier der Partei, war das Programm besonders vielfarbig. Dem Sozialistenmarsch von Carl Gramm folgten ein Prolog, ein für diesen Anlaß speziell komponiertes Musikstück, mehrfach traten Arbeitersänger auf. Eduard David und Ignaz Auer hielten Festreden. David erinnerte an den gerade verstorbenen Wilhelm Liebknecht, Auer an den Gothaer Parteitag 1875. 1908 in Nürnberg spielte zur Eröffnung das dortige Philharmonische Orchester Wagners „Einzug der Gäste auf der Wartburg“ und die Ouvertüre zu „Tannhäuser“.

Die Parteitagseröffnungen waren nach der Jahrhundertwende zu öffentlichen Großveranstaltungen geworden, die den eigentlichen Debatten vorangingen. Zwar fanden auch noch Festkommerse und Ausflüge statt, doch unterschieden sie sich immer mehr von den einfachen Beratungsrunden der Gründerzeit der Arbeiterbewegung. Parteitage wurden zu kulturellen Ereignissen, denen auch das Bürgertum die Achtung vor der Kunst der Inszenierung wie der dargebotenen Kunst nicht versagen konnte. Parteitage stellten so eine Art „Heerschau“ dar, die der Werbung und Selbstdarstellung diente. Die Verhandlungen selbst fanden ebenfalls in aller Öffentlichkeit statt, Publikum fand freien Zutritt, und nach 1903 waren spezielle Tische für Pressevertreter vorhanden.

Große Publizität war im beginnenden Zeitalter der Massenmedien nötig, um Arbeiter anzusprechen, die anderen oder keinen Organisationen angehörten. Die Protokolle selbst, angefertigt von Arbeiter-Stenographen und schnell in eigenen Betrieben, meist in Berlin gedruckt, standen den Lesern in zwei Ausgaben zur Verfügung: in einfachem Papier für den kurzzeitigen Gebrauch und auf haltbarem Papier für die Bibliotheken.

Aus Gründen der Publizität, Selbstdarstellung und des Willens, sich als Kulturbewegung zu präsentieren, legten die Organisatoren der Parteitage, die Kulturarbeiter der jeweiligen Orte, immer größeres Gewicht auf deren kulturvolle Ausgestaltung. Die Parteitagsveranstaltung selbst sollte traditionsbildend wirken. So wurde auf dem Parteitag 1905, als die Delegierten Grundfragen der Parteiorganisation, der Maifeier und des politischen Massenstreiks diskutierten, der 30jährige Entwicklungsweg der Sozialdemokratie seit Gotha 1875 folgendermaßen ins Gedächtnis gerufen: „Auf der Wand gegenüber umgeben rote Fahnen den Wahlspruch: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“ Vor dem Rednerpult steht unter immergrünen Gewächsen die Büste von Karl Marx; links und rechts auf der Bühne sehen die Köpfe von Lassalle und Liebknecht hervor, während das Bildnis Abbes an der einen Bühnenwand nach dem Saale zu hängt.“ Die Sozialdemokratie zeigte so, daß sie sich dem Marxismus verpflichtet fühlte und in ihrer Bündnispolitik bereit war, auch mit „aufgeklärten“, das hieß sympathisierenden Fabrikanten, wie Abbe einer war, gemeinsam zu handeln.

1900, ein Jahr nach der ersten großen Revisionismusdebatte als schon einmal Organisationsfragen, die Maifeier und weltpolitische Fragen grundsätzlich zur Diskussion standen, hatte ein lebendes Bild mit dem Titel „Die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie“, nach Wilhelm Liebknechts Hinweisen entworfen, das Streben nach Einheit symbolisiert. „Die beiden Gruppen“, so heißt es dazu im Protokoll, „jede noch die eigene Fahne tragend, vereinen sich unter der neuen roten

Fahne, die Marx dem aus dem Grab aufsteigenden Lassalle zeigt. ... Immer wieder hob sich der Vorhang unter den Klängen der Marseillaise.“

Jeder Ortsverein, der einen Parteitag ausrichtete - es waren zwischen 1890 und 1913 immerhin 22 Städte - signalisierte den Anhängern der Sozialdemokratie sowie den Gegnern: Eine weitere Stadt ist von der modernen Arbeiterbewegung „erobert“. Es wurde deshalb üblich, an jedem neuen Parteitagort die Wappenschilder der vorherigen im Saale anzubringen. Dieser traditionsbildende Schmuck erinnerte Delegierte wie Gäste an vergangene „Parlamente der Arbeiterklasse“. Die wachsende Zahl der Schilder gab nach innen wie außen Zeichen von der Siegeszuversicht der Sozialdemokratie.

Prunkvoll, dem Geschmack der Zeit entsprechen, verzierten die Ortsvereine auch jeweils das Podium. 1900 „standen die Büsten von Marx, Lassalle und Engels in einem Lorbeerhaine, während darüber unter rotem Baldachine ein großes Oelbild Liebnechts herabschaute, das ein Mainzer Arbeiter gemalt“ hatte. Es wurde dies ein Stereotyp. Schon 1892 waren die Büsten von Marx und Lassalle mit roten Schärpen umhängt gewesen. An den Wänden der offenen Bühne hingen die überlebensgroßen Brustbilder von Lassalle und Marx.

10 Jahre später, 1902 in München, sahen Gäste und Delegierte eine wesentlich prunkvollere Ausgestaltung: „herrliche Seidenfahnen“, eine „Kolossalbüste der Freiheit“, einen „Hain immergrüner Pflanzen“ und an der Pforte der Schwabinger Brauerei, dem Tagungsort, ein Schild mit Aufschrift „Willkommen, Vertreter der Arbeit!“ Lorbeerhaine, Tannenreisig, Girlanden, frische Blattpflanzen, Herbstblumen aller Art (die Parteitage fanden meist im September oder Oktober statt), festliche Portale und ein Fahnenmeer wurden zu immer wiederkehrenden Gestaltungselementen, ebenso wie die an den Saalwänden angebrachten Sinnsprüche, Äußerungen von Vordenkern des Sozialismus und von bürgerlich-liberalen Künstlern und Wissenschaftlern, „Männern des Geistes“, wie es damals hieß: Ibsen, Mill, Buckle, Engels, Seume, Lassalle, Brentano und Bören 1895 oder Marx, St. Simon und Hutten 1903. Am häufigsten benutzt wurde Lassalles Ausspruch, daß die Arbeiter den Fels bilden, auf dem die Kirche der Zukunft errichtet werden würde.

Die Herrschenden galt die Sozialdemokratie als „Staat im Staate“ (Bismarck). Die Arbeiter selbst sahen in Bebel ihren „Arbeiterkaiser“. Das zahlenmäßige Wachstum der Partei bei gleichzeitiger Aufsplitterung in verschiedene politische Flügel, die Profilierung der wichtigsten Führer und deren Auftreten als Vertreter der Gesamtpartei sowie das Bestreben, unter allen Umständen die Einheit zu bewahren, führten zu einer zunehmenden Herausstellung und Verehrung der gewählten Führer der Sozialdemokratie, insbesondere der Person August Bebels. Dies widerspiegelte sich auch in der Art und Weise, wie nun Parteitage abzulaufen begannen. In den Anfangszeiten kamen alle Delegierten sowie der Vorstand einzeln oder in Gruppen in den Saal und nahmen irgendwo Platz, wenn sie nicht ins Präsidium, das Bureau, gewählt wurden. Mit der Zeit bildeten sich jedoch auch hier geregelte, normierte Abläufe heraus. Immer mehr bedeutete so das Weglassen oder Hinzufügen einer neuen „offiziellen“ Handlung - etwa die besonders herzliche Begrüßung einer ausländischen Delegation oder die Verlesung eines Grußschreibens - einen vorher hinsichtlich seiner möglichen Deutung zu erwägenden politischen Akt.

Als 1910 die Massenstreikdebatte, die Wahlrechtsfrage, die badische Budgetbewilligung und andere Streitpunkte die Partei zu spalten drohten, veränderte sich auch die Art des Platznehmens deutlich. Der Beginn der Parteitagsverhandlungen ähnelte nun einem Einschwören der Delegierten - der Wunsch nach Geschlossenheit prägte die Inszenierung. Die Delegierten saßen schon auf den ihnen zugewiesenen Stühlen, der Chor beendete sein Einstimmungslied, der Saal selbst war „fast bis auf den letzten Platz besetzt“ und eine „dichte Menge, Kopf an Kopf, harrt(e) geduldig der Eröffnung der diesjährigen Tagung des organisierten deutschen Proletariats“. Das Protokoll vermerkte weiter: Zunächst „geht ein Raunen“ durch den Saal, das sich von Tisch zu Tisch fortpflanzte. „Als August Bebel den Saal betritt, wird er mit jubelndem Beifall begrüßt. Der Beifall erneuert sich in gleicher stürmischer Stärke, als Bebel seinen Platz an der Spitze einer der Mittelplatten einnimmt. Bald darauf erschallt von der Galerie, vorgetragen von den Arbeitersängern von Magdeburg, das Chorlied: 'Das heilige Feuer'. Das prächtig vorgetragene Lied löst stürmischen Beifall aus.“

Ähnliches wiederholte sich 1911: „Und immer voller wird der Saal: Die Begrüßungen, das Händeschütteln nimmt kein Ende. Alt bewährte Kämpen feiern ihr Wiedersehen; neue jugendliche Kräfte werden begrüßt. Vertreter der ausländischen Bruderparteien nehmen an Ehrentischen Platz. Plötzlich ertönt ein Händeeklatschen am Eingang des Saales. Blitzschnell pflanzt es sich fort. Der ganze Saal ruft Beifall und von den Tribünen hallt es wieder. Bebel ist erschienen, und der Ovation, die es ihm bereitet, ehrt das Proletariat das gewaltige Stück Parteigeschichte, das sich in der ehrwürdigen Gestalt verkörpert.“

Die Stärke der Arbeiterbewegung hing immer auch und nicht zuletzt von der Popularität ihrer Führer ab. Ursache dafür bildete nicht nur das angelsächsisch-deutsche Wahlrecht, in dem Personen und nicht Parteien zur Wahl gestellt wurden. Der wachsende Einfluß der Massenmedien, damals der Zeitungen und Illustrierten, die ersten Filmszenen über den Kaiser und seine Familie, Paraden und Aufmärsche, das Ansprechen politisch wenig interessierter Arbeiter und ihrer Frauen durch Mittel, die nicht „organisiert“ waren, erzeugte zwangsläufig eine Personifizierung der Parteipolitik auch der Sozialdemokratie.

Auf dem letzten Parteitag mit Bebel wurde dieser als politische Integrationsperson und populäre Leitfigur der Sozialdemokratie schon durch den Platz seiner Rednerbühne weit herausgehoben. Sie war vier Meter hoch über dem Parterre des Saales installiert, von einem Baldachin überspannt und reich dekoriert. Auch die Delegierten und sogar die 7 000 Zuschauer hatten sich anders plaziert. Sie standen nicht mehr in losen Gruppen, sondern in- und außerhalb des Saales „in wohlgeordneten Reihen“. Als kurz vor 7 Uhr Genosse Bebel die Halle betritt, empfängt ihn eine stürmische, sich mehrfach wiederholende begeisterte Ovation.“ Hier wurde entschlossenes Handeln in geschlossener Formation vorgezeigt, obwohl große Meinungsverschiedenheiten die Parteipolitik prägten.

Die große Verehrung deutete aber auch die Sorge an, wie lange Bebel noch einigend wirken könnte. Immerhin hatte er, zusammen mit Paul Singer, fast ein halbes Jahrhundert den Weg der deutschen Arbeiterbewegung entscheidend mitbestimmt. Über die stark besuchte Eröffnungsfeier 1913 vermerkte der Protokollant des Jenaer Parteitages nachdenklich: „Und trotzdem - beklommen und bewegt streben wir dem

Volkshaus zu; wie werden wir es empfinden, auf dem vordersten Platz nicht mehr August Bebel zu sehen!“

/1/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Lübeck vom 22. bis 28. September 1901, Berlin 1901, S. 104.

/2/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt (Main) vom 21. bis 27. Oktober 1894, Berlin 1894, S. 61.

/3/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906, S. 146.

/4/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 145.

/5/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mainz vom 17. bis 21. September 1900, Berlin 1900, S. 104.

/6/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu München vom 14. bis 20. September 1902, Berlin 1902, S. 95.

/7/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, S. 1884.

/8/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911, S. 164.

/9/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S. 184

/10/ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913, S. 199.

MINIATUR 13 „Mit sozialdemokratischem Bruderkuß und Handschlag!“ Symbolisches in der Arbeiterbewegung.

Die Lebensweise von Proletariern der ersten Generation unterschied sich von der Bourgeoisie derart, daß Zeitgenossen von zwei Völkern, zwei Nationen oder gar von einer anderen Rasse sprachen. Friedrich Engels griff 1845 diese Formeln auf und benutzte sie bei seiner Beschreibung der Lage der arbeitenden Klasse in England: „Die Arbeiter sprechen andre Dialekte, haben andre Ideen und Vorstellungen, andre Sitten und Sittenprinzipien, andre Religion und Politik als die Bourgeoisie. Es sind zwei ganz verschiedene Völker, so verschieden, wie sie der Unterschied der Rasse nur machen kann.“

Ähnliche Feststellungen wurden, besonders nach dem schlesischen Weberaufstand, auch für deutsche Verhältnisse getroffen. Die einsetzende Klassenspaltung zwischen Bourgeoisie und Proletariat und ebenso die beginnende Abgrenzung der proletarischen Kultur von der bäuerlichen und handwerklichen Volkskultur schufen neue Formen und Normen. Die Verhaltensweisen der Arbeiter galten als Bruch mit überkommenen Werten, als Sittenverfall.

Bis zum Aufkommen des Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat signalisierte jede Klasse ihre Rangordnungen in besonderen Zeichen des Prestiges und betonte ihre Position im sozialen Gefüge auf geradezu sakramentale Weise. Die Art zu sprechen, jemanden überhaupt anzusprechen oder dabei sogar ansehen zu dürfen und die Wortwahl bei der Anrede übersetzten die ökonomischen Beziehungen in komplizierte, peinlich genau zu erlernende und zu befolgende Umgangsformen. Je höher der Stand, desto ziselierter die feinen Unterschiede in den Manieren, in Gang und Gesten, im Geschmack, in den Genüssen und den Gegenständen ihrer Befriedigung. Als unnachahmlich galten die Sitten bei Hofe - schwer zu erlernen, einmalig und für andere Stände nicht kopierbar. Der gesamte Habitus der Menschen symbolisierte Gnade und Gunst oder Verdammung und Nachteil, bildete Hierarchien der Über-, Unter- und Zuordnung. Dabei waren die Grenzen streng gezogen.

Schon das frühe Bürgertum hatte den Werten des Adels und seinen Ausdrucksformen eigene entgegengesetzt. Eigene Leistung sollte über angeborenem Recht stehen, ständiges Verändern höher gelten als tradierter Stil, eine umwälzende Neuheit, ein rationaler Effekt oder ein kostengünstiges Ergebnis mehr als Bewahren des Alten, Beharren auf Formvollendung oder aufwendiger Luxus. So besaß der Kampf beider Klassen auch kulturelle Formen, standen sich Werte und Symbole gegenüber, die ökonomische Interessen ausdrückten wie verkleideten: Regeln, Normen, Gebote, Verbote und Zeichen sonderten die Menschen aus und zeigten sozial Einheitliches gegenüber anderen Gruppen, Ethnien, Völkern, Klassen, Nationen und Staaten an.

Mit dem Eintritt des Proletariats in die Kulturgeschichte erreichte das Anfechten überlieferter symbolischer Formen der Klassenherrschaft eine neue Dimension. Die politische Konstituierung der Klasse übernahm vor allem solche kulturellen Ausdrucksformen und Institutionen, in denen städtische Handwerker und Plebejer gegen Gebote und Verbote der Zünfte und ständische Stadtordnungen sich vergangen oder gar revoltiert hatten. Dies reichte von der betonten Zurschaustellung

des Arbeitskittels als „Ehrenkleid“ bis zum Prägen einer eigenen Symbolik der politischen Bewegung.

Die rein ökonomischen Mechanismen des Kapitalverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat lösten vorherige Standesbeziehungen nach und nach auf oder durch andere ab. Sie verliehen dem Klassenunterschied neue, besonders einer sehr deutlich polierten Sprache entlehnte Symbole und Zeichen. Ökonomische Unterschiede erschienen nun auch als solche. Sie waren weniger verbrämt und vernebelt in kulturellen Stilisierungen. Dem „reinen“ Geldverhältnis entsprach das ganz direkte politische Feilschen um Arbeitslohn und freie Zeit. Alle Tätigkeiten, wie selbstredend das Ausbeuten, verloren durch das Eindringen der Lohnarbeit ihren „Heiligenschein“, Produkte wie Tätigkeiten wurden in ihren Werten vergleichbar. Indem sich das Geld zum „Gott unter den Waren“ herauskristallisierte, entkleidete es die Sucht der Besitzenden nach Kleidern, Waffen, Schmuck, Gewürzen, Weinen usw. ebenso ihrer Aura, wie es den rechtmäßig zustehenden Lohn vom Charakter des Unterhalts, des Geschenks oder des Gnadenbeweises befreite.

Doch stellte dies lediglich die historische Tendenz dar. In den Anfängen der Arbeiterbewegung verband sich noch jede Selbstregung des Proletariats mit einem Angriff auf kulturelle Privilegien der Besitzenden. Die Forderung nach „gerechtem Lohn“ galt anfangs ebenso als unbotmäßig wie die „Putzsucht“ der Fabrikmädchen als unsittlich und anmaßend. Auch die oberen Schichten mußten lernen, auf rein ökonomischer und politischer Basis mit dem „vierten Stand“ umzugehen. Erst allmählich entwickelte die kapitalistische Gesellschaft eine eigene Kultur als „Sicherungsmaschinerie“, die ihre Errungenschaften gegen das Proletariat schützte, ihre Einrichtungen und Maßnahmen verteidigte sowie ihre Moralgesetze und Ideale hütete. Der Prozeß dieses Kulturwandels von der Stände- zur Klassengesellschaft widerspiegelte sich in den Formen der Klassenorganisation und des -kampfes ebenso wie in den bewußt eingesetzten Symbolen wie Fahnen, Abzeichen oder Liedern.

Als Grundelemente proletarischen Wertebewußtseins, soweit es sich in den Symbolen der Arbeiterbewegung ausdrückte, galten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert: das Betonen des Prinzips der Arbeit gegenüber dem Müßiggang, das der Gleichheit gegenüber allen Privilegien, das des Klassenkampfes gegenüber Klassenharmonie, das des Selbstbewußtseins gegenüber jeder Bevormundung, das des technischen Fortschritts gegenüber individuellem Protest. Dabei wurden ein bewußter Gebrauch und eine offene Politisierung der verwendeten Zeichen üblich - in den Anfängen der Bewegung stärker noch als nach der Jahrhundertwende, da ökonomischer und politischer Klassenkampf dominierten, eine eigene Symbolsprache sich gefestigt hatte und vor allem Klassen- und nicht mehr Standesunterschiede vorherrschten. Neue Konventionen einer nun kapitalistisch geprägten Kultur hatten sich durchgesetzt. Sie fanden auch in Anstandsregeln ihren Ausdruck, die für alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen galten. Arbeiter waren nun nicht mehr generell gezwungen, vor allem Höhergestellten den Hut zu ziehen, ihnen unbedingt den Vortritt zu lassen oder sich gar zu verbeugen. Je selbstbewußter ein Arbeiter auftrat, desto sicherer handelte er als rechtlich gleichgestellter Bürger. Am konsequentesten geschah dies in seinen Organisationen.

Doch noch immer, wie in jeder Kultur, signalisierten die symbolischen Formen des Umgangs miteinander sowohl Klassenunterschiede als auch differenziertere

Hierarchien im Gesellschaftsaufbau. Auch in der institutionalisierten Arbeiterbewegung setzten sich bestimmte Normen durch, die die Einheit nach „außen“ wie auch Unterschiede „innen“ signalisierten und das Funktionieren der Organisationen regelten. Jedoch waren diese Prestigeunterschiede, Ehrenvorzüge und Gebote frei von neuem Kastengeist oder gar Klassenhierarchien. Gerade darin bestanden die Einheit und Eigenheit nach außen: im Bestreiten von Klassenvorteilen, im Ausgrenzen von Müßiggängern, im Fördern proletarischen Selbstwertgefühls, im rigorosen Leistungsdenken und konsequenten Demokratismus - vor allem aber in der klaren geistigen Abgrenzung von den Zielen der politischen Gegner. Der Adel sollte Steuern zahlen, die Bettler sich organisieren, der Arbeitskontrakt frei geschlossen, Faulenzer nicht unterstützt und in den eigenen Versammlungen Regeln geschaffen werden, die jede Meinung achteten und auch leise Stimmen zu Wort kommen ließen.

Enge Verbindungen bestanden zwischen den Symbolen in der proletarischen Alltagswelt und denen in ihren Organisationen. Proletarischer Habitus, soweit er nach außen den Arbeiter ankündigte, wurde an zur Schau getragenen Kleidungsstücken deutlich wie blauer Kittel, Lederschutz oder tradierte beziehungsweise verwandelte Zunftuniformen, aber auch an Werkzeugen wie Hammer, Haue und Zirkel. Mit oft drastischen Ausdrücken wie „den Arsch aufreißen“ oder auch „malochen“ und „schindern“ charakterisierten Arbeiter das Vernutzen ihrer Arbeitskraft. In vielen Berufen redete man sich nur mit Spitznamen an, der meist in einer besonders komischen Arbeitssituation entstanden war („Faller“, „Bücker“), besonders Aussehen betonte („Schwarzer“ bei dunklem Bart oder „Langer“ bei entsprechender Körpergröße) oder den eigentlichen Namen verspottete oder verkürzte („Meierlein“, „Simmi“ statt Simon). Berufsfremde und Lehrlinge schickte man „die Gewichte für die Wasserwaage“ holen oder Futter für „Bergziege“ oder „Grubenhunde“ (Hunte). Der Umgang mit Spitz- und Spottnamen übertrug sich in die organisierte Arbeiterbewegung. „Geldsäcke“, „Kuponschneider“, „Krautjunker“ oder „Koofmichs“ nannte man die Besitzenden, Bebel dagegen „unseren Kaiser August“ oder Georg von Vollmar „König Georg“, auch „Junker Jörg“. Verdrehte Sprichwörter zeugten von scharfem Sarkasmus besonders in Notzeiten („Spare in der Not, da hast Du Zeit dazu!“) oder kämpferischem Trotz („Wehre Dich redlich“ statt ursprünglich „Nähre Dich redlich“).

Mit der Zeit gingen in die Alltagssprache von Arbeitern immer mehr auch dem Marxismus entstammende Ausdrücke und Begriffe ein wie „Kapital“, „Kapitalist“, „Klassenkampf“, „Profit“, „Mehrwert“, „Ausbeutung“ und „Klasse“. Umgangsformen wie das „Du“, das direkte Ansprechen oder der Handschlag unterschieden sich vom distanzierenden „Sie“ oder „Ihr“, von komplizierten Regeln der Höflichkeit, Zurückhaltung, Selbstbeherrschung förmlicher Verneigung bei der Begrüßung. Solche symbolischen Formen im Alltagsverhalten hatten ihre Entsprechung in der institutionalisierten Arbeiterbewegung, vor allem in den Emblemen und Abzeichen der Organisationen.

Aus der Gesellenrede entstammten das vertrauliche „Du“ sowie die Anrede „Genosse“. Beides signalisierte Gleichheit von Lage und Interessen. Der unter vielen Gesellen übliche „Bruderkuß“ sowie der „Handschlag“ korrespondierten auch mit kirchlichen Traditionen. Ebenso spielten Freimaurerbräuche (ein Gelöbnis mit Handschlag besiegeln) und Rituale, Arbeitskontrakte abzuschließen, eine Rolle (erst Handgeld, dann Handschlag). Diese und andere Zeremonien bekamen in der Arbeiterbewegung eine neue Funktion.

„In Deutschland sind es nur die, eine ganz dünne Oberschicht der Arbeiterklasse bildenden Angehörigen gewisser Kunstgewerbe, die sich untereinander mit Sie anreden. Bei den Schriftsetzern ist das 'Ihr' stark im Gebrauch, das hier den Übergang vom Künstler, als den die Schriftsetzer sich lange fühlten, zum industriellen Lohnarbeiter anzeigt. Die große Masse der Lohnarbeiter dagegen, ob Berufsarbeiter oder Tagelöhner, zusammen mindestens 19/20 der Klasse, reden einander noch heute ohne Unterschied schlechtweg mit Du an. Daß sie dies trotz aller unter ihnen bestehenden Verschiedenheiten der Lebensführung und geistigen Ausbildung beibehalten haben, ist zum Teil wohl Macht der Gewohnheit. Bis zu einem gewissen Grade aber spielt nun auch die Gleichheitsidee als vom Standesgefühl unterschiedenes Klassenempfinden dabei mit hinein.“

In den Anfangszeiten der Arbeiterbewegung, auf Zusammenkünften der Arbeiterbildungsvereine, wo meist Vertreter „gebildeter Kreise“ anwesend waren, galt die Anrede „meine Herren“ oder auch „verehrte Bürger“ als angemessen, noch nicht die Anrede „Genosse“ und „Du“. Erst im Verlaufe einiger Zeit änderte sich dieses Verhalten. Auch der Gebrauch von Fahnen, gewohnt von kirchlichen Zeremonien und Zunftumzügen, sowie geordnete Demonstrationen, bekannt aus Prozessionen und Leichenbegängnissen, wurden von der Arbeiterbewegung übernommen. Die rote Fahne ist das eindeutigste Symbol. Bezeichnend ist, daß sie dies erst mit Herausbildung einer festen proletarischen Organisation wurde. Vorher, bei Aufruhr, Maschinensturm und Barrikadenkämpfen, hißten die Rebellen zunächst oft eine schwarze Fahne. Sie wurde später zum Symbol des Anarchismus. Später fand man oft beide Farben, bis die rote Fahne eindeutig dominierte. Das „Rot“ als Zeichen des für die Bewegung vergossenen Blutes einte die Arbeiter und symbolisierte ihre Einheit wie auch ihren Willen im Inneren geschlossen zu bleiben. Aachener Textilarbeiter hielten 1830 eine rote Decke hoch. Wie die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 178) am 26. Juni 1848 berichtet, marschierten schlesische Weber „etwa 300 Mann stark, in Reih und Glied hinter einer, mutmaßlich aus einer herabgerissenen Gardine bestehenden Fahne“. Berliner Arbeiter hißten nach Auskunft der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 170) am 18. Juni 1848 die rote Fahne auf den Barrikaden. „Eine Abteilung Erdarbeiter zog mit roter Fahne .. durch das Brandenburger Tor; die dortige Bürgerwache hielt sie auf und nahm ihr die Fahne.“ Danach gab es fast keine Demonstration der Arbeit mehr ohne die rote Fahne oder, wenn diese zu tragen verboten war, mit roter Schleife, rotem Regenschirm, roten Blumen (Mainelke).

Allmählich wurde die Anordnung der Fahnen zu einem festen Ritus und deren künstlerische Verzierung zur Ehrenaufgabe der verschiedenen Vereine, so zum Beispiel beim „Arbeiterverbrüderungsfest“ in Hamburg und Altona im August 1865: „Zur festgesetzten Stunden nahmen die Arbeiterkorporationen bei der Städte mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel auf dem Heiligengeistfelde in festgesetzter Reihenfolge Aufstellung ... Verschiedene Liedertafeln, sieben Musikkorps, über 120 Fahnen und Standarden gaben den Kolonnen ein festliches Aussehen. Auf jeder Seite des Zuges verteilten sich 200 durch Armbinden kenntlich gemachte Ordner, ... die erste Ansprache hält der Veteran der Arbeiterverbrüderung von 1848, der alte Audorf ... Darauf begann ... ein buntes Treiben unter den Zelten. Auf ein Trompetensignal scharten die Korporationen sich erneut.“

Während des Sozialistengesetzes wurde die rote Fahne „das Heiligtum der Organisation, und wem sie anvertraut wurde, der fühlte sich höher geehrt als der mit dem Vorsitz oder der Kasse Bedachte“. Sie war „Zeichen des Kampfes ... ein

Symbol der Freiheit und des gemeinsamen Willens dazu“. „Seit den Tagen des Sozialistengesetzes her war das nächtliche Hissen einer gewaltigen roten Fahne an Orten, wo sie von der Polizei nicht ohne weiteres entfernt werden konnte, ein beliebtes Mittel, die Berliner Arbeiter an revolutionäre Gedenktage ... zu erinnern.“ In theoretischen Äußerungen zur Geschichte der roten Fahne wurde diese bisweilen sogar auf Karl den Großen zurückgeführt. Damit sollte die Arbeiterklasse als rechtmäßiger Erbe des deutschen Reiches ausgewiesen werden.

Auf Postkarten, Spazierstöcken und Busennadeln, Plakaten und Plaketten wurden die Porträts von Marx und Engels und die der Führer der Bewegung dargestellt und geschäftsmäßig vertrieben. Allegorische Zeichnungen sollten das Aufstreben der Arbeiterbewegung bildhaft vor Augen führen.

Am häufigsten wurde die französische Marianne mit Jakobinermütze und roter Fahne, auf die aufgehende Sonne zeigend und Massen von Arbeitern den Weg weisen, gezeigt. Embleme gab es auf Beitragsmarken, Mitgliedskarten, Anstecknadeln und Medaillen.

Besonders häufig war auch hier das Symbol des Handschlags. Die Entstehung dieses Sinnbildes ging bis auf die Zeit der Französischen Revolution zurück. So benutzten es die Mitglieder des bürgerlichen Geselligkeitsvereins „Harmonie“ zu dieser Zeit in Hamburg. Es wurde von der entstehenden Arbeiterbewegung übernommen und fand sich seit der Arbeiterverbrüderung von 1848 in nahezu allen Fahnen, Wappen und Stempeln ihrer Organisationen. Der Handschlag symbolisierte nun Einheit, Solidarität und Vertrauen, besonders zusammen mit dem direkten „Du“. Er versinnbildlichte elementar den Pakt des Einvernehmens, des ausgehandelten Bündnisses, des eingegangenen Vertrages derjenigen, die die Organisation bildeten. „Als Nachweis der Mitgliedschaft diente eine Karte mit dem Vereinsstempel und dem Sinnbild der Verbrüderung: den verschlungenen Händen, dem 'Handschlag'. Dies Symbol hatte schon der 1844 gegründete Berliner Handwerkerverein geführt, auch der deutsche Arbeiterverein zu Amsterdam, gegründet 1847, hatte es aufgenommen.“

Später wurde das Symbol mehr und mehr stilisiert - der Handschlag wurde nur angedeutet. Dies zeigte, daß es in seiner Bedeutung allgemein bekannt war. Am Anfang der Bewegung hatte es noch, so beim Arbeiter-, Bildungs- und Unterstützungsverein Nürnberg 1850, verschiedenes ornamentales „Beiwerk“ gegeben, daß die rituelle Bedeutung des Zeichens unterstrich: Handschlag mit Schwert, Lorbeer- und Eichenlaufkranz, versehen mit der Umschrift „Deutsche Arbeiter-Verbrüderung“.

Der bewußte Einsatz solcher Zeichen verwies auf die schon angedeutete generelle Politisierung des Umgangs mit symbolischen Formen. Die Arbeiterbewegung hatte allen elitären Privilegien den Kampf angesagt: „Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für ALLE!“ lautete eine der Parolen. Andere signalisierten sehr spezielle Interessen des „Arbeiterstandes“: Recht auf Arbeit, Einführung des Acht-Stunden-Tages, jeder Familie eine annehmbare Wohnung oder auch das Recht auf Faulheit. In diesem Sinne bildeten auch die Arbeiterkonsumvereine einfach eine Verbraucherorganisation schlechthin. Sie hoben den Anspruch der Arbeiter auf allen produzierten Reichtum zu erschwinglichen Preisen deutlich hervor und versuchten, praktische Lösungen zu erproben. Gleiches galt für viele Freizeitvereine, etwa für die

„Naturfreunde“, die Alpinismus, Wandern und Naturgenuß allgemein zu machen versuchten. Die „Volksbühnenbewegung“, der „Arbeiter-Theaterbund“ und auch die durch den zentralen Bildungsausschuß organisierten künstlerischen Aufführungen symbolisierten die Forderung, von nichts prinzipiell ausgeschlossen zu sein, und eine Praxis, in Domänen bürgerlicher Kultur einzudringen. Solange über Goethe und Schiller nur an Gymnasien und nicht auch in Volksschulen gelehrt wurde, stellte jede Betonung des Anspruchs auf diese Dichter als „Vorkämpfer der Arbeiterbewegung“ eine direkte Provokation der gebildeten Begüterten dar.

„Wir sind nicht zugelassen“, diese Formel sollte nicht mehr und nirgends gelten. Daß dies dazu führte, für die Arbeiter Genüsse zu reklamieren, die ihren Reproduktionsbedingungen als arbeitende Menschen widersprachen, ist wohl gegenüber der Geltendmachung des Anrechts, eine „gleichmacherische“ Kulturbewegung zu sein, historisch von untergeordneter Bedeutung, so sehr es kulturpolitische Praktiken und Konzepte auch verzerrte. Der Aufbau einer eigenen, nach Millionen zählenden Organisation, war eine kulturelle Innovation.

Die „klassische“ Form proletarischer Bewegung vor 1914 stellte nicht nur einen gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Zusammenschluß innerhalb einer sozialen Großgruppe dar. Die Arbeiterbewegung bracht mit ihrer Hilfe Werte und Forderungen in die Geschichte ein, die in ihrem Bestand und Anspruch als „organisierende“ Kultur des 20. Jahrhundert wesentlich prägte. Sozialdemokratische Arbeiterfrauen und Arbeitermänner kultivierten Formen, eine kollektive Weisheit zu finden und kollektive Interessen auszudrücken. Sie verbanden dies mit der Fähigkeit, hierbei ausgebildete kulturelle Muster und symbolische Gestalten angesiedelt zwischen Zahlabend und Parteitag, ständig zu korrigieren und veränderten Bedingungen anzupassen. Je stärker sich am Ende des 20. Jahrhunderts die Interessen der Völker und Staaten verflochten, desto wichtiger wird dieses Erbe proletarischer Organisation als eine auf Gemeinschaft, Solidarität und friedlichen Interessenausgleich orientierende Kultur.

[/1/](#) Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: MEW, Bd. 2, S. 351.

[/2/](#) Eduard Bernstein: Die Arbeiterbewegung, Frankfurt (Main) 1910, S. 122.

[/3/](#) Heinrich Laufenberg: Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung. Erster Band, Hamburg 1911, S. 270/271.

[/4/](#) Adolph Hoffmann: Adolph „Hoffmann's Erzählungen“, gesammelte ernste und heitere Erinnerungen aus sozialistengesetzlicher Zeit, Berlin (1928), S. 142.

[/5/](#) Albert Weidner: Aus den Tiefen der Berliner Arbeiterbewegung, Berlin/Leipzig 1905, S. 27.

[/6/](#) Frolinde Balsler: Sozial-Demokratie 1848/49 - 1863, Stuttgart 1962

Letzte inhaltliche Änderungen im März 1992, Formatierungsänderungen 2006